

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 18. Oktober 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Belegungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechs-spaltige Annoncenspalte oder deren Raum 40 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Bekanntmachungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (zweifache Zeilenbreite), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäftsverträge das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Preisliste für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Vorwärts“,  
„Sozialdemokrat Berlin“.

## Das neue kirchenpolitische Programm des Liberalismus und die Sozialdemokratie.

In vergangener Woche hat in Berlin der 25. Protestantentag unter Umständen stattgefunden, die diese Versammlung weit über das Interesse engerer kirchlicher Kreise hinausheben. Die Tagung stand ausschließlich unter dem Eindruck der Fälle Natho, Kraab, Traub. Ihr Gesamtergebnis aber war eine sehr energische Kampfansage an die kirchlich-protestantische Orthodoxie sowie die Vorbereitung zu diesem Kampfe durch Bereitstellung neuer, bisher so nicht angewandter Kampfmittel.

Auch die Sozialdemokratie, erst recht sie, hat das allergrößte Interesse an einer erfolgreichen Bekämpfung der kirchlichen Reaktion, die ja nichts weiter wie ein Teil der gesamtreaktionären Mächte unserer Zeit ist. Gerade auf kirchlichem Boden sind diese gegenwärtig noch stärker und einflussreicher als kaum sonstwo. In allen Kirchenregierungen hat die Orthodoxie heute die absolute Majorität; einige Scheinliberale, die etwa noch in ihnen sitzen, sind nur schwächliche Dekorationsstücke. Das gleiche gilt von den synodalen Körperschaften: je höher sie stehen, je entscheidendere Beschlüsse sie zu fassen haben, desto erdrückender überwiegt die Orthodoxie auch hier. Das Wahlrecht zu ihnen ist eine Karikatur der Karikatur des preussischen Dreiklassenwahlrechts. Auch die Zahl der orthodoxen Kirchengemeindeförperschaften ist unseres Wissens bei weitem größer als die der liberaler gerichteten. Daneben verfügt die kirchliche Orthodoxie auch noch über den gesamten Staatsapparat, wie dieser über sie. Sie hat den Schulunterricht, insbesondere den religiösen genau so in der Hand wie die Erziehung der Schullehrer. Selbst den Einfluß der „liberalen Theologie“ an den Universitäten auf den theologischen Nachwuchs hat sie noch immer stets insoweit abzuschwächen gesucht, daß die erdrückende Mehrzahl der liberaler erzogenen Geistlichen, soweit sie und je länger sie im Amte sind, nicht ernstlich gegen den Stachel des strammorthodoxen Kirchenregiments zu lösen wagt. Wo immer es also auf die Hauptsache auch in der Kirche, das heißt auf Herrschaftsausübung ankommt, hat die Orthodoxie diese heute noch ausschließlich in der Hand. Es kann daher von vornherein auch von sozialdemokratischer Seite nur begrüßt werden, wenn auch der kirchliche Liberalismus seinerseits zu einem neuen und starken Schläge gegen jene übermächtige Gesellschaft ansetzt.

Aber freilich, unsere Sympathie dafür erfährt sofort eine starke Abkühlung, wenn man sich das Ziel ansieht, das sich der Liberalismus für diesen Kampf gesteckt hat, und die Waffen, mit denen er zu kämpfen gedenkt.

Was zunächst das Ziel anlangt, so hat das der Vorstehende des Protestantentags, der Reichstagsabgeordnete Schrader, in seiner programmatischen Eröffnungsrede deutlich genug und unter dem starken Beifall aller Anwesenden formuliert: das Ziel des Kampfes ist, innerhalb der protestantischen Kirche für den Liberalismus die Gleichberechtigung mit der Orthodoxie zu erkämpfen. „Die materiellen Interessen, so sagte Schrader, haben lange genug im Vordergrund gestanden. Jetzt wollen wir uns darauf besinnen, daß das Leben nichts wert ist ohne Religion. Daher wollen wir religiös sein, aber im Sinne der heutigen Zeit und Kultur... Gewiß gibt es auch viele fromme Leute, die mit vollkommener Wahrhaftigkeit auf dem alten Weltanschauungsboden stehen. Wir wollen ihnen das Christentum nicht abschneiden; aber gerade jene Richtung ist es, die mit Unterstützung der Kirchenbehörden andere nicht allein beschränken, sondern sogar aus der Kirche herausdrängen will. Aber wir sind fest entschlossen, in der Kirche zu bleiben (Stürmische Zustimmung). Man hat uns ja höflich und auch grob die Tür gewiesen, aber das alles wird nicht helfen. Wir wollen in der Kirche das Erreichen, was wir erreichen müssen, nämlich freie Bewegung für alle die, die auf dem Boden des freien Evangeliums stehen.“

Damit ist in der Tat ganz unüberhört das neue Ziel bezeichnet. Und das heißt eben: Kampf mit der Orthodoxie nur so lange, bis der Liberalismus in der Kirche mit ihr gleichberechtigt geworden ist und die Herrschaft über die Geister in ihr mit ihr teilt! Es beginnt also hier auf kirchlichem Boden derselbe Vorgang und dasselbe Schauspiel, das wir in der inneren Politik Deutschlands schon seit Jahrzehnten von Alt zu Alt erleben: das liberale Bürgertum, auch das sogenannte „entschiedenere“, erst recht aber das „nationale“, kämpft gegen die Reaktion nicht, um diese zu beseitigen, sondern nur um sich neben jener seinen Anteil an der Herrschaft zu sichern.

Daß wir mit dieser Parallele den kirchlichen Liberalismus richtig einschätzen, wird durch das neue kirchenpolitische Programm erwiesen, das vor dem Protestantentag von Kraab, Förster und anderen vorbereitet und auf dem Protestantentag wenigstens in seinen Grundzügen beschlossen wurde. Es lautet: Verwandlung der heutigen Landeskirchen in Volkskirchen; Entstaatlichung der Kirche, Entkirchlichung des

Staates; für den religiösen Betrieb ist die Einzelgemeinde allein zuständig; die Gesamtkirche hat ihre Tätigkeit auf äußere Kirchenverwaltung und Kirchenpflege zu beschränken.“ In dieser kürzesten Formulierung klingt das Programm freilich äußerst radikal. Zieht man aber die Erklärungen und Auslegungen zu Rate, die seine Schöpfer vor und auf dem Protestantentag diesen Grundsätzen gegeben haben, so erweisen sie sich eben nur als Grundriß einer Kirchenverfassung, die, durchgeführt, der Orthodoxie die unbedingt nötigen Fesseln zur Verhinderung der Beibehaltung ihrer bisherigen Monopolstellung in der Kirche anlegen und dem Liberalismus dieselbe Bewegungsfreiheit in ihr gewähren soll wie der Orthodoxie. Denn, im Gegensatz zu seinen französischen und auch portugiesischen Bruderparteien denkt unser deutscher kirchlicher Liberalismus nicht entfernt daran, eine Trennung von Staat und Kirche zu erstreben; nicht Trennung, nur Neuordnung des Verhältnisses zwischen beiden zugunsten des Liberalismus ist beabsichtigt! Der Staat, der Massenstaat, soll nicht bloß im amerikanischen Sinne die polizeiliche Kontrolle über die protestantische Kirche, sondern auch weiter den stärksten Einfluß auf sie behalten. „Der Staat“, so sagte der eine Referent, Pfarrer Psannkuche, „hat bis jetzt noch ein Monopol der evangelischen Kirchenbildung. In seiner Hand ruht die Entscheidung, und ich bin der Meinung, sie soll auch dort bleiben.“

Demgemäß soll der Staat auch den Religionsunterricht in den Schulen künftig in der Hand behalten; selbst die Staatsbeiträge für die Kirchen sollen bleiben. Nur das „landesherrliche Kirchenregiment“ soll wegfallen, die Kirchenbehörden zu reinen äußeren Verwaltungsorganen herabgedrückt, die Entscheidung über Lehre und Glauben den einzelnen Gemeinden übertragen werden. Ausdrücklich aber wurde noch das „Ideal der Vereinskirche“, wie es in den Vereinigten Staaten herrscht, abgelehnt. Der neuen protestantischen Volkskirche sollen alle nichtkatholischen und nichtjüdischen Staatsbürger angehören; mit Staatsbürgern, die ohne alle Religion sein wollen und sind, rechnet man offenbar nicht oder nur sehr nebensächlich und in geringer Zahl.

Auch das Mittel, mit dem man die neue Kirchenverfassung zu erkämpfen gedenkt und das man ebenfalls auf dem Protestantentag geschmiedet hat, scheint uns unzureichend zu sein: es besteht im Zusammenschluß aller kirchlich-liberalen Vereinigungen Deutschlands zu einer einzigen Arbeits- und Kampfgemeinschaft. Die Schrader ebenfalls, stehen 40- bis 50000 Männer und Frauen hinter dieser Gemeinschaft. Das ist für kirchliche Verhältnisse gewiß schon eine recht stattliche Zahl, aber schwerlich schon imstande, die Orthodoxie in der Kirche niederzurufen. Auch eine zehnmal so starke Organisation vermag das noch nicht angehts der wurzelartig tiefen und starken Verankerung der Macht der Reaktion über die Kirche. Ein Gefühl davon war offenbar auch auf dem Protestantentag vorhanden; darum wiederholte sich des öfteren die Versicherung, daß man auf den Sieg seines kirchenpolitischen Programms und seiner religiösen Ziele nur werde rechnen können, wenn eine preussische Wahlrechtsreform neue Machtverhältnisse zugunsten des Liberalismus im preussischen Abgeordnetenhaus geschaffen haben werde! Uebrigens bietet dieser Zusammenschluß allen kirchlich-liberalen Vereinigungen noch in einer besonderen Beziehung ein Interesse: es vollzieht sich hier, auf kirchlich-protestantischem Boden, sichtlich ein gleicher Vorgang wie in den letzten Jahren auf rein parteipolitischem. Wie auf diesem die verschiedenen linksliberalen Parteien sich zur fortschrittlichen Volkspartei zusammenschlossen, so hier die verschiedenen kirchlich-liberalen Gruppen zu einem allgemeinen Protestantentagverein.

Auf dem Protestantentag ist schließlich auch der Wunsch gehegt, mehrfach auch mehr oder weniger deutlich, mehr oder weniger direkt ausgesprochen worden, daß auch die Arbeiterklasse sich an der neuen kirchenpolitischen Aktion, die dort proklamiert wurde, beteiligen möge. Dann sei deren rascher Sieg sicher. Dann, so führte der schon genannte Psannkuche etwa an, wäre ein neuer Fall Natho schlechterdings unmöglich; ja es wäre möglich, Natho selbst anstatt vor das Spruchgericht, als Mitglied desselben in dieses hineinzubringen! Diese Wünsche und Hoffnungen geben zum Schluß noch Veranlassung, den Versuch zu machen, einige Grundlinien für das kirchenpolitische Verhalten der Sozialdemokratie zu ziehen.

Diese sind nun notwendigerweise völlig andere, als sie das neue kirchlich-liberale Programm enthält. Wir fordern, laut unserem Parteiprogramm, nicht wie jenes Neuordnung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat, sondern Trennung derselben, und zwar völlige und reinliche. Das Prinzip des amerikanischen freien Vereinigungswesens, das der geeinte kirchliche Liberalismus ausdrücklich verwirft, erscheint uns auch für Deutschland gerade als das allein richtige; ja wir sind der Ansicht, daß sich jetzt schon, unter der starken Decke des Landeskirchentums, die Entwicklung daraufhin auch in Deutschland längst vollzieht. Nur auf diesem Wege halten wir es auch für möglich, daß die Herrschaft der Reaktion auch auf religiösem Gebiete über die Gemüter unzähliger Menschen dauernd und zu deren eigenem Wohle gebrochen wird. Denn dies, der Zusammenbruch der wirtschaftlichen, politischen, geistigen und religiösen Reaktion,

ist unser, der Sozialdemokratie Ziel, nicht bloß ihre Zurückdrängung zum Zwecke der Teilung der Herrschaft mit ihr. Auch die Mittel, die wir als Einzelne auf kirchenpolitischem Boden zur Erreichung dieses unseres letzten Zieles anzuwenden haben, sind andere als die, deren sich der Liberalismus zu bedienen sucht. Wir gehen, im Gegensatz zu ihm, aus von der Tatsache, die unbestreitbar, die aber nicht das Produkt der Sozialdemokratie, sondern der gesamtgeistigen Entwicklung unserer Zeit ist, daß es Millionen von Staatsbürgern gibt, die dauernd und völlig mit jeder Form von Kirche und Religion gebrochen haben; soweit diese unsere Parteigenossen sind, haben sie sich — schon um der Wahrhaftigkeit willen — ernstlich die Pflicht aufzuerlegen, ihre innerliche Scheidung von Religion und Kirche auch äußerlich durch Austritt aus den Kirchen zu vollziehen. Es gibt neben diesen aber auch zahlreiche andere, die zwar mit den heutigen Kirchen und deren religiösem Betriebe ebenfalls längst völlig fertig sind, daneben aber ein unausrottbares religiöses Bedürfnis in sich tragen, das sie befriedigen müssen. Auch diese, soweit sie unsere Parteigenossen sind, haben nach unserer Meinung in den Kirchen nichts mehr zu suchen: sie haben die freilich nicht leichte Aufgabe, die aber stets die Aufgabe jedes lebendig und selbständig Religiösen gewesen ist, außerhalb des Schattens der Kirche ihre eigenen religiösen Wege zu suchen und zu gehen. Und endlich gibt es noch heute auch unter unseren Parteigenossen viele, die innerlich mit der Religion der christlichen Kirchen im Zusammenhang geblieben sind und zu bleiben den Wunsch und das Bedürfnis haben: auch für die gibt es ein von dem liberalen abweichendes kirchenpolitisches Programm, das sie in Zukunft nach unserer Meinung immer energischer in Angriff nehmen müssen: sie haben sich, wie die Liberalen, am kirchlichen Leben zu beteiligen und zu betätigen, aber eben vom Standpunkt der Sozialdemokraten aus, der hier reich dazu führen muß, dafür zu kämpfen, daß die alten kommunistischen Ideale des ersten Christentums auch in den heutigen Kirchengemeinden wieder zur Geltung gebracht werden. Ob das gelingt, ist ja freilich eine andere Frage; jedenfalls aber bleibt für die religiös und kirchlich geliebten Sozialdemokraten ein anderer Weg nicht übrig. Und wie immer er ausläuft, zu der einen, mehr oder weniger tiefgehenden Wirkung würde er führen, daß er mit Hilfe, den jetzigen Zustand der Klassenkirche im Klassenstaate zu revolutionieren. Im übrigen aber besteht wohl auch darüber keine Meinungsverschiedenheit in der Partei, daß der Hauptkampf der Sozialdemokratie auch gegen die kirchliche Reaktion außerhalb der Kirche, auf wirtschaftlichem und politischem Boden zu führen ist. Und dabei spielt die Erringung des allgemeinen, freien, gleichen und geheimen Wahlrechts für Preußen in der Tat keine geringe Rolle. In Verbindung damit wird auch für die Zukunft eine unablässige, immer tiefer grabende wirtschaftliche und geistige Aufklärung der Massen eine beste Waffe auch gegen die kirchliche Orthodoxie sein und bleiben.

W a u l G ö h r e.

## Zur Lebensmittelteuerung.

#### Die Ältesten der Berliner Kaufmannschaft

haben eine Eingabe an den Reichskanzler gerichtet, in der sie Vorschläge für eine Milderung der Lebensmittelteuerung machen. Die Vorschläge der Ältesten beziehen sich auf die Erleichterung der Einfuhr von lebendem Vieh aus unseren Nachbarländern Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen. Ferner wird eine Erleichterung der Einfuhr von ausländischem Fleisch und von Fettwaren durch Milderung der heutigen rigorosen Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes und durch Herabsetzung der teilweise geradezu als Einfuhrverbot wirkenden Zölle erstrebt; insbesondere soll der deutsche Fleischmarkt durch die Einfuhr von gefrorenem Fleisch aus Argentinien und von Butter, Schmalz und geräuchertem Schweinespeck entlastet werden.

Weitere Vorschläge der Ältesten beziehen sich auf die Förderung der heimischen Viehzucht, durch Ausbau der Viehstatistik, durch Verbreitung der Kenntnisse rationeller Viehzucht und durch sofortige Aufhebung der Zölle auf Futtermittel. Endlich wird um eine Milderung der Gemüseteuerung durch Erlass oder Ermäßigung der Gemüsezölle ersucht.

#### Protestversammlung in Stuttgart.

Eine Versammlung gegen die Teuerung fand am Montagabend in Winklers Saalbau in Stuttgart statt. Die Versammlung war überfüllt. Etwa 3000 Personen, darunter viele Frauen, waren anwesend. Nach dem Referat des Genossen Westmeyer nahm in der Diskussion ein Mitglied der Volkspartei das Wort, das sich für ein Zusammenarbeiten der Sozialdemokratie und der Volkspartei aussprach. Die übrigen Diskussionsredner kennzeichneten scharf die Helfersdienste, welche die Volkspartei der Reaktion in Württemberg bisher geleistet hat und noch leistet. Zum Schluß wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die von der Reichsregierung, dem Staat und der Gemeindeverwaltung ein sofortiges Eingreifen (Aufhebung der Lebensmittel- und Futterzölle, Herabsetzung der Frachttarife, kommunale Maßnahmen) zur Linderung der Not verlangt.

#### Protestversammlungen in Hannover.

Eine überaus eindrucksvolle Demonstration gegen die Teuerung veranstalteten die Genossen in Hannover am Montagabend. Es fanden 13 Versammlungen statt, die alle sehr

stark besucht waren und in denen eine Resolution, die energische Abhilfsmittel fordert, einstimmig angenommen wurde. Die Versammlungen dienen gleichzeitig als Einleitung der Wahlbewegung.

#### Die Lebensmittelsteuer in Bayern.

Das Gemeindefollegium in Kempten im Allgäu beschloß, den Magistrat aufzufordern, im Hinblick auf die bestehende Teuerung aller Lebensmittel den Einkauf von Kartoffeln in die Hand zu nehmen und solche zu billigen Preisen an die Konsumenten abzugeben.

In Augsburg hat das Gemeindefollegium wiederholt einstimmig den Magistrat ersucht, Maßnahmen gegen die Teuerung zu ergreifen. Der Magistrat fürchtet aber den Jörn der Händler und sucht jede Aktion zu verschleppen. Jetzt hat er gebührenfreie Kartoffelmärkte auf den 24. Oktober und 14. November angelegt, wobei aber die Händler den Verkauf selbst besorgen. Die Maßnahme nimmt sich wie eine Verhöhnung der unter der Teuerung Leidenden aus.

### Die chinesische Revolution.

Die gewaltigen Zudränge, von denen das riesige Reich der Mitte geschüttelt wird, haben ungeahnt schnell für Deutschland ernste Bedeutung gewonnen. Nützlich wird gemeldet:

Von den vor Hankau befindlichen deutschen See-Kreitkräften ist funktentelegraphisch nach Tsingtau gemeldet: Die Landungskorps „Leopold“, „Tiger“, „Vaterland“ zusammen mit der aus Deutschen Hankaus bestehenden Freiwilligenkompanie stehen im Straßenkampf mit chinesischem Pöbel. Der Handel liegt fast danieder.

Die unliebsame Nachricht kommt überraschend. Stimmt man doch bisher alle Nachrichten darin überein, daß die Revolutionäre gute Ordnung halten und die fremden Niederlassungen selbst schützen wollen. Allerdings besagen die neuesten Depeschen, daß die Feuersbrünste andauern und auch die deutsche Niederlassung bedrohen. Man muß also bis auf weiteres annehmen, daß die deutschen Truppen in einem Akt der Notwehr eingegriffen haben und darf hoffen, daß ihre Aktion in den dadurch gesteckten Grenzen bleiben wird. Denn es wäre das Unsinnigste, was unsere auswärtige Politik tun könnte, wenn sie sich auch noch im fernsten Osten in ein kriegerisches Abenteuer einlassen würde, dessen Folgen ganz unabsehbar wären. Die Politik strengster Nichtintervention und Neutralität gegenüber den revolutionären Ereignissen ist die einzige, die den Interessen Deutschlands entspricht. Jede andere Politik wäre Wahnsinn und um so größerer Wahnsinn, als noch niemand die Kräfte abzuschätzen vermag, die die nationale Erhebung in China entfesseln kann.

Dem man muß sich hüten, mit den uns geläufigen Maßstäben zu messen. Das chinesische Reich hat eine Million Quadratkilometer mehr als ganz Europa samt Rußland, und selbst die 18 Provinzen des eigentlichen China sind noch siebenmal so groß wie das Deutsche Reich und zählen etwa sechsmal soviel Einwohner (die Schätzungen schwanken, da eine richtige Volkszählung erst in diesem Jahre stattfinden sollte, zwischen 320 und 420 Millionen). Dazu die Fremdheit der Sprache und der Sitten, der Mangel an ausreichendem Material über die inneren Triebkräfte der Volksbewegungen; so muß schon die Feststellung der Tatsachen mit Vorbehalt erfolgen und jedes Urteil über Wert und Ausblick mit dem Vorbehalt weiterer Nachprüfung abgegeben werden. Immerhin ist klar zu ersehen, daß hier eine starke nationale Unabhängigkeitsbewegung Hand in Hand geht mit politischen Reformbestrebungen und mannigfachen sozialen Beschwerden, nicht minder, daß sie mit großer Energie und nicht geringer Zielklarheit ein politisches Ziel von größter geschichtlicher Bedeutung verfolgt.

Die nationale Bewegung, die vor etwa zehn Jahren im Boxeraufstand und seitdem in manchen Kravallen und Boykotts sich gegen die Ausländer gewandt hat, richtet sich diesmal gegen den inneren Feind des chinesischen Volkes: die abgeforderte Herrenkaste des Mandchu-Volkes, dem auch das Kaiserhaus angehört. Ein Tropfen im Meer des Chinesenvolkes, etwa ein Prozent der Bevölkerung, haben die Mandchus seit ihrer um 1644 erfolgten Eroberung des Landes die wichtigsten militärischen und einen Teil der bedeutenden Posten im Besitz und üben so, trotzdem sie kulturell und geistig den Chinesen nachstehen, die Herrschaft im Lande aus. Zugleich sind sie der Hort aller Reaktionen, dem jeder Fortschritt nur mühsam abgekämpft werden muß. Daß daneben auch die Unfähigkeit des herrschenden Regiments, das doch aus seiner militärischen Überlegenheit den Anspruch auf Beherrschung der friedlich gesinnten Chinesen herleitet, das Land vor den Räuberzügen der fremden Mächte, in neuester Zeit namentlich den strengen Eingriffen Japans und Russlands zu schützen, die Empörung genährt und dieser so auch den Zug der nationalen Verteidigung gegeben hat, steht wohl außer Zweifel. Doch beweist der peinlich durchgeführte Schutz von Leben und Eigentum der Ausländer, wie weit man von dem wilden Wüten gegen die „fremden Teufel“, das frühere Volksbewegungen feingezichnet, entfernt ist. Ein guter Teil der treibenden Elemente hat seine Bildung im Ausland, in letzter Zeit namentlich in Japan geholt. Die Massen der in Japan studierenden Chinesen haben, dank dem großen Ansehen, das die studierende Schicht in China genießt, mit ihren „Umsturzpredigten“ dem Aufstand schon lange vorgearbeitet. Dabei ist zu beachten, daß das Studium in China kein Vorrecht der Besitzenden ist, daß vielmehr die befähigten Kinder mit Unterstützung ihrer Gemeindeangehörigen ausgebildet werden. Ueber die Beförderung wird dann in an sich demokratischer Weise, wenigstens oft recht ungewöhnlich, nach dem Ergebnis der Prüfungen entschieden. Doch soll es bei den niederen Prüfungen in den Provinzen oft genug nicht mit rechten Dingen zugehen, so daß auch hier der väterliche Geldsack zu Ehren käme.

Zweifellos ist die Reformarbeit der letzten Jahre nicht gering anzuschlagen. Die Erfahrungen mit den fremden Mächten und der Krieg mit Japan, die Beobachtungen im Ausland und nicht zuletzt das unaufhaltsame Eindringen des westlichen Kapitalismus haben eine Reihe wirtschaftlicher und politischer Fortschritte — zumeist nach hartem Kampfe mit der Mandchu-Clique — erzielt, die den überliefernten fortschrittlichen Chinesengeist vielfach durch völlig modernes Wesen und Streben ersetzt haben. Der Kapitalismus, der von Europa und Amerika her ins Land kam, fand bei den günstigsten Bedingungen: der geschäftlichen Tüchtigkeit und guten gesellschaftlichen Organisation der Kaufleute, der Bedürfnistlosigkeit und Arbeits-

fähigkeit der Arbeiter und dem Verneiner der Jugend, bald gute Entwicklung im Lande selbst. Gab es Ende 1890 erst 200 Kilometer Eisenbahnen, so waren es 1909 schon 8500. Immer noch ein winziges Maß für das Riesreich, aber doch ein Fortschritt, dem weitere immer folgen. Und waren die ersten Bahnen das Werk fremder Techniker, die auch den Betrieb leiten mußten, so hat die Regierung heute die Eisenbahnverwaltung größtenteils in eigener Leitung, und die 220 Kilometer der vor zwei Jahren eröffneten Bahn Peking-Kalgan sind unter der Leitung einheimischer Ingenieure erbaut worden. An Stelle des Mohnanbaues, der durch den mustergültigen Feldzug von Staat und Gesellschaft gegen das Opiumkaster fast gänzlich verschwunden ist, ist mit Unterstützung der Regierung eine starke Förderung des Anbaues von Tee und Baumwolle getreten. Bereits ist eine beachtenswerte Textilindustrie entstanden. Und in Shanghai, im Mittelpunkt des jetzigen Aufstandes, gibt es Eisenwerke, die schon vor einigen Jahren 3300 Mann beschäftigten, deren Erzeugnisse denen des hochgeschätzten amerikanischen Stahltrastes auf dem amerikanischen Markt Konkurrenz machen konnten. Viel Gewaltigeres aber ist im Werden. Im Nordwesten hat man ergiebige Minerallager gefunden. In der nordöstlichen Provinz Shantung hat der Stahltrust Morgans das Ausbeuterecht der zahlreichen Erzlager erworben. Und die noch wenig ausgebeuteten Steintohlenlager, die als die reichsten der Welt gelten und ein Gebiet fast von der Ausdehnung des Deutschen Reiches bedecken, machen eine weitere gewaltige Entwicklung in naher Zukunft zur Gewißheit.

#### Der Straßenkampf in Hankau.

London, 17. Oktober. Den Führern der Republikaner, die unbedingte Schonung aller Fremden fordern, ist es nicht geblieben, den gefährdeten chinesischen Pöbel Hankaus von Ausschreitungen zurückzuhalten. Er rottete sich gerade in der Nähe der deutschen Anstiebelung zusammen. Die von den deutschen Kriegsschiffen gelandeten Kolonisten gebildeten Freiwilligenkompanie, und es gelang ihnen schnell, die Angriffe des unorganisierten Pöbels zurückzuweisen. Der Pöbel rächt sich für den erfolgreichen Widerstand der Fremden durch Brandstiftungen. In verschiedenen Stellen der Stadt loderten die Flammen empor, um deren Bekämpfung sich niemand kümmert.

#### Ankunft der Regierungstruppen.

Hankau, 17. Oktober. Admiral Sah ist in einem Kanonendoot hier eingetroffen und hat den fremden Konsuln die Versicherung gegeben, daß er die fremden Niederlassungen nicht gefährden werde. Von Norden ist ein Eisenbahnzug mit Regierungstruppen eingetroffen und hat nördlich von Hankau ein Lager bezogen. Eine Abteilung von 1000—2000 Mann Truppen der Aufständischen in Wuchang hat mit Artillerie den Yangtze überschritten und ist den Hanstau aufwärts abmarschiert. Die Gesellschaft vom Roten Kreuz bringt die Gefangenen aus Wuchang weg. Ein Revolutionär, der überführt wurde, wurde unter Schloß zu haben, wurde hingerichtet.

#### Das Verhalten der Revolutionäre.

Hankau, 17. Oktober. Die Aufständischen haben beschlossen, die Mandchus nicht zu töten, wenn sie freiwillig die neue Regierung anerkennen. Man erwartet ein Geßicht zwischen Mandchus und Aufständischen. Letztere gründeten einen Verband für Krankenpflege, der von einem Missionar geleitet wird. Frauen und Kinder reifen heute nach Shanghai ab. Der Befehlshaber der Aufständischen erklärte, sie fürchteten die Nordtruppen nicht. Die Pekingbahn würden sie selbst benutzen. Die Bahn ist in voller Ordnung, der Verkehr aber eingestellt. Heute ist ein neues revolutionäres Blatt erschienen; die früheren Zeitungen erscheinen nicht.

#### Ein Geßicht bevorstehend.

Berlin, 17. Oktober. Eine weitere Meldung des deutschen Seebefehlshabers aus Hankau besagt: Hankau ist ruhig. Admiral Sah und 4000 Mann regulärer Truppen sind eingetroffen. Ein Geßicht nahe der deutschen Niederlassung ist bevorstehend. Ein deutscher Dampfer mit Richtkombattanten ist ausgelaufen.

#### Die Haltung Japans.

Peking, 16. Oktober. Gegenüber den Behauptungen der Chinesischen offiziellen Presse, daß Japan an der Revolution in Wuchang nicht unbeteiligt sei, worauf die auffällige augenblickliche Anwesenheit des Admirals Kawaschima und des Militärattachés Obersten Saito in Wuchang hindeute, hat der japanische Gesandte in Peking den Korrespondenten des Auswärtigen Büreaus zu der Erklärung ermächtigt, daß diese Behauptungen jeder Grundlage entbehren.

Die Unruhen in Szechuan dauern unverändert fort. Die chinesische Regierung ist geneigt, die Lage im Westen für gefährlicher zu halten als in Wuchang, da es dort an Mitteln zur schnellsten Beförderung fehlt.

In Kanling und Kanton sind verschiedene Truppengattungen entlassen. Die Stadtwachung ist der Gendarmerie anvertraut worden.

#### Ruhe in Schantung.

Berlin, 17. Oktober. Nach einer Depesche der Betriebsdirektion der Schantung-Eisenbahngesellschaft in Tsingtau ist die Schantung-Eisenbahn von der revolutionären Bewegung nicht berührt; in der Provinz Schantung herrscht völlige Ruhe; auch im Süden von China trage die Bewegung anscheinend keinen fremdenfeindlichen Charakter.

### Der Krieg.

#### Keine Friedensansichten.

Köln, 17. Oktober. Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Berlin telegraphiert: Die Nachrichten aus Konstantinopel weisen auf eine Verschärfung der Lage hin. Die türkischen Staatsmänner waren bis vor wenigen Tagen geneigt, zu sofortigen Unterhandlungen mit Italien zunächst wegen der Einstellung der Feindseligkeiten, dann aber auch wegen der Feststellung der endgültigen Friedensbedingungen die Hand zu bieten. Sie waren dazu bereit, obwohl sie beim Volke, bei der Presse und beim Parlamente mit erstem Widerstande gegen diese Politik rechnen mußten. Seitdem aber die italienischen Pressstimmen bekannt geworden sind, wonach die italienische Regierung vor der Annäherung von Verhandlungen die Anerkennung der bedingungslosen Annexion von Tripolis und der Ghrenais durch die türkische Regierung fordern will, ist ein Umschlag eingetreten. Die Mitglieder des Kabinetts Saib dürften voraussichtlich der Kammer die Fortsetzung des Krieges vorschlagen und würden hierfür eine sehr

starke Mehrheit finden. Es hat daher zurzeit nicht den Anschein, als ob der dringende Wunsch Europas nach baldiger Wiederherstellung des Friedens Erfüllung finden sollte.

#### Auslaufen der türkischen Flotte.

London, 17. Oktober. Nach Blättermeldungen aus Gallipoli ist gestern früh eine türkische Schiffsdivision vom Goldenen Horn mit unbekanntem Ziel abgegangen.

#### Die türkischen Angriffe.

Konstantinopel, 16. Oktober. Wie das Kriegsministerium auf Grund seiner Informationen aus Tripolis der Presse mitteilt, hatten die wiederholten türkischen Angriffe keine erwähnenswerten Erfolge, da die italienischen Truppen durch die Artillerie der Kriegsschiffe geschützt wurden; doch erlitten die Italiener mehrere Verluste. Die Italiener landeten in Tobruk 500 Mann Marineinfanterie. Aus Alvalik wird gemeldet, daß am 14. Oktober drei italienische Torpedoboote im Archipel einige Schiffe abfeuerten. Ein Torpedoboot schleppte einen Segler in der Richtung auf Mytilene. Die übrigen beobachteten die Küste.

#### Der Boykott.

Saloniki, 16. Oktober. Wie an anderen Orten hat sich auch hier ein Komitee aus Privatpersonen zur Organisierung des wirtschaftlichen Kampfes gegen Italien gebildet. Das Komitee fordert die ottomanische Bevölkerung zum Beitritt auf. Es bezweckt, die Ottomanen zu veranlassen, keine Geschäftsverbindungen mit den Italienern zu unterhalten und ihre Kinder nicht in italienische Schulen zu schicken.

Die Deputierten von Tripolis haben in der Kammer einen Antrag eingebracht, in dem verlangt wird, daß gegen das frühere Kabinett Anklage erhoben wird. Der Antrag wurde einer Spezialkommission überwiesen.

#### Italienische Repressalien.

Rom, 17. Oktober. Wie in diplomatischen Kreisen verlautet, beabsichtigt Italien, bei längerem Widerstande der Türkei drei Jnseln im Ägäischen Meere, darunter Rhylene, zu besetzen, um auf die Türkei einen Druck auszuüben.

### Agrarische Bekenntnisse.

Die „Deutsche Tageszeitung“ gibt in einem zwei Spalten langen Leitartikel ihren Anhängern allerhand Fingerzeige und Ratsschläge für den Wahlkampf. Dabei entschließen dem Artikelblatte allerhand reizende Selbstbekenntnisse. So, wenn es sich eingangs gegen die „häßlichen Auswüchse“ des politischen Kampfes wendet. Der Kampf sei mit der „erforderlichen männlichen Entschiedenheit“ zu führen. Er habe aber im Deutschen Reich leider „etwas Weibliches“ angenommen. Statt die gegnerische Auffassung sachlich scharf zu bekämpfen, spiele man die Polemik vielfach auf das persönliche Gebiet und arbeite „mit den weiblichen Mitteln des Klatsches und der Gehässigkeit“. Weislich ein nettes Kompliment für die Frauen, denen doch nach der „altgermanischen Auffassung“, in der auch noch unsere Junker zu leben vorgeben, etwas „Heiliges“ innewohnen sollte. Aber darüber hinaus auch eine heisende Kennzeichnung der agrarischen, überhaupt ordnungsparteilichen Kampfweise. Oder ist es nicht gerade die Kampfweise des Reichsverbandes gewesen, jener Organisation, die gerade den Junkern und den ihnen nahestehenden Reaktionsären am meisten zugute gekommen ist, die die Mittel des Klatsches und der Gehässigkeit geradezu in ein System gebracht hat? Wenn jetzt das Artikelblatt darüber wehklagt, daß durch solche erbärmliche Kampfweise „feinere Seelen zurückgeschreckt“ würden, daß man „den Ekel nachempfinden“ könne, der anständige Menschen packe, wenn er in einen solchen Sumpf hinabtauchen solle — so mögen sich die Junker sagen: nostra culpa, nostra ipsissima culpa, unsere ureigenste Schuld! Schon der schließlich bei den Konservativen angelangte Sozialistendier Max Lorenz hatte sich schließlich voller Ekel von dieser ordnungsparteilichen Manier des politischen Kampfes abgewendet. Max Lorenz ist nun schon seit etlichen Jahren tot. Es hat also wirklich lange gedauert, bis unsere Junker von seinem Ekel angesteckt wurden!

Daß unsere Junker und gar erst das mit ihnen verbündete Zentrum diesmal während des Wahlkampfes sich faulerer Waffen bedienen würden, möchten wir trotz der Ermahnungen der „Deutschen Tageszeitung“ freilich noch sehr bezweifeln. Wie das „Rüstzeug“, das das Artikelblatt „jedem Kampfenossen zur Verfügung stellen“ will, anscheinend wird, werden wir ja bald genug erleben. Immerhin, je niedrigerer Mittel sich unsere Junker im Kampfe bedienen und mit je erbärmlicherem Klatsch sie haustieren gehen, desto besser für uns! Und wenn sich unsere Junker die Auffassung der „Deutschen Tageszeitung“ zu eigen machen sollten, daß das „Gespenst der Teuerung“ nur noch auf „politische Kinder“ wirke, und sich von der Behauptung, daß „unter der Rot der Zeit die Landwirte weit mehr leiden als alle übrigen Stände“, Wunder versprechen, so könnten unsere Agrarier bei der Wahl in der Tat ihr blaues Wunder erleben.

Sehr hübsch macht es sich auch, daß das Junkerorgan empfiehlt, in Versammlungen mehr durch die „Ehrlichkeit der Uebersetzung“ als durch die „Kunst der Rede“ zu wirken. „Geschäftsredner“ seien zwar „durchaus notwendig“, aber man dürfe ihnen nicht die Arbeit allein überlassen. Das „Gewicht einer angesehenen Persönlichkeit“ wirke oft weit mehr als die noch so schöne Rede eines „gewerdmäßigen Redners“.

Mit welcher Offenherzigkeit da das Artikelblatt seine rednerischen Kulis als das Charakteristik, was sie sind: als „Geschäftsredner“, als „gewerdmäßige Redner“. Die Agitatoren unserer Junker gelten ihnen also selbst nur als Menschen, die aus der Agitation ein Geschäft machen, die gegen bars Bezahlung ihren Spech vom Stapel lassen, ohne mit dem Dergleichen bei der Sache zu sein. Denn daß die „Deutsche Tageszeitung“ das tatsächlich meint, geht ja aus dem Sage hervor, daß eine an sich gute Rede eines Geschäftsredners nur geringen Eindruck mache, wenn der Redner von dem, was er sage, nicht völlig durchdrungen und überzeugt sei. Solche Geschäftsredner erlitten das Blatt aber gleichwohl für durchaus notwendig! Eine nette politische Moral. Ein wunderbares Armutszeugnis für unsere blaueschwarze Reaktion!

Kein Wunder, daß unsere Junker solchen Rednern gegenüber die Diskuffion mit anderen Parteien scheuen. Die „Deutsche Tageszeitung“ empfiehlt nämlich, Vorsorge zu treffen, daß die Versammlungen nicht „unliebsame Störungen“ erlitten. Störenfriede müßten kurzerhand unschädlich gemacht werden. Wegen sie böten die Bestimmungen über das Hausrecht und den Hausfriedensbruch genügende Handhaben. Und dann wird auch gleich läppisch genug vertrotelt, worauf man damit zielt. Man will nämlich den Anhängern der Sozialdemokratie schlechthin den Zutritt wehren. Zwar, so verfährt man in durchsichtiger Heuchelei, scheue man selbstverständlich die Auseinandersetzung auch mit der Sozialdemokratie nicht, aber solche Ausdrück-

andererseits seien unmöglich. Wenn die Waffen der Sozialdemokratie Lärm, ungeduldige Zwischenrufe und tierische Laute seien. Dabei ist aber dem Oertelblatt wohl das vielstimmige Tierkonzert eingefallen, das seine Freunde dem greifen konservativen Gelehrten Adolf Wagner seinerzeit dargebracht haben! Wahrscheinlich auch das Junkergeräusch, das bei sozialdemokratischen Ausführungen so oft die Räume des Reichstages und des preussischen Landtages durchtobt hat! Darum richtet es auch an die „eigenen Freunde“ die Mahnung, nicht, wie bisher zuweilen, in gegnerischen Versammlungen ihrem Anmut „recht laut und bisweilen sogar stürmisch“ Ausdruck zu geben. Dieser Anmut müsse unter allen Umständen gezügelt werden, damit der Ausschluß der Gegner aus agrarischen Versammlungen nicht allzu leicht als politische Heuchelei und schlotternde Angst erkannt wird!

Zum Schluß wird angelegentlich die Kleinarbeit von Hof zu Hof, von Haus zu Haus, von Werkstatt zu Werkstatt, von Mund zu Mund empfohlen. Diese Kleinarbeit erfordert allerdings einen gewissen feinen Takt und etwas Menschenkenntnis. Unbedingt vermieden werden müsse der Eindruck einer unmittelbaren oder äußerlichen Beeinflussung. Auch hier wollen wir uns auf die Wirkung dieses schlängelnden Rates nicht allzusehr verlassen, sondern den Junkern während des Wahlkampfes und besonders auch während des Wahlkampfes selbst recht auf die Finger sehen!

Aber noch eine Stelle des Artikels verdient niedriger gehängt zu werden. Der Satz nämlich, daß „alle, hoch und niedrig, vornehm und gering“, an der Aufklärung des Volkes arbeiten müssen — „solange wir uns des zweifelhaften Segens des allgemeinen gleichen geheimen und direkten Wahlrechts erfreuen“. Wo selbst in dieser Epistel vermag das Junkerorgan seinen giftigen Haß und seine glühende Feindschaft gegen das gleiche Reichstagswahlrecht nicht zu unterdrücken! Es ist denn auch kein Zweifel, daß das Reichstagswahlrecht aufs schwerste bedroht wäre, wenn den Junkern und ihren Verbündeten diesmal die tausendfach verdiente Vergeltung erspart bliebe! Nieder darum mit den Junkern und Junkerengenossen! Nieder mit den Volkshändwuchsern und Wahlrechtsfeinden!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Oktober 1911.

### Die Marokkofrage im Senatorenkonvent.

Der Senatorenkonvent des Reichstages trat am Dienstag zusammen, um über die Geschäfte des Reichstages in allerhöchster Zeit zu disponieren. Zunächst gab der Präsident eine Erklärung ab, warum er den Reichstag statt am 10. Oktober erst am 17. Oktober einberufen habe. Das sei auf Wunsch des Reichskanzlers geschähen, der angegeben habe, er wolle bei Beginn des Reichstages über die auswärtige Lage Aufschluß geben, wenn die Verhandlungen über Marokko bis dahin zu Ende gegangen seien. Nun hätten sich aber die Verhandlungen hinausgeschoben und darum habe der Reichskanzler dem Präsidenten ein Schreiben zugehen lassen des Inhalts, daß die Diskussion über die auswärtigen Verhältnisse verschoben werden möchte. Der Präsident habe für die spätere Einberufung des Reichstages der Vorbehalt gemacht, daß dann jedenfalls die Strafprozeßordnung nicht zur Erledigung kommen würde. Der Staatssekretär der Justiz drängte denn auch, daß sie erledigt werde, allein der Senatorenkonvent entschied sich dahin, daß der Gesetzentwurf über die Strafprozeßordnung in dem letzten Abschnitt nicht mehr zur Beratung gestellt wird.

Der Präsident berichtet weiter, die Regierung habe erklärt, daß die Interpellationen über das Vereinsgesetz und über die Feuerungsverhältnisse beantwortet werden würden. Daraufhin wird festgestellt, daß am 18. Oktober die Interpellation über das Vereinsgesetz auf die Tagesordnung kommt. Nach der Beratung über diese Interpellation soll zunächst die erste Lesung des Beamtenversicherungsgesetzes vorgenommen werden, und daraufhin erst die Beratung der Feuerungsinterpellation erfolgen. Ueber weitere Dispositionen soll später der Senatorenkonvent befinden.

Der Präsident verlas darauf das nachfolgende Schreiben des Reichskanzlers:

Wie ich höre, ist von verschiedenen Parteien beabsichtigt, Interpellationen über Fragen der auswärtigen Politik, insbesondere über die libyische Frage und unsere Verhandlungen mit Frankreich, im Reichstag einzubringen. Ich verheißte und teile den Wunsch der Parteien, eine parlamentarische Erörterung dieser Fragen herbeizuführen. Im gegenwärtigen Augenblick jedoch wird sich die Regierung an einer Debatte über die auswärtige Politik nicht beteiligen können. Von einer allgemeinen Besprechung der auswärtigen Politik würde sich die Frage der Haltung der Regierung in der marokkanischen Angelegenheit nicht trennen lassen. Ueber diese aber könnte sich die Regierung in Anbetracht der noch schwebenden Verhandlungen ohne die Gefahr einer schweren Schädigung deutscher Interessen nicht äußern. Dasselbe würde auch von einer Hineinziehung der Tripolisfrage gelten. Wegen der Beilegung des türkisch-italienischen Krieges findet ein anbauender Meinungsaustrausch unter den Mächten statt, der jede öffentliche Stellungnahme der kaiserlichen Regierung in dieser Frage unmöglich macht.

Einer Debatte des Reichstages über ohne Beteiligung der Regierung steht das Bedenken entgegen, daß sie nach der einen oder anderen Richtung hin die Stellung der deutschen Politik erschweren und ihre Aktion beeinträchtigen könnte.

Sobald die politische Situation eine Beteiligung der Regierung gestattet, werde ich Eure Excellenz davon benachrichtigen und ich werde dann gern bereit sein, dem Reichstag Aufklärungen über die auswärtige Politik zu geben und mit ihm in eine Debatte einzutreten.

Von dem Vorstehenden sehe ich Eure Excellenz mit dem ergebenden Anheimstellen in Kenntnis, bei Ihren Besprechungen über die Gestaltung der Geschäfte des Reichstages davon Gebrauch zu machen.

Von den Vertretern aller Parteien wird darauf die Besorgnis ausgesprochen, daß eventuell der Reichstag zu Ende gehen könne, ohne daß überhaupt die auswärtige Politik besprochen worden sei. Schließlich kommt man überein, daß dem Reichstag die Möglichkeit vorbehalten bleiben m. a. eine Besprechung der auswärtigen Politik durch Stellung eines dahingehenden Initiativantrags vorzunehmen, wenn die Regierung dieser Interpellation nicht beantwortet dann den Parteien freistehende Mittel in Anwendung zu bringen. Die Vertreter der Parteien ersuchen den Präsidenten, bei dem Reichskanzler keinen Zweifel darüber zu lassen, daß der Reichstag einzig sei in der Auffassung, eine Besprechung der auswärtigen Politik müsse unter allen Umständen erfolgen. Der Präsident wird den Reichskanzler dahingehend verständigen. Ferner wurde der Wunsch ausgedrückt, daß der Reichskanzler in seiner Erklärung vor dem Reichstag, in der er eine Hinausschiebung der Besprechung der Interpellation verlangt, gleichzeitig eine Garantie bietet, daß dem Wunsch des Reichstages entsprochen wird. Besonders von sozialdemokratischer Seite wird betont, daß es eine ganz unhaltbare und unmögliche Situation sein würde, wenn dieser Reichstag ohne jede Besprechung der auswärtigen Angelegenheit auseinanderginge.

### Arbeiterkampfbestimmungen.

Aus dem Reichsage. 17. Oktober. Als der Reichstag heute wieder zusammentrat, hatte man den Eindruck,

als ob eine Schar Mühseliger und Bekadener sich zu einer stillen Trauerandacht versammelt hätte; wenigstens gab die Haltung der Mehrheitsparteien dem sterbenden Reichstag dieses Gepräge. So mancher von den Edlen und Besten der Nation sah da mit wehmütigem Lächeln auf dem wohlgenährten Antlitz, als durchjüge der trübe Gedanke sein Gemüt: Ueber ein Kleines und ich werde nicht mehr unter euch sein; die Neuwahl wird uns begünstigen!

Auf die Tagesordnung waren Petitionen gesetzt. Die Mehrzahl wurde ohne irgend welche Debatte nach dem Antrage der Petitionskommission erledigt. Nur bei einigen das Arbeiterinteresse berührenden Fragen kam es zu Auseinandersetzungen. Eine Petition, die den „Schutz der Arbeitswilligen vor Verdröhung und Mißhandlung“ forderte, gab dem Antisemiten Raab den Anlaß, eine Scharfmaßerrede gegen die Sozialdemokratie zu halten. Dabei hatte er es darauf besonders abgesehen, nachzuweisen, wie schädigend auf den Mittelstand der Bohkott einwirkte. Das ganze schöne Konzept wurde ihm aber verdorben, als unter großer Heiterkeit des Hauses ihm nach Schluß seiner Rede von den Sozialdemokraten die antisemitische Bohkott-Parole „Kauft nicht bei Juden!“ zugerufen wurde. Genosse Robert Schmidt wies dann mit einigen kräftigen Worten den Raabschen Angriff zurück. Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung abgelehnt und dann gegen die Sozialdemokraten der Antrag auf Uebertretung als Material angenommen.

Zwei Petitionen, die eine wegen Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise, die andere wegen Schaffung eines Hüttenarbeiter-schutzgesetzes führten zu einer Darlegung der übeln Zustände im Bergwerks- und Hüttenbetrieb durch den Genossen Hue. Dabei konnte er darauf hinweisen, daß jetzt auch die Zentrumspartei unter Herrn Wiesberts in die Klagen über die völlige Unwirksamkeit der Bundesratsverordnung von 1908 zur Regelung der Hüttenbetriebe eingestimmt habe. Als es nachher zur Abstimmung kam, lehnte dennoch die Zentrumspartei mitsamt den bürgerlichen Parteien den sozialdemokratischen Antrag auf Verächtlichmachung der Forderung auf Erlass eines Hüttenarbeiter-schutzgesetzes ab. Nur vereinzelte Freisinnige stimmten mit der Sozialdemokratie. Im Wahlkampf wird diese Abstimmung sehr aufklärend wirken können.

### Zur Landtagswahlwahl in Berlin V.

Bei den gestern stattgefundenen 129 Wahlmännerwahlen im fünften Landtagswahlkreis gelang es unieren Genossen, die Mandate in der dritten Abteilung sämtlich wieder zu gewinnen und in der ersten und zweiten Abteilung noch je drei Wahlmännermandate neu zu erobern, während in der ersten Abteilung eins verloren ging. Es standen zur Wahl in der dritten Abteilung 52 Wahlmänner, in der zweiten Abteilung 36; davon wurden gewählt Sozialdemokraten 23, Freisinnige 10, ferner hat eine Stichwahl stattgefunden. In der ersten Abteilung waren 41 Wahlmänner neu zu wählen. Es wurden gewählt bisher 12 Sozialdemokraten, 22 Freisinnige; ferner hat eine Stichwahl stattgefunden, während eine Wahl nicht zustande kam.

### Mädchen macht sich wieder maunig.

Der von den Keßbeter als Politiker und den Politikern als Schicht bewunderte Schmöck, der aus seinen Jettelstafennotizen schwülstige Artikel zu fabrizieren weiß, Herr Maximilian Gorden, hat sich wieder einmal über den Marokko-Rummel vernehmen lassen. Und zwar in Dresden. Mit Hilfe seines wohlhabendsten Jettelstafensiel es ihm natürlich nicht schwer, über die ungläubliche Gerissenheit und Sinnlosigkeit der offiziellen deutschen Auslandspolitik allerlei Bissiges vorzubringen. Er predigte Frieden mit Frankreich, um „das hochmütige Albion zu demütigen“, also eine Kriegstreue mit England zu entfalten. Italiens Brigantenzug fand natürlich seine Billigung. Die italienische Politik sei zwar Räuberpolitik, aber die einzig richtige! Das dekadente Geschwätz klang in der Höhe aus, daß möglichst bald ein Krieg angezettelt werden müsse, weil sich das Volk bei der mit der fortschreitenden Industrialisierung verbundenen Demokratisierung bald nicht mehr geduldi in einen Krieg hineinschleusen lassen werde.

Unser übergeschnapptes Schmöcken sollte seine Nase statt in Politik lieber wieder in die Nachtröpfe hochgeborener Zeitgenossen stecken — die chroniquis scandaleux verliert mehr an ihm, als die Weltgeschichte!

### Landtagswahlwahl in Hanau.

Bei der heutigen Landtagswahlwahl erhielt von den 301 abgegebenen Stimmen der nationalliberale Kandidat Courat Hermann Wohlhart-Hanau 154, der sozialdemokratische Kandidat Genosse Diesmann 75, der konservative Kandidat Hauptlehrer Schumann 72 Stimmen. Wohlhart ist somit gewählt.

### Nationalliberale Sehnsucht.

In Ihren Betrachtungen über die Düsseldorf Reichstagswahlwahl hat die „Alein.-Westf. Zeitung“, das führende Organ der rheinisch-westfälischen Großindustrie, unerbötlich zu verstehen gegeben, daß die Nationalliberalen geneigt sind, bei den kommenden Wahlen mit dem Zentrum einen umfassenden Mandatshandel abzuschließen. Den haben spinnst das Blatt jetzt weiter.

In einem Artikel „Die Stadtverordnetenwahlen im Industriegebiet“ stellt das Scharfmaßerblatt folgende Betrachtungen an:

Als Aufruf zu den kommenden Reichstagswahlen werden sich die im November und Dezember stattfindenden Stadtverordnetenwahlen im Industriegebiet vollziehen. In Dortmund, Duisburg, Hagen und Recklinghausen wird unter diesen Umständen auch die Wahlfrage ganz anders sein, als bei den städtischen Wahlen im vorvergangenen und letzten Jahre. Demals galt es, dem Zentrum für seine allzu selbsthätige Parteipolitik auf den Stadthäusern einen Denkzettel zu geben und dieser ist denn auch derbe genug ausgefallen. Diesmal wird sich also auch der Wahlkampf entsprechend der veränderten Lage bei der bevorstehenden Reichstagswahl wesentlich anders gestalten. Der Verlauf des Kampfes wird beachtenswerte Rückschlüsse gestatten auf die Stellung der Parteien im nächsten Januar.

Die „Alein.-Westf. Zeitung“ bespricht dann die Situation in den einzelnen Kreisen von ihrem Standpunkt und kommt zu dem Schluß, daß die Verhältnisse für das Zentrum und namentlich in Dortmund sehr prätere seien, auch in Duisburg stände es ähnlich. In Recklinghausen soll es um die Zukunft des Liberalismus glänzend stehen, wogegen die Verhältnisse in Hagen sehr eigenartig lägen. Die Ausführungen über die Hagner Wahlausichten schließt das Blatt mit den Worten:

„Zu wünschen bleibt übrigens, daß es wie 1909 gelingen werde, den Ansturm der „Genossen“ auf das Hagner Rathaus abzuschlagen. Dazu müssen sich eben in etwaigen Stichwahlen die bürgerlichen Parteien zusammenfinden. Die Hoffnung muß man überhaupt für die Stadtverordnetenwahlen in allen erwähnten Städten aussprechen.“

Die bürgerlichen Parteien, die hier — mit Ausnahme

der Stadt Hagen — im wesentlichen in Betracht kommen, sind das Zentrum und die Nationalliberalen. Daß die Herren vom Zentrum für die jarten Anregungen der Nationalliberalen volles Verständnis bezeugen, steht außer Frage.

### Der mecklenburgische Landtag

ist zum 14. November einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Weiterberatung der Verfassungsvorlage. Das bedeutet einen vollendeten Sieg der Junker. Denn im Frühjahr, als der Junkerlandtag die Verfassungsvorlage der Regierung abgelehnt hatte, sprach der Schweriner Großherzog das große Wort, er werde nunmehr aus freier Entschliebung handeln. Statt dessen aber soll jetzt der Landtag weiterberaten.

### Sinkender Einfluß der Arbeiter im Zentrum.

Die Vertrauensmännerversammlung der Zentrumspartei im Wahlkreis Vorkum-Besentinken hat den Professor Weskamp-Dorsten zum Reichstagskandidaten ernannt. Deutlich zeigt diese Kandidatur, wie der Einfluß der Arbeiter innerhalb der Zentrumspartei schwindet. Bei der letzten Wahl kandidierte der christliche Gewerkschaftssekretär Klost, der aber den „besseren“ Katholiken nicht mehr zulagte. Professor Weskamp ist im Kreise total unbekannt. Das Zentrum spekuliert aber mit dieser Kandidatur auf die Stimmen in den Bürger- und Beamtenkreisen, denen die „Arbeiterkandidatur“ Hedmann auch nicht zulagte. Bezeichnend ist es, daß auch in Dortmund der frühere Kandidat des Zentrums, Gewerkschaftssekretär Effert, durch einen Kaufmann ersetzt worden ist.

### Wahlmanöver.

Einen eigenartigen Trick probieren die Nationalliberalen im Wahlkreis Hannover-Binzen, um die Wähler zu täuschen. Diese bisher stärkste bürgerliche Partei im Kreise, die stets im Vordergrund des Kampfes stand, hat diesmal auf einen eigenen Kandidaten verzichtet, und zwar auffälligerweise zugunsten der fortschrittlichen Volkspartei, die es seit 1881 auf nie mehr als 500 bis 900 Stimmen brachte und 1907 überhaupt keinen Kandidaten mehr aufstellte, während die Nationalliberalen doch immerhin noch 12 000 bis 16 000 Stimmen aufbrachten. Der fortschrittliche Kandidat ist Justizrat Sengberg, der einst als demokratisch galt, sich aber infolge seiner finanziell-industriellen Beziehungen politisch immer mehr nach rechts hinübergemauert hat.

Der auffällige Kandidatenverzicht der Nationalliberalen zugunsten der absolut bedeutungslosen Fortschrittler ist nicht anders zu erklären, als daß zwischen Herrn Sengberg und den Nationalliberalen ganz bestimmte Abmachungen getroffen worden sind; Sengberg, der bisher politisch nie hervorgetreten ist, soll in Wahrheit der nationalliberale und Honsa-Kandidat sein, der nur unter dem Fortschrittsbanner kämpft, weil man glaubt, bei der gegenwärtigen politischen Stimmung damit bessere Geschäfte zu machen.

### Gausabundpräsident Niefer als Reichstagskandidat.

Der Volksparteiler Storz, der gegenwärtig den Wahlkreis Elm im Reichstag vertritt, hat eine weitere Kandidatur abgelehnt. Die Volkspartei hat nun erklärt, auf eine eigene Kandidatur verzichten zu wollen, wenn die Nationalliberalen den Präsidenten des Bauabundes, Geheimrat Niefer, aufstellen.

### Oesterreich.

#### Die Feuerungsdebatten.

Wien, 17. Oktober. Das Abgeordnetenhaus hat heute die erste Lesung der Feuerungsordnungsdebatte beendet, worauf diese mit vierzehntägiger Verzichterstattung der betreffenden Ausschüsse zugewiesen wurden. Hieraus begann das Haus die erste Lesung der Beamtenvorlagen.

### Dänemark.

#### Neueinteilung der Wahlkreise.

Weglich wie beim deutschen Reichstagswahlrecht ist auch beim Föllerthingswahlrecht die städtische Bevölkerung und namentlich die der Hauptstadt durch eine höchst ungerechte Wahlkreiseinteilung benachteiligt. Die Regierung hat nun einen Gesetzentwurf zur Neueinteilung der Wahlkreise eingebracht. Der Entwurf stimmt im wesentlichen mit dem in der vorigen Session vom Föllerthing, jedoch nicht vom Landsting, der Zweiten Kammer, angenommenen überein, jedoch sind dabei die Ergebnisse der letzten Volkszählung berücksichtigt worden, wenn auch nicht so, wie es eine wirklich gerechte Wahlkreiseinteilung erfordern würde. Kopenhagen soll zwar 19 statt bisher 13 Föllerthingsabgeordnete erhalten, aber es würde dabei immer nur ein Abgeordneter auf rund 25 000 Köpfe der Bevölkerung kommen, während in den anderen Wahlkreisen 16 000 bis 20 000 Köpfe schon einen Abgeordneten erhalten lassen. Die Zahl der Föllerthingsmänner soll von 114 auf 129 erhöht werden, und außerdem wird die Einführung eines Stichwahlsystems vorgeschlagen. Die Reform würde trotz ihrer Mängel einen guten Schritt-vorwärts bedeuten.

### Portugal.

#### Eröffnung des Parlaments.

Lissabon, 17. Oktober. Der „Daily Telegraph“ meldet aus Lissabon: Das Parlament wurde gestern nachmittags durch Regierungsmitslieder eröffnet. Nach Verlesung des Dekrets betreffend die Aufhebung der konstitutionellen Garantien griff der radikal-führer Costa die Regierung festig an, bezichtigte sie der Rachlässigkeit und Unkenntnis über die royalistischen Pläne und verteidigte die provisorische Regierung. Des weiteren verlangte er die Verhängung exemplarischer Strafen über die Verschwörer.

### Persien.

#### Der künftige Schah.

London, 17. Oktober. Der „Morning Post“ wird aus Teheran gemeldet: Der frühere Schah hat sich über die Grenze nach Aschabad in Russisch-Turkestan begeben. Unter seinem Siegel, das in Firuzschah in die Hände der Regierungstruppen fiel, befand sich ein vollständiges Tagebuch über den von ihm unternommenen Versuch, wieder zur Herrschaft zu gelangen. In dem Tagebuch finden sich Angaben darüber, woher er seine Unterstützungen finanzieller und anderer Art bezogen hatte; dadurch werden verschiedene hochgestellte Persönlichkeiten bloßgestellt, deren Anhänglichkeit an das jetzige Regime bisher nicht in Zweifel gezogen worden ist.

### Marokko.

Spanische Okkupationsgelüste an der marokkanischen Nordküste. Tanger, 17. Oktober. Die Spanier beabsichtigen in Alhucemas eine Abteilung von 7000 Mann zu landen, die bestimmt ist, das Gebiet von Yegobia und das der Beni Urtagel zu besetzen und diese Gebiete mit dem von Melilla in Verbindung zu bringen.

### Amerika.

#### Der Präsidentschaftskandidat der „Insurgenten“.

Chicago, 17. Oktober. Der Kandidat der fortschrittlichen republikanischen Partei hat sich für die Kandidatur des Senators La Follette als Präsidenten der Republik ausgesprochen.

#### Ein angebliches Attentat auf den Präsidenten.

Santa Barbara (Kalifornien), 16. Oktober. (Wiedung der Associated Press.) Unter der Stahlbrücke der Southern Pacific-Eisenbahn zwischen El Capitan und Gabilona wurden heute 36 Dynamitpatronen entdeckt, kurz bevor der Zug, in dem sich Präsident Taft befand, die Brücke passierte.



Reichstag.

190. Sitzung, Dienstag, den 17. Oktober 1911, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Niemand. Präsident Graf Schwerin-Löwig: Ich heiße Sie herzlich willkommen mit dem Wunsche, daß Sie sich nach der viermonatlichen Unterbrechung der Beratungen recht erfrischt und gestärkt haben, so daß wir einen möglichst großen Teil des Restes unserer Aufgaben erledigen können.

Hierauf ehrt der Reichstag das Andenken der verstorbenen Abgeordneten Hug (S.), Frank-Rathor (S.) und Liebermann v. Sonnenberg (Antif.) in der üblichen Weise.

Auf der Tagesordnung stehen

Petitionen.

Eine Reihe von Petitionen werden debattelos erledigt. Eine Petition auf Zulassung der Antiqua-Schrift, über die bereits in einer früheren Sitzung ausführlich debattiert war, wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Eine Petition zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in den Steinbrüchen und Steinhauereien wird unter Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrages, der sie dem Reichszentralrat zur Veräußerung überweisen will, dem Reichszentralrat als Material überweisen, ebenso ein Punkt derselben Petition, bei Erneuerung des schwedischen Handelsvertrages einen Zoll auf schwedische Pfahnersteine einzuführen — über diesen Punkt hatten die Abgeordneten Albrecht und Genossen Uebergang zur Tagesordnung beantragt.

Eine Petition betr. Ausdehnung der Fleischschau bei Hauschlachtungen beantragen die Abgg. Albrecht und Genossen (Soz.) dem Reichszentralrat zur Veräußerung zu überweisen; unter Ablehnung dieses Antrages wird sie durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Der Zentralausschuß der vereinigten Innungsverbände Deutschlands und einige andere Arbeitgeberverbände petitionieren um den Erlass von Bestimmungen zum Schutze der Arbeitswilligen gegen Verdröhung und Mißhandlungen, der Gewerbetreibenden gegen Betrugs-erklärungen, Boykotts usw.

Die Kommission beantragt, die Petition dem Reichszentralrat als Material zu überweisen.

Abg. Kaab (Antif.): Der Mittelstand bedarf eines weitgehenden Schutzes gegen die immer mehr auftretenden Boykottmaßnahmen der Sozialdemokratie. Vom Gewerkschaftsfaktel Kassel wurden in dem dortigen sozialdemokratischen Organ fünf Wäckermeister mit Namen veröffentlicht und davor gewarnt, bei ihnen zu kaufen. (Hört! hört!) Wenn der Mittelstand nicht dem Untergang geweiht sein soll, muß ihn die Gesetzgebung gegen solche Maßnahmen schützen. (Bravo! rechts. — Juraus bei den Sozialdemokraten: Kauft nicht bei Juden! Große Heiterkeit.)

Abg. Robert Schmidt (Soz.):

Ein solcher Antrag bedarf doch wohl einer etwas eingehenderen Begründung. Auch ist der Vorkredner am wenigsten berufen, gegen den Boykott der Arbeiter Stellung zu nehmen, wie ihm der Juraus aus unseren Reihen bewiesen hat. Werden doch von den Antisemiten Juden bloß deshalb, weil sie Juden sind, mit dem Boykott bedroht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere auch an das bekannte Vorgehen der Unternehmerverbände gegen einzelne Unternehmer, wodurch Tausende von Arbeitern schwer geschädigt werden. Besonders rigoros ist in dieser Beziehung der Deutsche Fleischerverband vorgegangen, um alle Innungsmeister zu zwingen, ihm beizutreten. Wir verlangen kein Vorgehen der Gesetzgebung gegen diese Unternehmer, fordern aber das gleiche Recht auch für die Arbeiter. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Albrecht wird abgelehnt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen, der Antrag der Kommission angenommen.

Eine Petition der Jirkas-Dunkerischen Gewerksvereine betreffend die Kontrolle der einseitigen Zwangsarbeitsnachweise und Herbeiführung paritätischer Arbeitsnachweise, beantragt die Kommission, dem Reichszentralrat zur Ervägung zu überweisen.

Kleines Feuilleton.

Unter dem Deckmantel der Wissenschaft. Die Luftschiffpolarfahrten im Zeppelin, für die in den letzten Jahren als für eine ebenso nationale wie wissenschaftliche Sache eine erhebliche Beklame gemacht wurde, sind — wie hier von Anfang an betont wurde — nicht nur wissenschaftlich, sondern würden auch wissenschaftlich unergiebig verlaufen. Es war in der Tat unerfindlich, wie sich ernsthaft Leute mit einem solchen Unternehmen betrauen konnten, dem es an allen Grundlagen fehlt. Aber der merkwürdige Eifer der Hergesellen und der Name Zeppelin hypnotisierten, und aus der Sportfregate, an der höchstens ordentlich tüchtige Seidleute, einige ausbringliche Kocher und die Lieferanten Interesse haben konnten, wurde eine „nationale Angelegenheit“ (glücklicherweise erst eine halbe nationale Wlamage). Die Geheimräte und die Leute von Geld und Namen, die überall dabei sind, bildeten ein Komitee, ein Prinzip wurde Protokoll — und man machte eine Spritzfahrt nach Spitzbergen, worüber dann zunächst ein großes Buch geschrieben wurde.

Gegen diese Art Wissenschaft, die ganz zu unserm neudeutschen, imperialistischen, unternehmensgierigen Wesen paßt, erhebt jetzt ein Fachmann, Prof. Wilhelm Siebers in Gießen, in Petermanns Mitteilungsblatt, dem führenden geographischen Blatt, begründeten Einspruch. Freilich Prof. Siebers ist nur Fachmann, er hat nicht die kaiserlichen und monastischen Konzeptionen und nicht das Talent, die Presse zu inspirieren wie Prof. Hergesell. Dafür hat er den Vorzug, etwas von der Sache zu verstehen. Prof. Siebers laßt seine Einwände dahin zusammen:

Erstens ist der gegenwärtige Stand der Luftschiffahrt überhaupt noch nicht geeignet, die Durchführung solcher Probleme auch nur halbwegs zu verbürgen, sondern sie sollte zunächst Erforschungen im eigenen Lande sammeln, um Katastrophen abzuwenden, bevor sie sich an derartig utopische Aufhaben wagt. Zweitens sind die bei dieser Expedition zu holenden wissenschaftlichen Vorbeeren so geringfügig, daß sie eine so kostspielige und gefährliche Unternehmung unter keinen Umständen rechtfertigen.

Die sehr bedeutende Seite der ganzen Affäre aber sieht Professor Siebers in folgendem: Woher galt die deutsche Wissenschaft als solide und zuverlässig; die auf der ganzen Erde vor ihr herrschende Achtung beruhte darauf, daß sie streng sachlich urteilte, vorsichtig vorgeht, langsam, aber sicher aufbaute und alles, was nach Klame ausah, auf das Schärfste zurückwies. Die in Aussicht stehende Polarfahrt ist nun geeignet, im Ausland die Ansicht hervorzuheben, daß wir den soliden Boden unserer wissenschaftlichen Tätigkeit zu verlassen begannen und damit wäre die deutsche Wissenschaft kompromittiert, zugleich aber auch der deutsche Name überhaupt, und endlich wäre zu befürchten, daß sowohl die sehr hochstehenden wie auch die finanziell sehr leistungsfähigen Kreise in Deutschland, die dieser Expedition, wohl ohne Kenntnis von deren innerem Unwert, ihre Fürsorge haben angedeihen lassen, in Zukunft bei wirklich wissenschaftlichen Unter-

Abg. Hue (Soz.):

Die Petition verlangt die Einrichtung paritätischer Arbeitsnachweise oder die Einrichtung gegenseitiger Kontrolle über die einseitigen Arbeitsnachweise der Unternehmer. Wie notwendig das ist, beweisen die Verhandlungen, die wir über die Zehnjährigenarbeitsnachweise im Ruhrgebiet hier mehrfach gehabt haben. Auch die Generalversammlungen der Zehnervereine, wo die Herren ihr scharfmacherisches Herz enthüllen, zeigen, daß die Arbeitsnachweise im Ruhrgebiet nicht so verwaltet werden, wie man es verlangen muß. Aber selbst, wenn die Handhabung der einseitigen Unternehmerarbeitsnachweise eine andere wäre, so verlangt doch die öffentliche Meinung paritätische Arbeitsnachweise. So, wie die Zehnjährigenarbeitsnachweise gehandhabt werden, sind die Unternehmer Ankläger, Richter und Strafvollstreckter in ein und derselben Person; es ist das ein Rechtsgang, der jedem ordentlichen Verfahren direkt ins Gesicht schlägt. Die Arbeitsnachweise führen nicht nur eine Kontrolle über angeblich vertragsbrüchige Arbeiter, eine völlig unkontrollierbare Kontrolle, sondern darüber hinaus Bestehen

geheime Abmachungen

in einzelnen Betrieben, die auf vollständige Berufs-erklärungen bestimmter Arbeiter wegen ihrer politischen Gesinnung hinausgehen. Ferner werden auch solche Leute vom Arbeitsnachweis ausgeschlossen, die durch irgend einen Unfall einen Teil ihrer Erwerbsfähigkeit eingebüßt haben. Solche Leute überhaupt nicht mehr in Arbeit zu nehmen, ist eine Barbarei und Brutalität ohne Gleichen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten), darin wird das Haus sich wohl einig sein, und es wäre wohl an der Zeit, daß die Regierung hier eingreift. Man will auch durch die Arbeitsnachweise die Leute zwingen, auf einer bestimmten Zeche zu bleiben. Ein Steiger, der einen Arbeiter von einer anderen Zeche eingestellt hatte, erhielt einen Brief, worin ihm gedroht wurde, wenn er das noch einmal täte, würden weitere Schritte gegen ihn unternommen werden. Hier liegt der

Klare Teilnehmend der Erpressung

vor, für den Fall, daß der Steiger sich nicht bereit erklärt, das Freizügigkeitsrecht der Arbeiter zu beschneiden.

Neuerdings ging eine Mitteilung durch die Presse, daß die Werksbesitzer die Liste der Mitglieder des Berufsbeamtenvereins in die Hände bekommen und daraufhin die einzelnen betreffenden Steiger zu sich berufen und ihnen erklärt haben, sie hätten aus dem Berufsbeamtenverein auszutreten oder würden ihre Stelle verlieren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine unerhörte Vergewaltigung der Leute. Das Versprechen mit dem System der schwarzen Listen zu brechen, ist nicht erfüllt worden. Dieses gesetz- und sittenlose Treiben wird weiter fortgesetzt. Die Notwendigkeit des einseitigen Arbeitsnachweises wurde selbsterzeit damit begründet, daß man dem starken Kontraktbruch der Arbeiter entgegenzutreten müsse. 1902 betrug der Arbeiterwechsel 1,92 Proz., 1910 betrug er trotz Bestehens des Arbeitsnachweises 98 Proz. Dieser starke Wechsel, der auch keineswegs für die Arbeiter vorteilhaft ist, beruht also nicht auf dem Kontraktbruch der Arbeiter, sondern auf ganz anderen Ursachen. Auf der Zeche Vorwärts, die sich in den Händen eines Konfessionsmenschen befindet, war die Minderheit mit den Beschlüssen der Mehrheit nicht zufrieden und bestellte sich einen Gutachter, der in seinem Gutachten sich auch mit dem Arbeiterwechsel beschäftigte und zu dem Resultat kommt, daß die schlechte Behandlung und die schlechten Löhne an diesem starken Wechsel schuld sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bessere Behandlung, gerechtere Festsetzung des Gehaltes — dann wird der Wechsel nicht so stark sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man behandle die Arbeiter anständig und gerecht, man behandle sie, wenn auch streng, so doch menschlich, man gebe ihnen einen Lohn, mit dem sie eine Familie ernähren können, dann wird dieser für beide Teile nachteilige Wechsel sich von selbst einstellen, wenn nicht ganz aufhören, so doch zum mindesten stark zurückgehen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dann würde man auch einen solchen Arbeitsnachweise, wie den im Ruhrgebiet, der immer mehr und mehr zu einem Zwangs-institut ausartet, nicht nötig haben, und dann würde man auch eine ständige Verleugung bekommen. Statt dessen aber sehen wir trotz der tiefsten Teuerung und trotz der angestrengten Arbeit

ein fast ständiges Zurückgehen der Löhne:

seit 1907 sind in Oberschlesien, in Niederschlesien, im Ruhrgebiet, im Saarrevier die Löhne andauernd gesunken, die preussischen Bergarbeiter allein haben seit 1907 eine Lohnsenkung von

20 Millionen Mark erlitten. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) auf allen Zechen wird hierin in der gleichen Weise gesündigt. Was der Arbeiter auf der einen Zeche verliert, findet er auf der anderen wieder. Wir finden eine Menge von Kontraktbrüchen, die wir geradezu als Notwehr bezeichnen müssen, weil die Leute sich mit Recht sagen: wir müssen hungern, wenn wir diese Verhältnisse weiter ertragen. Die Verarmung und das Elend der Leute steigt andauernd. In der vergangenen Woche sind die vier Bergarbeiterverbände zusammengekommen, um sich über die Lohnfrage zu verständigen. Das ist ebenfalls ein Beweis dafür, daß die Lohnverhältnisse der Bergarbeiter sich trotz aller schönen Reden verschlechtert haben. Die Forderungen der Petition sind verständlich und gerecht, auch deshalb, weil die Arbeitsnachweise sich nicht nur als hindernd für die Ausübung des freien Koalitionsrechts erweisen, sondern sie sollen auch dazu dienen, eine willkürliche Reservearmee zu schaffen. Durch die massenhafte Heranziehung von Arbeitern aus Ostgalizien und aus auswärtigen Gebieten will man sich eine Reservearmee schaffen, durch die man die Löhne niedrig und die Arbeiter hilflos halten will. Weit entfernt, diese Entwicklung zu hemmen, fördern die Unternehmerarbeitsnachweise sie. Wird diese Entwicklung nicht gehemmt, so wird es mit Natur-notwendigkeit zu einer Katastrophe von unüberschaubaren Folgen kommen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Zum Schluß noch ein paar Worte über die schwarzen Listen. Vor mir liegt ein Urteil des Oberrheinischen Landgerichts vom 11. Mai 1910. In diesem Urteil wird so ziemlich alles gutgehört, was sich die Zehnerherren an Vergewaltigung der Arbeiter leisten. (Hört! hört! bei den Sozialdem.) Mit liebevoller Verständnislosigkeit geht das Gericht in den Motiven dieses Urteils auf alle die Gedankengänge ein, die die Unternehmer zur „Rechtfertigung“ der schwarzen Listen anführen. Und das ist ein weiteres hochbedenkliches Moment, daß die öffentlichen Gewalten vollständig vom Geiste des Bergkapitals ergriffen werden.

Die Verhältnisse im Ruhrrevier sind nachgerade wieder genau so wie im Jahre 1904, vor dem großen Bergarbeiterstreik von 1905. Wie ich damals hier aufgetreten bin und gewarnt habe vor den Folgen der Gewaltherrschaft der Zehner, so will ich auch jetzt wieder meine warnende Stimme erheben. Wird der Willkür nicht endlich Einhalt geboten, so werden der Druck des Unternehmertums und die immer mehr und mehr sich geltend machenden Folgen der Teuerung zu einer Katastrophe führen, die an Intensität und Umfang selbst den großen Streik weit hinter sich lassen wird, dessen Schauplatz das Ruhrrevier vor sechs Jahren war. (Lebhaftes Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Behrens (wirtsch. Bg.): Die Regierung scheint das Arbeitskammergesetz nach einer Mitteilung der Arbeitgeber-Zeitung an Formalitäten scheitern lassen zu wollen. Dadurch würden die Arbeiter in eine Hoffnung armer, daß das Arbeitsnachweiswesen durch wirklich paritätische Körperchaften geregelt werden könnte. Freilich können auch paritätische Arbeitsnachweise genützt werden, wenn z. B. durch einen Tarifvertrag bestimmt wird, daß nicht einem bestimmten Verbande angehörige Arbeiter nicht vermittelt werden dürfen. So haben die Vorgänge beim Abschluß des Buchdruckertarifs in den nichtsozialdemokratischen Arbeiterkreisen die größte Mißbilligung hervorgerufen. Die legen den Hauptwert auf Schaffung öffentlich-rechtlicher Arbeitsnachweise. Daß die Stimmung im Ruhrrevier keine günstige ist, gebe ich zu. Man sollte aber alles tun, um die Lust der Grubenarbeiter nach einem allgemeinen Streik nicht zu fördern.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Eine Petition des Deutschen Metallarbeiterverbandes betr. den Hüttenarbeiterzuschuß beantragt die Kommission zur Veräußerung zu überweisen, soweit sie eine Veräußerung der Arbeitszeit, Verschärfung der Betriebskontrolle, größeren Gesundheitschutz und Beseitigung der Unsicherheit in der Entlohnung verlangt und als Material, soweit die Schaffung eines Hüttenarbeiterkammergesetzes verlangt wird.

Abg. Giesberts (S.): Die Bundesratsverordnung zum Schutze der Hüttenarbeiter hat ein völliges Fiasko erlitten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die große Unfallsfähigkeit unter diesen Arbeitern bedingt aber, daß mit dem gesetzlichen Schutze für diese Arbeiterkategorie endlich Ernst gemacht wird. Angeht es die glänzenden Dividenden der Großen in der Industrie müssen auch die Arbeiterverhältnisse in dieser Industrie verbessert

Schönberrers „Glaube und Heimat“ gespielt. Der Theaterzettel verflücht:

Subversivität. Gout und die folgenden Tage „Glaube und Heimat“ Die Tragödie eines Volkes in fünf Akten. Während der Pausen: Tanz im Kleinen Saal.

(Das einzig bemerkenswerte an der Sache ist, daß sich Berliner Theater von einem Vorort dermaßen überdolen lassen.)

Die Volksvorstellungen der engagementslosen Bühnenkünstler. Die von der Genossenschaft Deutscher Bühnennachgehenden geplanten Volksvorstellungen nehmen am 24. dieses Monats mit sechs Ensembles zugleich ihren Anfang. Die Auführungen finden statt im Lehrerbereinshaus, Alexandersplatz; Römers Festhalle, Kopenstrasse; Marinehaus; Kriegervereinshaus; Roakiter Gesellschaftshaus, Wielestrasse; in der Hochschule für Kunst und eventuell in den Prachsalen des Westens. (Auf die Arbeiterschaft scheint man bei drei von diesen Lokalen verzichteten zu wollen.)

Zur Aufführung gelangen vorerst: „Minna von Barnhelm“, „Kabale und Liebe“, „Flaschmann als Erzieher“, „Gisli im Winkel“, „Der Hüttenbesitzer“ und „Der Raub der Sabinerinnen“. Die Preise der Plätze sind auf 50 Pf., 1 M. und 1.50 M. bemessen.

Adele Sandrock wird im Neuen Kgl. Operntheater in den ersten Tagen des November drei Abende als Hamlet auftreten. (Dieses Experiment wurde — frei nach Sarah Bernhardt — bereits in Wien von ihr erprobt.)

Die Dressie mit Hindernissen. Die Dressie-Aufführung im Zirkus Schumann wurde am Montag erst in letzter Stunde freigegeben, nachdem Reinhardt die Verfügungen der Polizei (die Höre befehlen zeitweise alle Ausgänge) durch andere Anordnung beschwichtigt hatte. Weitere Aufführungen (abgegeben von der am Freitag) will die Polizei nur nach Durchführung weiterer Vorsichtsmaßnahmen gestatten.

Vorträge. Farbenprächtige Landschaftsbilder aus der Mark Brandenburg gelangen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, zur Vorführung in einem Vortrag von G. Kögler über „Märkische Felsen“ und „Stimmung und Eigenart märkischer Landschaft“ im Berliner Klubhaus, Dhmstr. 2.

Deutscher Adel und mesopotamisches Geld. Ueber dieses aktuelle Thema schreibt Kerr in einer Behandlung des Falles Ketterich-Berchheim im „Pan“: Die Zeitungen, auch links (linksliberale) ... reichen Standesamtliches aus der Adelswelt; aber mit Takt, ohne gemeine Kritik, und behaglich angewandt, falls eine mesopotamische Missetat an einen Kavalierrettel gelangt. — welcher der Eignerin ihren erst besetzten, fragenden, stillen Pops mit der Reizepische vollhaut. Das fördert solche Sitten von Koffeljuden, Vorkenjuden, Aeroplanjuden — und von Stahlprotestanten.

Theater.

Münchener Theater. Von Karl Etlinger (Karlsruhe aus der Jugend) fand am Samstag im Münchener Schauspielhaus die Uraufführung des dreiatigen Lustspiels ohne Gebrauch und Situationskomik: „Die Hydra“ einen einmütigen Heiterkeitserfolg. Die Heiterkeit bauierte auf einem Sprühfeuer von anzüglichen Wippen auf Theaterbetrieb und Theaterdingen, aber neben dem Wig, der liebenswürdig auf der Verhöhnungslinie bleibt, reihen sich ernste Nachdenklichkeiten zu einem hübschen Dialog, so daß ein unterhaltames, gefälliges Stück aus der traurigen Wahrheit unserer Zeit geworden ist, daß die ideale Kunst hungern muß. Welch aber Gold einbringt. So halten es auch die Theaterdirektoren mit dem Vech, wenn sie Geschäfte machen wollen, denn die Hydra, das Publikum, treibt sie dazu. Das ungefähr hat Karl Etlinger mit dem bestehenden Rädeln eines Zeitlosseurs am Beispiel eines anfangs idealen, später von der Hydra zum Geldmacher umgemodelten Theaterdirektors zu einem flott ineinandergelassenen Episodenreigen zusammengelast und mit ironischen Randbemerkungen versehen. Leider operierte der letzte Akt mit einigen Dogewesenheiten. m.

Gumor und Satire.

„Briganten gegen Briganten.“

Wir lesen im „Saulois“: „Mit gewichtiger Sachlichkeit, durch die nationale Genugtuung und vaterländische Begeisterung durchflungen, veröffentlichten die türkischen Zeitungen folgende wichtige Nachricht: „Der Räuberhauptmann Solich, der in der letzten Zeit in den Bergen von Gumbel in Bithynien, nicht allzu fern von Konstantinopel, operierte (I) und den die türkische Gendarmerie vergeblich zu ergreifen oder zu töten suchte, hat sich erboten, gegen die Italiener ein Feld zu geben.“ Das Schreiben, mit dem der famos Erganz seinen patriotischen Entschluß kundgibt, ist höchst amüsant. Solich beginnt seinen Brief mit der Versicherung, daß er in den letzten zwei Jahren nur der Not gehorchend, nicht dem inneren Triebe, Mäuberei getrieben habe. Jetzt aber, angesichts der Nähe dieser italienischen Briganten“, will er gegen die ungläubigen Kollegen vom Leber ziehen. Diese Briganten haben dem osmanischen Reiche Gebde angefangt und brutal eine islamitische Provinz geraubt und daher stelle ich mich mit meinen hundert Parteigängern dem Kriegsministerium zur Verfügung, um die nationale Ehre zu rächen und diese ungläubigen Räuber zu züchtigen.“

Notizen.

„Glaube und Heimat“ mit Tanz. In einem Vorort im Norden Berlins wird zurzeit, wie der „Kunstwart“ erfahren hat,

werden. Die Regierung muß zum mindesten für Durchführung ihrer Verordnung sorgen. (Bravo!)

**Abg. Hue (Soz.):**

Als ich zuerst für den Hüttenarbeitervertrag im Jahre 1907 eintrat, begegnete ich in diesem Hause noch lebhaftem Widerstand. Erst allmählich hat sich inzwischen die große Mehrheit des Reichstags von der Notwendigkeit eines solchen Schutzes überzeugt. Herr Wiesner hat heute bestätigt, was ich immer Zeit über die Bundesratsverordnung gesagt habe. Sie hat ein völliges Fiasko erlitten. Dabei ändert sie an den 12-16-jährigen Schichten nichts, aber selbst die geringfügigen Bestimmungen über die Pausen werden nicht eingehalten. Es kommen noch heute bis

**24stündige Schichten**

vor, wie eine Aeußerung des Kölner Gewerberats beweist. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Sonntagsarbeit hat sogar zugenommen. Dabei hat die Praxis bewiesen, daß auch in Feuerbetrieben die Schichtminderzahl durchführbar ist. Die Peinlichkeit geht aus von einem fahrenden Unglück vom 10. Dezember 1910 in der Stahlgießerei des Bochumer Vereins, wobei vier Arbeiter in gräßlicher Weise verbrannten. Solche Fälle ereignen sich in der Grobblechindustrie fast jede Woche. Wir beantragen daher auch die Forderung auf Schaffung eines Hüttenarbeitergesetzes dem Reichstanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Arbeiter müssen durch ein solches Gesetz das Recht erhalten, aus ihren Kreisen Leute zu wählen, die die Betriebe kontrollieren und Schäden aufweisen. Auch in der Unfallsicherheit der Entlohnung, die ich schon seit Jahren immer wieder beleuchtet habe, muß endlich Wandel geschaffen werden. Die Patienten verlangen auch größere Gesundheitsfürsorge. Auf diesem Gebiet haben die Unternehmer sich schwerer sozialer Sünden schuldig gemacht. Sie klagen beständig, die Industrie könne die sozialen Lasten nicht tragen — als ob durch die Vermehrung der Unfälle die Industrie nicht auch belastet würde. Nebenbei sind die Ueberschüsse der Hüttenindustrie beständig gestiegen — da sollte man endlich mit dem Berede aufhören, daß die Industrie die sozialen Lasten nicht tragen könne. Es ist eine

**Bersandigung der Regierung,**

eine Verbeugung der Regierung vor den Unternehmern, daß sie noch nichts für den Schutz der Arbeiter in den Hütten getan hat. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir haben so viel Material beigebracht, daß, wenn die Regierung wollte und vor der Macht der Unternehmer nicht zurückschreckte, sie längst ein Hüttenarbeitergesetz hätte erbringen können. Wir werden die Arbeiter darüber aufklären, welche Mächte und welche Parteien daran schuld sind, daß diese Forderung noch immer nicht erfüllt ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags beschließt der Reichstag gemäß dem Antrag der Kommission.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Präsident teilt mit, daß von den Konserverativen, National-Liberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei noch Interpellationen über die auswärtige Lage eingegangen sind.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Interpellationen über die auswärtige Lage und über die Teuerung, Privatbeamtenversicherung.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

**Der Parteitag der Sozialdemokratie Ostpreußens**

fand am Sonntag, den 15. Oktober, in Königsberg statt. Aus 12 Wahlkreisen waren 85 Delegierte erschienen; ferner waren anwesend 11 Mitglieder des Bezirksvorstandes und der Kontrollkommission, 2 Vertreter der Redaktion und Expedition der „Volkzeitung“, 3 Reichstagskandidaten, 1 Vertreter des Parteivorstandes und als Gäste Genosse Crapion-Danzig und Trife-Wilna.

Genosse Braun führte als Vertreter des Parteivorstandes in seiner Begrüßungsansprache an, daß mit dem Wachsen der Organisationen die Bezirksparteitage an Bedeutung gewonnen hätten. In den kommenden Wahlkämpfen werde der Parteivorstand den ostpreussischen Genossen, soweit es ohne Beeinträchtigung der berechtigten Forderungen anderer Bezirke möglich sei, nach Kräften zur Seite stehen. Der Parteivorstand verkenne nicht, daß die ostpreussischen Genossen einen steinigen Boden zu beackern hätten.

Genosse Haase behandelte in seinem vortrefflichen Referat über die bevorstehenden Reichstagswahlen die innere und äußere Politik. Er brandmarkte besonders die Raubpolitik des Kapitalismus und die Magister der Junker. Wie brutal diese ihre Macht gegenüber den Arbeitern, Handwerkern und Bauern ausübten, bewies, daß allein im Jahre 1909 über 400 000 Arbeiter aus den östlichen Provinzen nach dem Westen gezogen seien. Von Ostpreußen allein seien in diesem Jahre nach Westfalen 11 403 und nach dem Rheinland 11 408 Arbeiter gezogen. Diese Zahlen bedeuten eine furchtbare Entlastung gegen die ostelbischen Junker. Dann beleuchtete der Referent die agrarfreundliche Haltung des „Fortschritts“ und sagte: So weit die Fortschrittler es mit der Bekämpfung der Reaktion erlauben können, werden sie bei der Stichwahl auf unsere Unterstützung rechnen können. Vorausgesetzt wird dabei, daß die Fortschrittler die Konserverativen in der Stichwahl ebenfalls bekämpfen.

Die Diskussion drehte sich unter anderem auch um die Stichwahlparole. Genosse Gottschalk erklärte, die Resolutionen, die der Parteitag in dieser Angelegenheit angenommen habe, seien von zahlreichen Parteigenossen und auch von bürgerlicher Seite so verstanden worden, als ob die Stellung der Partei zu den Stichwahlen damit schon festgelegt sei. Das sei jedoch ganz irrig. Es seien nur Mindestforderungen festgelegt worden. Nebenher schlug folgende Resolution vor:

„Für den Fall, daß die Reichstagswahlen in Ostpreußen sowohl zu Stichwahlen führen sollten, in denen gegenüber Konserverativen die Unterstützung fortschrittlicher Kandidaten durch sozialdemokratische Wähler in Frage kommt, als auch zu solchen Stichwahlen, in denen sozialdemokratische Wähler für den fortschrittlichen Kandidaten zu stimmen Gelegenheit haben, erwartet der Parteitag, daß der Bezirksvorstand die Unterstützung fortschrittlicher Stichwahlkandidaten durch die sozialdemokratischen Wähler nur dann für zulässig erklären wird, wenn die fortschrittliche Volkspartei unzweifelhaft gleichfalls die Wahl der sozialdemokratischen Stichwahlkandidaten den fortschrittlichen Wählern empfiehlt. Der Parteitag erwartet ferner, daß der Bezirksvorstand bei etwaigen Stichwahlen zwischen National-Liberalen und Konserverativen den sozialdemokratischen Wählern Wahlenthaltung empfiehlt wird, da die ostpreussischen National-Liberalen ebenso arbeitfeindlich sind, wie die Konserverativen.“

Für alle Diskussionen wandten sich gegen diese Resolution. Genosse Haase erklärte, er halte es für unstatistisch, heute schon über diese Resolution zu entscheiden. Man müsse sich nach den Hauptwahlen die Persönlichkeiten der bürgerlichen Kandidaten sehr genau ansehen. Die Frage sei, sie auf ihre politische Vergangenheit hin zu prüfen und zu fragen: Ist Du ein Mensch, dem man vertrauen darf, daß er das, was er verspricht, auch nachher hält. Mehr zu sagen, sei vorläufig faktisch nicht richtig. Die Resolution Gottschalk wurde auch zurückgezogen und darauf folgender Antrag angenommen:

„Der Bezirksvorstand wolle im Hinblick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen beschließen, daß die ostpreussischen Kreisvereine bei engeren Wahlen etwa erforderliche Entscheidungen zwischen gegnerischen Kandidaten nur im Einverständnis mit dem Bezirksvorstand treffen dürfen.“

Beim Tätigkeitsbericht des Bezirksvorstandes konnte Parteisekretär Genosse Linde über die erfreuliche Fortentwicklung der Bewegung in Ostpreußen berichten. Im letzten Geschäftsjahre haben 27 Mitglieder und 121 öffentliche Versammlungen stattgefunden. Es sind

224 450 Flugblätter und 118 150 Kalender und Broschüren verbreitet worden. Schwierigkeiten bei der Verbreitung von Kalendern und Flugblättern sind uns von den Behörden nicht mehr gemacht worden. Dagegen wird das Reichsvereinsgesetz ungezügelt gehandhabt. Es schwebt bereits die fünfte Klage beim Oberverwaltungsgericht gegen den Regierungspräsidenten von Königsberg. Zwei Klagen sind zu unseren Gunsten erledigt. Die Zahl der Mitglieder der Kreisvereine hat sich gegen das Jahr 1909 um 277 vermehrt. Davon entfallen auf die Stadt Königsberg 1470, auf die Provinz 1257 Mitglieder. Die Zahl der weiblichen Mitglieder hat um 292 zugenommen. Von 17 Wahlkreisen bestehen in 11 Organisationen. Am 1. April 1910 ist der Mitgliedsbeitrag von 20 auf 30 Pf. erhöht worden, was durchaus günstige Folgen gehabt hat. Unter den Eisenbahnern ist lebhafteste Agitation getrieben worden. Rekrutenabschiedsfeiern haben nur in Königsberg stattgefunden. Die Agitation unter den Frauen hat in der Provinz recht günstige Fortschritte erzielt. Die Zahl der politisch organisierten Landarbeiter beträgt 2010; sie hat sich seit 1909 verdoppelt. Außerdem sind eine Anzahl Landarbeiter im Verband der Land- und Waldarbeiter organisiert. Die „Volkzeitung“ hat sehr beträchtliche Erfolge erzielt. Sie ist in der Lage gewesen, im letzten Jahre kaum die Hälfte des Aufwandes gegenüber den Vorjahren zu bestreiten. Der „Landbote“ hat im Jahre 1909 bei seinem einmal monatlichen Erscheinen noch 8000 R., im letzten Jahre aber bei zweimal monatlichem Erscheinen nur 1000 R. Zuschuß gebraucht. Die Diskussion über den Bericht drehte sich hauptsächlich um das öftere Erscheinen des „Landboten“ und um den Wunsch, diesem eine Unterhaltungsbeilage beizulegen. Es wurde folgender Antrag angenommen: „Der Parteitag erwartet, daß der Bezirksvorstand während der Wahlbewegung den „Landboten“ so häufig wie nur irgend möglich erscheinen lassen wird.“ Auch der Antrag, der wünscht, daß der „Landbote“ mit mehr Unterhaltungsliteratur ausgestattet wird, fand Annahme. Dann drehte sich die Debatte um das Verhältnis der Partei zum Land- und Waldarbeiter-Verband. An die Landarbeiter müsse mit Politik, mit Arbeiterpolitik herantretet werden. Klein gewerkschaftlich dürfe der Landarbeiter-Verband nicht sein.

Ein sehr wirkungsvolles und anfeuerndes Referat hielt Genosse Braun über das Thema: „Der Kampf gegen den Schnapsgeiz“. Er empfahl folgende Resolution, die auch angenommen wurde:

„Der am 15. Oktober 1911 in Königsberg tagende Parteitag der Sozialdemokratie Ostpreußens bringt erneut den Parteivorstand den Beschluß des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie Leipzig 1909 in Erinnerung, der alle Parteigenossen und Arbeiter auffordert, den Schnapsgeiz vollständig zu meiden. Dieser Beschluß, der dem Kampfe gegen die infame Wirtschaft des preussischen Junkertums und gegen dessen verbrecherische Volksausbeutung dient, auch zugleich dazu bestimmt ist, dem durch den Schnapsgeiz verursachten und geförderten Elend weiter Volksschichten entgegenzuwirken, muß noch mehr als bisher beachtet werden. Deshalb richtet der Parteitag an alle organisierten Arbeiter den dringenden Appell, den Schnapsbottel hochzuhalten und für strikte Durchführung in den weitesten Volksteilen unablässig zu wirken.“

Beisammen wurde, das Referat des Genossen Braun als Flugblatt herauszugeben. Angenommen wurde weiter der Antrag: „Der Parteitag beauftragt den Bezirksvorstand, durch eine Umfrage festzustellen, in welchen ostpreussischen Gemeinden noch Bürgerrechtsgeld erhoben wird, und erucht die zuständigen Kreisvereine, für Abschaffung dieser arbeitfeindlichen Bestimmung zu wirken.“

Mitgeteilt wurde, daß allein über 80 Städte in Ostpreußen Bürgerrechtsgeld erheben.

Damit hatte der Parteitag sein Ende erreicht.

**Aus der Partei.**

**Parteitag für die obere Rheinprovinz.**

Am 15. Oktober fand in Kreuznach der Parteitag für den Agitationsbezirk obere Rheinprovinz statt. Er war aus 17 Reichstagswahlkreisen besetzt. Als Vertreterin des Parteivorstandes war Genossin Zieg-Verlin erschienen. Der vom Bezirkssekretär Hofrichter-Köln erstattete Bericht des Agitationskomitees umfaßt die Zeit vom 1. Januar 1910 bis 30. Juni 1911, also 18 Monate. Die Zahl der Parteimitglieder belief sich auf 11 308 gegen 10 828 zu Anfang der Periodezeit. Darunter befanden sich 1021 (gegen 808 am 1. Januar 1910) weibliche Mitglieder. Die Einnahmen betragen 20 567 R., die Ausgaben 19 877 R. Im Agitationsgebiet gingen in der Periodezeit 79 784 R. an Parteibeträgen ein. Es wurden 326 000 Wahlrechtsflugblätter, 225 000 Agitationschriften verschiedener Art, 200 000 Wahlflugblätter, 205 000 Flugblätter verschiedener Art, sowie 120 000 Agitationskalender verbreitet.

Genossin Zieg gab der Anerkennung des Parteivorstandes Ausdruck über die intensive, systematische Arbeit der Genossen in diesem völlig vom Zentrum beherrschten Bezirk. Sprunghafte Fortschritte seien hier ausgeschlossen; jeder Zoll müsse dem Materialismus, der mit den verwerflichen Mitteln des Gewissenszwanges arbeitet, abgerungen werden.

In der Debatte befahte man sich eingehend mit der Frauenagitation. Vieles wurde dargelegt, daß der Wochenbeitrag von 10 Pf. zu hoch für die Frauen sei; man möge ihn herabsetzen und die obligatorische Lieferung der „Gleichheit“, die von vielen organisierten Frauen nicht gelesen werde, abschaffen. Wegen den letzten Antragsparolen insbesondere die Mitglieder des Bezirkskomitees. Genossin Zieg empfahl die Genossinnen so zu schälen, daß sie der Bekürde der „Gleichheit“ gewachsen seien. Der Parteitag beschloß, den Frauenbeitrag in der bisherigen Weise bestehen zu lassen und die „Gleichheit“ weiter obligatorisch zu liefern. Dem Agitationskomitee wurde ein Antrag überwiegen, wonach ein Flugblatt herausgegeben werden soll, das in leicht verständlicher Weise über die Liebesgabenpolitik und die Einfuhrschneine Aufklärung in die breiten Massen trägt. Ueber die bevorstehenden Reichstagswahlen sprach Reesfeld-Köln. Er forderte schärfste Bekämpfung des Zentrums, dessen Einfluß verderblich auf dem gesamten wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben Deutschlands lasse.

**Bezirksparteitag für Magdeburg.**

Der sozialdemokratische Bezirksverband Magdeburg hielt am Sonntag seinen sechsten Parteitag ab. Der Parteivorstand war durch den Genossen Müller vertreten. Dem gedruckt vortragenden Bericht des Bezirksvorstandes ist zu entnehmen, daß seit 1906 die Beitragsleistungen von 21 755,21 auf 97 098,05 R. gestiegen sind. Die Mitgliederzahl erhöhte sich von 8772 auf 21 518. Im Berichtsjahre wuchs die Mitgliederzahl um 2524. Den 21 518 in der Partei Organisierten, darunter 3786 Genossinnen, stehen im Bezirk 49 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter gegenüber. Im verflorenen Jahre fanden einer Einnahme von 18 575,55 R. an Ausgaben 19 098,15 R. gegenüber. An Flugchriften und Broschüren wurden 1 299 700 sowie 508 000 Exemplare des Landarbeiteragitationsblattes „Landpost“ verbreitet. In dem Bericht werden unter anderem auch die politischen und gerichtlichen Verfolgungen im letzten Jahre geschildert, wobei vornehmlich die Verurteilung des Amtsvorstehers, den Sozialdemokraten die Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel unmöglich zu machen, dargelegt worden. Randes davon ist ja schon in der weiteren Öffentlichkeit bekannt geworden. Der Amtsvorsteher Rebel von Breuß. Vornehm verurteilte die Genehmigung zu einer Versammlung unter freiem Himmel unter anderem mit der Begründung, daß in unmittelbarer Nähe des Versammlungsplatzes ein öffentliches Lokal liegt, wo die Versammlungsteilnehmer vor der Versammlung bereits Gelegenheit zum Einnehmen von geistigen Getränken haben und in Erwartung der öffentlichen Versammlung sich erfahrungsgemäß den nötigen Rut-

antrinken.“ In diesen Fällen wird berichtet, daß die behördlichen Organe auch nicht das geringste Maß von Kenntnis des Reichsvereinsgesetzes bezeugen.

Der Bericht über den Stand der „Volkstimme“ zeigt einen erfreulichen Aufstieg. Ihre Auflage beträgt gegenwärtig über 80 000. Die Einnahmen für Abonnements betragen im Berichtsjahre 167 777,58 R., die für Inserate 157 938,68 R. Die Druckerei der „Volkstimme“ ist im letzten Jahre auch in technischer Beziehung weiter erheblich verbessert worden. So wurde beispielsweise eine neue 32zeilige Rotationsmaschine angeschafft, mit der eine Filderdruckmaschine verbunden ist, die es der „Volkstimme“ ermöglicht hat, als erstes Parteiblatt ein neues Widerdruckverfahren in Anwendung zu bringen, das hauptsächlich in der Agitation gute Dienste leisten wird.

In der Diskussion wurden wenig Einwendungen gegen die Tätigkeit der Bezirksleitung erhoben. Der Reichstagskandidat für Magdeburg, Genosse Landsberg, hielt dann einen Vortrag über die kommenden Reichstagswahlen, wobei er die Wahlausichten der acht Kreise des Bezirks einer Betrachtung unterzog. Zum Vorsitzenden wurde Fabian Magdeburg wiedergewählt.

**Der Bericht der deutsch-österreichischen Parteileitung an den Innsbrucker Parteitag**

enthält Daten, die nicht nur ein äußerliches Wachstum, sondern auch eine innere Konsolidierung der Partei erkennen lassen. Von 1910 auf 1911 ist die Zahl der Parteimitglieder, die schon zu 83 Proz. in Vereinen organisiert sind, von 114 810 auf 140 623 gestiegen — um mehr als ein Viertel. Die Frauenorganisation steigerte ihre Mitgliederzahl von 6412 vor zwei Jahren auf 16 535, die Jugendorganisation auf 9142. Vor zwei Jahren erschien außer der Wiener „Arbeiterzeitung“ nur der Großer „Arbeiterwille“ täglich — heute außerdem der Reichsberger „Vorwärts“, die Linzer „Wahrheit“, die Solzburger „Wacht“ und die Innsbrucker „Volkzeitung“. Immerhin nur ein sozialdemokratisches Tagesblatt in dem Hauptkriegsgebiet — in den deutschen Teilen von Böhmen, Mähren und Schlesiens. Die Stimmenzahl bei den Reichstagswahlen stieg 1911 auf 541 989 gegen 513 219 in dem viel günstigeren Wahljahr 1907. 1357 Gemeindeglieder gehören der Partei an. In 512 dem Zentralverband angeschlossenen Konsumvereinen sind 300 000 Konsumisten organisiert. Die Reichsparteisteuer brachte in den zwei Jahren seit dem Reichsberger Parteitag 131 209 Kronen ein, um 30 000 Kronen mehr als in der vorangegangenen entsprechenden Periode. Die Zentralkasse für das Bildungswesen berichtet über die Veranstaltung von 72 Vortragsabenden, 1345 Einzelvorträgen und 1856 Unterrichtsabenden; von all dem entfällt der größte Teil auf Wien. In der Provinz hat die Bildungsarbeit seit der Abhaltung der Parteischule in Bodenbach im Sommer 1910 intensiv eingeleitet. Sehr erfreulich ist der Bericht der Wiener Parteibuchhandlung, vormalig Jun. Wand. 1870 000 in ihrem Verlage erschienene Schriften und Bücher wurden abgesetzt. Die zum verwichenen Wahlkampf ausgegebenen „Sozialdemokratischen Werbechriften“ wurden in 850 000 Exemplaren abgesetzt.

In der deutsch-österreichischen Parteipresse, nicht nur im „Kampf“, wird jetzt die in Innsbruck zu Wien die Frage des Verhältnisses der deutsch-österreichischen Partei zu den zwei reichsdeutschen sozialistischen Parteien lebhaft diskutiert. Die vom Reichsberger „Vorwärts“ an schärfsten betonte Stellungnahme: volle Anerkennung der „tschechischen“ Sozialdemokratie (Zentralisten), völlige Loslösung von der „tschechisch-slavischen“ Sozialdemokratie, den Separatisten (Gewerkschaftszersplitterer) erhält eine starke Unterstützung durch die Gewerkschaften. In einem Leitartikel des Korrespondenzblattes der Wiener Gewerkschaftskommission, der „Gewerkschaft“, erklärt Genosse Gr. (Grünwald, der stellvertretende Vorsitzende der Kommission und Leiter der Buchbinderorganisation) die Frage der Stellung zu den Zersplitterern der in dieser schweren Zeit doppelt wichtigen Gewerkschaften für eine Frage der Kleinheitspolitik. Der Artikel tritt weiter für eine wirkliche Zusammenfassung der heute in äußerst loser Verbindung stehenden nationalen Sektionen zu einer österreichischen Sozialdemokratie ein, wie sie 1889 in Gaisfeld begründet wurde.

**Die Breslauer Genossen**

beschlossen in ihrer am Montag stattgefundenen Mitgliederversammlung die Beteiligung an der bevorstehenden Landtagswahl ohne jede Debatte fast einstimmig. Als Kandidat wurde Genosse Lohse aufgestellt. Bei einer eventuellen Stichwahl zwischen dem schwarz-blauen Block und dem liberalen Kandidaten stimmen die sozialdemokratischen Wähler bzw. Wahlmänner bei der Wahlmänner- sowie bei der Abgeordnetenwahl für den liberalen Kandidaten. Bei der letzten Wahl, die bekanntlich vom Junkerparlament mit den fahrlässigen Gründen für ungültig erklärt wurde, regte bekanntlich der freisinnige Ehleris nur durch die geschlossene Unterstützung der sozialdemokratischen Wahlmänner.

Das Protokoll des Parteitages sowie der Frauenkonferenz in Jena ist in der ersten Auflage bereits vollständig begriffen. Die Verhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 03. Bittet alle Organisationen, die ihre Protokollbestellungen noch nicht aufgegeben haben, dies umgehend zu tun, damit die Höhe der zweiten Auflage festgesetzt werden kann. Wie wir bereits mitteilten, wird den Organisationen der Selbstkostenpreis berechnet.

**Polkeltisches, Gerichtliches usw.**

**Ein Post — 200 R. Geldstrafe.**

Der Genosse Haber von der „Weimarschen Volkzeitung“ in Jena hatte sich am Freitag vor dem Landgericht in Eisenach zu verantworten, weil er die Richter in Weimar beleidigt haben sollte. Er hatte an den Preispruch eines Angeklagten, des Oberzahlmeisters Raus, die Bemerkung geknüpft, ein sozialdemokratischer Redakteur wäre jedenfalls nicht freigesprochen worden. Die Strafkammer des Landgerichts Eisenach nahm an, daß, wenn Haber nur gesagt hätte: ein Redakteur wäre nicht freigesprochen worden, er hätte freigesprochen werden müssen. Durch die Entfälschung des Wortes „sozialdemokratischer“ aber hätte er die Richter in Weimar der Parteilichkeit geziehen und sie somit beleidigt. Das Urteil lautete auf 200 R. Geldstrafe.

**Ein beleidigter Oberkriegsgerichtsrat.**

Der Erste Staatsanwalt in Karlsruhe reichte beim Reichstags tag den Antrag ein, das Verfahren gegen den Abgeordneten Ged in einer Verleumdungssache eröffnen zu dürfen. Es handelt sich um einen von Ged geschriebenen Bericht in Nr. 131 des „Volkfreund“ über eine im Juni d. J. vor dem Kriegsgericht Laß gegen den ehemaligen Sergeanten Guß. Kampe vom 169. Infanterieregiment geführte Verhandlung. In dem Bericht soll eine Verleumdung des Vorsitzenden, Oberkriegsgerichtsrat Decker in Kolmar enthalten sein, der deshalb Strafantrag stellte.

Der Verantwortliche der „Norddeutschen Volkstimme“, Genosse Vary, und das ehemalige Gemeindevorstandsmitglied in Schiffendorf, Genosse Gottschalk, wurden Ende Juni dieses Jahres in Bremerhaven wegen Verleumdung des Gemeindevorstandes in Schiffendorf verurteilt, und zwar Vary zu einem Monat Gefängnis und Gottschalk zu 100 R. Geldstrafe. Am Montag hatte sich die Strafkammer in Bremen als Berufungsinstanz mit dieser Sache zu befassen. Nach dem Ergebnis der Verhandlungen hat Gottschalk als Gemeindevorstandsmitglied in einer Versammlung erklärt, ihm sei einmal als Kandidatmitglied von einem Vertreter der Bauern Geld angeboten worden. Der Bauer, der Gottschalk das Geld angeboten haben soll, konnte sich als Zeuge an die Sache nicht mehr erinnern, gab aber zu, daß er damals einen über den Durs gerunten hatte. Die Berufungsinstanz kam ebenfalls zur Verurteilung und erkannte gegen Vary auf eine Geldstrafe von 300 R., eventuell 80 Tage Gefängnis. Die Strafe Gottschalks blieb bestehen.

# Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

## Der Streik der Formner und Wäschereiarbeiter.

Am Dienstagvormittag kamen die Streikenden vollzählig in den Bazarstr. 17, Müllerstraße, zusammen, um die Streiklage zu besprechen. Die Ueberfüllung des großen Saales machte es notwendig, den unteren Saal für eine zweite Versammlung zu Hilfe zu nehmen. Adolf Cohen besprach in seinem Referat zunächst die Versammlung vom Freitag bei Vorkig und die darauf folgende Tagelager-Versammlung vom Sonnabend (in der Sonntagnummer des "Vorwärts" berichtet). Er konstatierte mit Befriedigung, daß die Arbeiter sich von Seiten der Unternehmer nicht beeinflussen lassen, sondern von der Berechtigung des Streiks überzeugt seien. — Die Ursache der Unternehmer, ihre Modelle bei anderen Firmen unterzubringen, begegnet fortgesetzt den größten Schwierigkeiten. Die ringfreien Betriebe vermeiden es, sich in diesen Kampf zu mischen und weisen die angebotene Streikarbeit zurück. Eine Firma hat sich in einem zweifelhafte Falle an die Streikleitung gewandt und um Aufklärung ersucht, ob bestimmte Aufträge übernommen werden könnten. Man hält es für klüger, sich die größte Sorge aufzuerlegen. Nach verschiedenen Orten außerhalb Berlins sind ganze Wagenladungen von Modellen gesandt worden; aber die Streikleitung hat mit allen diesen Orten gute Verbindungen und weiß die entsprechenden Maßnahmen zu treffen, um die Anstrengungen der Unternehmer zu vereiteln. Es ist vielleicht möglich, daß hier und da Kämpfe ausbrechen, wenn die Arbeiter die ihnen zugemutete Streikarbeit ablehnen, aber das wird nicht hindern, daß die organisierten Arbeiter jederzeit und überall ihre Pflicht tun werden. In Berlin denken die Unternehmer nicht an eine Aussperrung, wie schon berichtet wurde; aber die Streikleitung betrachtet die Frage der Aussperrung damit nicht als erledigt und wird sich vor Ueberraschungen zu schützen wissen. Man kann vielleicht dazu kommen, eine Aussperrung zu verhängen, um sie als Deckung zu benutzen und die Schwierigkeiten der Situation dahinter zu verbergen. In einer Anzahl von Betrieben ist die Frage erwogen worden, ob — aus Mangel an Guth — die Arbeitszeit verkürzt werden oder ein Teil der Arbeiter ausscheiden soll. In einigen Betrieben ist bereits angekündigt worden, daß ein Teil der Arbeiter ausscheiden muß. Das ist ein Beweis, wie sehr bereits der Mangel an Guth verdrückt wird. In der bürgerlichen Presse war zu lesen, daß in der nächsten Zeit bereits Verhandlungen bevorstünden, um den Streik beizulegen. Nun hat allerdings der Verband der Berliner Metallindustriellen ein Schreiben an den Deutschen Metallarbeiterverband gerichtet, in dem von der Aufnahme der Verhandlungen die Rede ist, aber unter eigenartigen Bedingungen. — Unter großer Spannung der Versammelten verlas Cohen dieses Schreiben, das folgendermaßen lautete:

Berlin, den 13. Oktober 1911.

Auf Ihre gefällige Zuschrift vom 9. d. M. erwidern wir, daß wir bereit sind, die von Ihnen abgebrochenen Verhandlungen fortzusetzen, sowie Sie uns mitteilen können, daß die streikenden Formner und Wäschereiarbeiter ihre Arbeit wieder aufgenommen haben.

Hochachtungsvoll  
Verband Berliner Metallindustrieller.  
Der Vorsitzende: Ernst von Vorkig.

Eine allgemeine stürmische Heiterkeit brach aus, als die Versammelten hörten, daß sie erst den Streik beenden sollten, um dann Verhandlungen zu führen. Die Diskussion über dieses Angebot zeigte aber auch, daß man entrüstet war, daß man eine unerhörte Zumutung darin erblickte, daß man beleidigt war. Man fragte verwundert: Ob die Fabrikanten die Arbeiter wirklich für so dumm halten? Einstimmig lehnte die Versammlung die Anforderung, zuerst die Arbeit wieder aufzunehmen, ab.

Cohen erklärte, daß er dem Brief von vornherein keine so erhebliche Bedeutung beimessen konnte, um deswegen etwa eine besondere Versammlung einzuberufen. Wegen einer Wendung des Briefes erhob er energischen Protest und wies sie als nicht den Tatsachen entsprechend zurück. Es ist nämlich durchaus unrichtig, wenn es heißt: „die von Ihnen abgebrochenen Verhandlungen“. Die Verhandlungen der gemischten Kommission waren zu Ende geführt und es handelte sich darum, daß die Unternehmer ihre Entschließungen endlich bekannt geben sollten; sie ließen aber alle festgesetzten Termine im September verstreichen und auch zu dem festgesetzten Endtermin, den 29. September, ließ immer noch keine Antwort ein. Man könnte von einem Abbrechen der Verhandlungen reden, wenn man die Zerstörung des Planes der Unternehmer meint, die Verhandlungen ins Endlose zu verschleppen. Wenn die Unternehmer jetzt den Spieß umkehren, so beweisen sie, daß sie nicht den Mut haben, die Verantwortung für ihre rücksichtslosen Maßnahmen zu übernehmen. (Beifall.)

Der Vorsitzende Sellrich berichtete zum Schluß noch von den Anstrengungen der Unternehmer, Arbeitswillige zu gewinnen, die aber nicht den gewünschten Erfolg hätten. Die Gelben genügen nicht den gestellten Ansprüchen, die Leute aus den Herbergen ebensowenig, wenn man auch kürzlich 30 „tüchtige“ Formner in den Herbergen suchte. Die Stimmung der Streikenden ist durchaus für die energische Fortsetzung des Kampfes.

Der Tarifvertrag der Modellistiker, der im vorigen Jahre beraten, aber nicht abgeschlossen wurde, ist in letzter Zeit wieder Gegenstand der Diskussion gewesen. Bekanntlich wollten die Unternehmer eine Lohnzulage von 2 Pf. pro Stunde nur unter der Bedingung bewilligen, daß der Vertrag jetzt von den Arbeitern in aller Form angenommen werde. Die Modellistiker hatten aber am 2. Oktober den Vertrag wiederum abgelehnt. Hauptächlich deshalb, weil ein Passus des Vertrages die Deutung zuließ, daß der vertragmäßige Mindestlohn von 75 Pf. als Einstellungslohn gelten, also auch in solchen Fällen gezahlt werden sollte, wo der eingestellte Arbeiter bei seinem vorigen Arbeitgeber einen höheren Lohn hatte. — Die Branchenleitung hat sich wegen dieses Punktes an die Organisation der Unternehmer gewandt und die Antwort erhalten, der Arbeiter solle durch den Wechsel des Arbeitsverhältnisses nicht in die Gefahr gebracht werden, für den Mindestlohn arbeiten zu müssen, sondern es solle ihm möglichst derselbe Lohn gezahlt werden, den er im letzten Betriebe erhalten hat. — Im Hinblick auf diese Erklärung der Unternehmer sollte die Branchenleitung den Vertrag in der am Montag abgehaltenen Versammlung der Modellistiker nochmals zur Diskussion und empfahl ihn zur Annahme. — Die Versammlung nahm den Vertrag nunmehr mit 120 gegen 71 Stimmen an. Derselbe gilt, ebenso wie der Vertrag der Holzarbeiter, bis 15. Februar 1912.

Die Personalhistorie Hubner u. Sukert, höchste Strafe 17, ist wegen Streikarbeit gesperrt. Engagements von dieser Firma sind abzulehnen. Die Verwaltung der Filiale III.

## Die Streiks in der Wäschereibranche Berlins

Bei den Firmen W. Blume, Fr. R. Simon und Wohl u. Gehmann dauern fort. Die Firmen versuchen anderweitig ihre vorhandenen Arbeiten unterzubringen. Für W. Blume soll die Plätterei Treppel, Schönhauser Allee 168, für Simon die Plätterei Fr. Weiser, Grüner Weg, arbeiten. Die Firma Wohl u. Gehmann hat durch Platanenstraße die Arbeiterinnen aufgefordert, am Montag, den 16. d. M., die Arbeit aufzunehmen.

Dieser Aufforderung ist niemand gefolgt; sie wandte sich dann an die Plätterei Darrsch, Holzringstr. 16, um Arbeiten dort anzusetzen zu lassen. Herr Darrsch lehnte die Arbeiten ab.

Diese Firmen sind nach wie vor gesperrt.  
Verband der Schneider und Wäschereiarbeiter, Filiale Berlin III.

Deutsches Reich.

## Der Kampf im Hamburger Holzgewerbe.

In den letzten Tagen des September hatten sich einige Arbeitgeber entschlossen, erneute Friedensverhandlungen in die Wege zu leiten, und zu diesem Zweck den Vorsitzenden des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe, Herrn Rahardt-Berlin, zur Vermittlung angerufen. Darauf fanden nach mehrtägigen Vorbesprechungen Anfang Oktober Verhandlungen statt. Da es sich bei demselben in erster Reihe um die Regelung des Arbeitsnachweises resp. des Obligatoriums desselben handelt, machte Herr Rahardt den Vorschlag, das vor kurzem für den paritätischen Arbeitsnachweis der Berliner Holzindustrie zu schaffende Regulatorium den Hamburger Verhandlungen zugrunde zu legen. Das Berliner Regulatorium enthält die Bestimmung, daß der Arbeitsnachweis für beide Parteien obligatorisch ist; erst nach einer zweiseitigen vertraglichen Inanspruchnahme des Nachweises darf der Unternehmer ohne Venußung des Nachweises Leute einstellen, jedoch nur solche, die im Nachweis selbst als Arbeitslose eingetragen sind.

Die Hamburger Holzarbeiter lehnen erkennen, daß sie einer solchen Regelung nicht abgeneigt seien, wäre doch damit das hauptsächlichste Streitobjekt des nun über 30 Wochen währenden Kampfes beseitigt. Wegen der übrigen Differenzpunkte des abzuschließenden Vertrages, wie Arbeitszeit und Löhne usw., berieten sich die Arbeiter auf den am 30. Juni 1911 mit dem neuen Arbeitgeberverein abgeschlossenen Vertrag, dessen Inhalt die Grundlage der Verhandlungen bilden müsse. Dem stimmte auch Herr Rahardt zu, weil wiederholte Erklärungen der Unternehmer vorliegen, daß sie gegen die vereinbarten Löhne und Akkordpreise einschließlich der Arbeitszeit nichts einzuwenden hätten. Sie konnten auch kaum einen anderen Standpunkt vertreten, da bereits in 343 Betrieben 2778 Holzarbeiter zu diesen Vertragsbedingungen arbeiteten, während nur noch 208 Betriebe, die vor Ausbruch des Kampfes 1640 Arbeiter beschäftigten, am Kampfe beteiligt sind. So standen also die Aussichten für die Arbeiter bei Beginn der Verhandlungen äußerst günstig.

Zur Führung der Verhandlungen wurde die zentrale Schiedskommission für das Holzgewerbe berufen, mit dem ausdrücklichen Auftrag beider Parteien, über die etwa streitig bleibenden Punkte einen Schiedsspruch zu fällen. Kaum waren jedoch die Verhandlungen im Gange, da stellten sich neue Schwierigkeiten ein. Die Arbeitgeber erhoben plötzlich die Forderung, daß nun, nachdem sie den Arbeitsnachweis bewilligt hätten, wegen der materiellen Punkte andere Bedingungen gelten müßten, wie sie seit langer Zeit in den meisten Betrieben in Geltung sind und vom Schutzverband sinngemäß auch schon längst Anerkennung gefunden haben. Die Arbeitgeber stellten unter anderem das Verlangen, daß die zugehörige Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde pro Woche erst am 1. Oktober 1912 in Kraft treten solle. Den Mitgliedern der Schiedskommission wurde kategorisch erklärt, daß ein Schiedsspruch ohne Erfüllung dieser Bedingung nicht zustande kommen dürfe. Damit war eine erfolgreiche Arbeit der Schiedskommission illusorisch geworden. Es zeigte sich bald, daß auf einen Erfolg der Verhandlungen nicht zu hoffen war und die Unternehmervertreter machten gar kein Hehl daraus, daß sie die Forderung ihrer Kollegen in Anbetracht der tatsächlichen Verhältnisse für völlig unbedeutend und undurchführbar hielten, und daß ferner der Holzarbeiterverband gar keine Möglichkeit besäße, darauf einzugehen. Unter solchen Umständen müßten die Verhandlungen scheitern. Die Unternehmer erklärten ihre Bedingungen als äußerstes Ultimatum und hinderten dadurch ihre Vertreter in der Schiedskommission daran, das, was sie selbst seit Monaten als erledigt erklärt hatten, in den Schiedsspruch aufzunehmen.

Im Unternehmerlager hat man sich aber in anderer Beziehung einen bedeutenden Erfolg von der mißglückten Aktion versprochen. Die Hamburger Unternehmer, die dem Rahardt'schen Schutzverband bisher spinnfeind waren, haben sich jetzt diesem wieder angeschlossen und mit vereinten Kräften geht es jetzt auf den Holzarbeiterverband los. Vergessen ist aller Haß und Haß, sogar die vor Gericht schwebenden Verleumdungslagen der feindseligen Brüder Rahardt-Gurlitt sind mit gegenseitigen Erklärungen abgetan worden. Hatte bis dahin der Arbeitgeberverband sich neutral verhalten, so änderte sich nun mit einem Schlag seine Politik. In der letzten „Nachzeitung“, seinem offiziellen Organ, fordert er jetzt zur Solidarität mit den bedrängten Hamburger Krautern auf. Während seit sechs Monaten mehr als tausend Holzarbeiter, die früher in Hamburg gearbeitet haben, in den verschiedensten Städten zu den dort üblichen Vertragsbedingungen in Arbeit getreten sind, ohne daß ihnen etwas in den Weg gelegt worden ist, fordert jetzt der Arbeitgeberschutzverband alle deutschen Arbeitgeber auf, sämtliche seit dem 15. März d. J. aus Hamburg gekommenen Arbeiter unverzüglich zu entlassen. Das ist ein eklatanter Vertragsbruch, denn diese Arbeiter sind inzwischen in den übrigen Orten zu Vertragsarbeitern geworden und ebenso wie sie ihrerseits an den für den betreffenden Ort bestehenden Vertrag gebunden sind, haben sie Anspruch auf Respektierung ihrer Rechte durch ihren Arbeitgeber. Der Holzarbeiterverband wird diesem frivolen und vertragsbrüchigen Treiben des Schutzverbandes mit aller Entschiedenheit zu begegnen und seine Mitglieder vor Maßnahmen zu schützen wissen. Und die einzelnen Unternehmer dürfen sich nicht wundern, wenn sie nach Befolgung ihrer Vorstandsanweisung auch in ihrem Betriebe den Haß haben. Dem Vorstand des Schutzverbandes in Berlin aber wird diese von echter „Unternehmervertrags-treue“ zeugende Proklamation noch einmal teuer zu stehen kommen.

Der Kampf wird weiter geführt. Vor allen Dingen: Gelfe ein jeder, den Zug nach Hamburg fernzuhalten.

## Streik der Glasarbeiter in Hohenbocha.

In Hohenbocha befinden sich die Beleuchtungs-Glasarbeiter der Firma Eidenstein seit dem 9. September im Streik. Durch Abschluß eines Tarifvertrages wurde der Streik am 3. Oktober beigelegt und sollte die Arbeitsaufnahme am 16. Oktober erfolgen. Die Aufnahme der Arbeit mußte deshalb solange hinausgeschoben werden, weil der Glasofen nur langsam wieder in Betrieb gesetzt werden kann. — Am 5. Oktober wurde der Vertrag der Firma vom Verband der Glasarbeiter zur Unterschrift überreicht, doch hatte diese jetzt einige Auslegungen zu machen, auf die die Arbeiter aber nicht eingehen konnte. Die Firma verweigerte die Unterschrift und die Arbeiter müssen es unter diesen Umständen ablehnen, die Arbeit am 16. Oktober aufzunehmen.

Die Organisation der Glasarbeiter hat die Firma nochmals ersucht, die Unterschrift zu vollziehen; da aber eine Antwort nicht gegeben wurde, so lehnen die Arbeiter die Aufnahme der Arbeit ab. Alle Glasarbeiter werden dringend ersucht, Hohenbocha zu meiden.

Ausland.

## Ein Konflikt

zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften.

Paris, 13. Oktober. (Fig. Ver.) Ein Konflikt, der zwischen den Pariser Konsumvereinen und den Gewerkschaften der Nahrungsmittelgewerbe zum Ausbruch gekommen ist, wird jetzt von der kapitalistischen Presse, die damit wieder einmal die „Undurchsichtigkeit“ des Sozialismus beweisen will, nach Kräften beigegeben. Da solche Affären, wie die Erfahrung beweist, unfehlbar eine Kundreise in der Internationale der Sozialistenherdote machen, empfiehlt es sich, den Sachverhalt jetzt schon kurz zu stellen. Die Hauptwurzeln des Konflikts liegen in gewissen Uebelständen der französischen Gewerkschaftsbewegung; immerhin scheinen die theoretischen Schrecken mancher, vom Vulgärsozialismus des Prof. Gide

beeinflussten Persönlichkeiten der Konsumvereinsbewegung zu einer Verschärfung bedenklich beigetragen zu haben. Vor einiger Zeit legten die Gewerkschaften der Nahrungsmittelindustrie dem Verband der Genossenschaften eine Liste von Forderungen vor, an deren Spitze die ausschließlich Arbeitsvermittlung durch die Gewerkschaften stand. Der Verband aber hat gerade diese eine Forderung rundweg abgelehnt und zwar wurde dieser Beschluß in seiner Generalversammlung einstimmig gefaßt. In dem dort vom Verband vorgelegten Bericht wird erklärt, es müsse berücksichtigt werden, ob die Gewerkschaften wirklich instand seien, gewissenhafte und qualifizierte Angestellte zu stellen. Die bisherigen Erfahrungen in dieser Beziehung seien keine Ermütigung dazu, eher das Gegenteil. Und im besonderen wird auf die Gewerkschaft der Spezialeingestellten hingewiesen. Die Gewerkschaft könne nur die Leute schicken, die sie gerade bei der Hand habe und dies seien nicht immer die bestqualifizierten. Der Verband, der die Aufgabe habe, das kollektive Interesse der organisierten Konsumenten zu vertreten, könne darum nur versprechen, das Personal aus den Gewerkschaften zu rekrutieren, so weit dies möglich sei, aber er könne darüber so lange nicht hinausgehen, so lange die Gewerkschaften nicht beweisen könnten, daß sie ein Personal mit den geforderten beruflichen und moralischen Eigenschaften zu liefern imstande seien. Weiter empfiehlt der Verbandsvorstand die Ablehnung der von den Gewerkschaften geforderten außerordentlichen Arbeitsbedingungen, namentlich die des früheren Lebenslaufes, da dieser, wenn nur bei den Konsumvereinen durchgeführt, sie gegenüber der Konkurrenz benachteilige.

Wenn die Entschiedenheit, womit die Konsumvereine darauf bestehen, Nichtorganisierte einzustellen, zweifellos auf den ersten Blick bestreblich wirkt, so scheint die Gewerkschaft der Spezialeingestellten es förmlich darauf angelegt zu haben, sich ins Unrecht zu setzen. Ihr Gewerkschaftsvorstand veröffentlicht nämlich einen Beschluß, wonach mit Hinblick auf die „professionelle Unfähigkeit“ des ganzen Personals der Konsumvereine den „nichtprofessionellen Kameraden, die in Genossenschaften arbeiten“, die Mitgliedschaft verweigert werden soll. Weiter erklärt die Gewerkschaft, daß die Qualität der von den Konsumvereinen verkauften Waren nicht besser, sondern in vielen Fällen schlechter sei als die der kapitalistischen Händler, und stellt diesen überdies noch das Zeugnis eines abellosen Abwägers der Ware aus, so daß diese „gewerkschaftliche“ Rundgebung einer Reklame für die kapitalistischen Unternehmer fatal ähnlich sieht und ihren Zweck, die Konsumvereine materiell zu schädigen, nicht verfehlt. Ja es kommt noch besser. Denn zum Schluß erklärt die Gewerkschaft, daß sich die Spezialeingestellten wohl noch zu „brutalerem Vorgehen“ gezwungen sehen könnten.

Wenn es noch einer Erläuterung zu dieser Wendung bedürfte, so findet man sie in einem Aufruf des Sekretärs des Bundeskomitees der Genossenschaften, Genossen Doudios, der sich darüber beklagt, daß manche Angestellte die Genossenschaft als einen Boden für den Klassenkampf ansehen und sogar, um Vorgefekten zu schaden, Sabotage betreiben. Die Sache liegt wirklich so, daß manche Gewerkschaften, wie die der Spezialeingestellten, infolge ihrer einseitig revolutionär-individualistischen Methoden so schwach sind, daß sie gegen die großen und kleinen privatrechtlichen Ausbeuter nichts unternehmen können, wofür sie sich dann bei den Genossenschaften, wo natürlich ein Kampf leichter ist, schadloß halten möchten. Wie weit sie selbst von einer klaren Auffassung des Klassenkampfes entfernt sind, zeigt die Bedeutungslosigkeit, womit sie im jetzigen Konflikt ihre Kampfmethoden auf eine Diskreditierung der ganzen Genossenschaftsbewegung überhaupt einstellen und darum die kapitalistischen Krämer, die sie erst vor einiger Zeit der gewissenlosesten Warenfälschung bezichtigt haben, feierlich rehabilitieren. Sicherlich, man darf sich nicht verhehlen, daß in der französischen Konsumvereinsbewegung — auch in ihrem sozialistischen Flügel — Reste der liberalen Nationalökonomie fortleben. Aber sie können gerade darum so schwer überwunden werden, weil sich auch unter den für die modernste Errungenschaft ausgegebenen Formen des revolutionären Sozialismus genug zünftlerische Borniertheit — siehe die Verachtung der „Nichtprofessionellen“ — und kleinbürgerliche Konfusion weiterkriechen.

## Aus Industrie und Handel.

Harpen.

Der letzte Geschäftsbericht der Harpener Bergbau-A.G., eines der größten noch vorbandenen reinen Kohlenunternehmen, enthält verschiedene sehr interessante Angaben. Stark betont wird der Rückgang der Erlöse für Kohlen und die Steigerung der Gewinnmargen. Eine Aufzählung illustriert dann, daß die Gewinnmargen pro Tonne Kohlen, die im Jahre 1905/06 erst 7,84 M. ausmachten, im Jahre 1910/11 auf 9,19 M. angewachsen seien, während der Erlös nur von 9,78 M. auf 10,21 M. gesteigert werden konnte, mithin die Spannung sich von 1,94 M. auf 1,02 M. ermäßigte. Um es gleich zu sagen: solche Berechnungen sind geeignet, die öffentliche Meinung irre zu führen, denn die eingestellten Kohlenpreise haben zu einem guten Teile nur noch einen Wertrechnungswert! Eine immer größere Menge des Rohmaterials wird zu fogen Nebenprodukten verarbeitet oder in eigenen Betrieben verbraucht und bildet so in wachsendem Maße das wirtschaftliche Rückgrat der Kohlenindustrie. Von dieser Entwicklung haben die reinen Gruben bisher noch am wenigsten profitiert. Trotzdem erlangte die Nebenproduktion für sie schon eine große Bedeutung; das lassen die Zahlen im Geschäftsbericht von Harpen deutlich genug erkennen. Nach den Ergebnissen der letzten zwei Jahre ist für das letzte der verrechnete Erlös pro Tonne Kohlen zwar von 10,42 M. auf 10,21 M. gesunken und die Gesamteinnahme aus Kohlen von 48,19 Millionen Mark auf 47,57 Millionen Mark, dafür stieg aber der Einheitspreis pro Tonne Kohle von 14,05 auf 14,62 Mark und die Gesamteinnahme für Kohle von 17,87 Millionen Mark auf 20,09 Millionen Mark. Gleichzeitig hob sich die Einnahme aus dem Schiffsahrtbetriebe von 1171 689 M. auf 1177 940 M. und der Erlös aus der Teeröfenproduktion von 8 164 427 M. auf 8 988 063 M. Die Nebenergebnisse zusammen erbrachten im letzten Jahre 5,72 Mill. M. gegen nur 4,76 Mill. M. im Jahre vorher. Trotz der beklagten Steigerung der Produktionskosten und des Rückganges der Erlöse für Kohlen ergab das letzte Jahr einen Bruttoüberschuß von 21,5 Mill. Mark oder rund 2 Mill. Mark mehr als wie das Vorjahr. Die Abschreibungen absorbieren diesmal aber 9 Mill. Mark, im Vorjahre 8,13 Mill. Mark. Der ausgewiesene Reingewinn beträgt 7 469 812 Mark und geht um 1 004 924 Mark über den vorjährigen hinaus. Die Dividende der Aktionäre erhöht sich von 7 auf 8 Prozent. Im Besonderen wird festgestellt, daß sich auch der Lohn der Arbeiter für die Schicht von 4,62 Mark auf 4,76 M. gehoben habe. Er bleibt damit aber immer noch unter dem Lohn im Jahre 1907/08, der 5,14 Mark betrug. Zudem steht der letzte Lohnrückgang auch eine erhebliche Leistungssteigerung gegenüber; die Gesamtzahl der Arbeiter verringerte sich von 28 000 auf 25 930, obwohl die Kohlenförderung und die Gewinnung von Nebenerzeugnissen gewachsen ist. Das finanzielle Ergebnis der Gesellschaft würde bedeutend besser sein, wenn nicht die Unkosten des Syndikats riesensummen verdrängten. Die Umlage für Kohlen stieg von 6 auf 11 Prozent, für Erzkette von 5 auf 9 Prozent. Die so genannten Hüttengehälter sind privilegiert, indem ihr Selbstverbrauch von der Umlage und der Vorkaufgutsbeschränkung nicht erfasst wird. Die hieraus resultierende Benachteiligung der reinen Gruben ist nun auch zu einer Gefahr für das Syndikat geworden. Die Hüttengehälter haben den Antrag auf Preisgabe ihrer Privilegien abgelehnt, die andere Seite will aber, wie der Geschäftsbericht von Harpen kategorisch konstatiert, von dieser Forderung nicht zurücktreten. Bei der Beurteilung der Rentabilität im Bergbau darf die Bevorzugung der Hüttengehälter auf Kosten der reinen Kohlengruben, die einen erheblichen Einfluß auf die finanziellen Resultate ausübt, nicht unberücksichtigt bleiben.

Lösung von Lehrverträgen.

Häufig gelangen Anfragen an uns über die Möglichkeit, Lehrverträge vorzeitig zu lösen. Da diese Bestimmungen jetzt, nachdem viele aus der Schule entlassene junge Leute ihre Lehrjahre angezweifelt haben, erhöhte Interesse beanspruchen, mögen einige gesetzliche Bestimmungen erwähnt werden:

Bei gewerblichen Lehrlingen kann, wenn eine längere Probezeit nicht vereinbart ist, das Lehrverhältnis während der ersten vier Wochen nach Beginn der Lehrzeit durch einseitigen Rücktritt aufgelöst werden. Bei Handlungslehrlingen beträgt diese Frist einen Monat. Das Rücktrittsrecht während der genannten Zeiten kann durch Vertrag nicht beschränkt oder beseitigt werden.

Nach Ablauf der Probezeit kann das Lehrverhältnis gelöst werden, wenn von dem gesetzlichen Vertreter (Vater, Vormund) oder, sofern der Lehrling volljährig ist, von diesem selbst, dem Lehrherrn die schriftliche Erklärung abgegeben wird, daß der Lehrling zu einem anderen Gewerbe oder anderen Beruf übergehen werde. In einem solchen Falle gilt das Lehrverhältnis, wenn der Lehrling nicht früher entlassen wird, nach Ablauf von vier Wochen — bei Handlungslehrlingen nach Ablauf eines Monats — als aufgelöst.

Vor Ablauf von neun Monaten nach Auflösung des Lehrverhältnisses aus dem eben angegebenen Grunde darf der Lehrling in demselben Gewerbe — bei Handlungslehrlingen in einem anderen Geschäft — weder als Lehrling noch als Arbeiter beschäftigt werden.

Ferner kann das Lehrverhältnis aus einem sogenannten wichtigen Grund gelöst werden. Als wichtige Gründe sind z. B. anzusehen: Mißhandlungen (bei Handlungslehrlingen jede Täuschung), Nichtzahlung des Lohnes, Rückgewährung des etwa vereinbarten Unterhalts, unzufriedene Zumutungen, ungenügende Ausbildung. Trifft den Lehrherrn ein Verschulden an der vorzeitigen Lösung des Lehrvertrages, so ist er schadensersatzpflichtig.

Gerichts-Zeitung.

Für einen Irrtum einen Monat Gefängnis.

Am 3. Mai wurde unser Verantwortlicher, Gen. Barth, wegen Abdruck eines vom sozialdemokratischen Pressebureau verbreiteten Gerichtsberichts vom hiesigen Gericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Vor dem Landgericht Görlich war aus einem Prozeß zu entnehmen, daß ein Fabrikbesitzer Unwerth dem Eisenbahnwertmeister Spieweg Bestechungsgelder zugewendet hatte. Der Richter hatte irrtümlich mitgeteilt, an Mitglieder der Eisenbahndirektionen Berlin und Breslau seien die Gelder gesendet. Sobald der „Vorwärts“ von dem Irrtum Kenntnis erlangt hatte, berichtete er den Irrtum. Trotzdem wurde er zu der horrenden Strafe verurteilt. Die Redakteure zehn anderer Blätter waren mit Geldstrafen davonkommen. Das Reichsgericht verworft die Revision gegen das unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmidt gefällten Urteils. Das Reichsgericht erklärte sich außerstande, die ohne Beweis „festgestellte“ unrichtige Behauptung des Landgerichts, Barth habe Sensation machen wollen, nachzuprüfen, da sie auf keinem Rechtsirrtum beruhe. Tauschliche Unrichtigkeiten, die das Gericht „feststellt“, dürfen vom Reichsgericht nicht einmal nachgeprüft werden, aber ein Irrtum des Berichters ist mit Gefängnis zu ahnden. So will es die deutsche „Rechtssprechung“.

Eine Jagd nach einem Fürsorgejüngling.

Die Ende August von der Berliner Polizei ausgeführt wurde und großes Aufsehen erregte, weil dabei ein paar Revolverkugeln losgingen, fand gestern ihr Nachspiel vor dem Landgericht III Berlin (Strafkammer 3, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Liebenow).

Am 24. August sollte ein Arbeiterbursche Max Eule, der aus der Fürsorgeerziehung entlaufen war und auch eines Diebstahls beschuldigt wurde, in der Wohnung seiner Eltern von einem Kriminalschuttmann Linke festgenommen werden. Er griff in Gegenwart des Schuttmanns zu einem Revolver, um sich zu erschützen, brachte sich aber nur eine Verwundung am Kopf bei und entfloß dann. Nachdem er später wieder ergriffen worden war, wurde gegen ihn Anklage wegen Widerstandes und vorsätzlicher Körperverletzung erhoben, weil er sich von dem Schuttmann losgerissen und ihn vorsätzlich durch einen gegen ihn abgefeuerten Schuß verletzt habe. Mit ihm kamen auf die Anklagebank sein Vater Rudolf Eule und ein in demselben Hause wohnender Händler Adeler, die Max Eule aus der Gewalt eines Schuttmanns befreien sollten, sowie seine Mutter Anna Eule, die zusammen mit ihrem Ehemann den Sohn der Fürsorgeerziehung zu entziehen versucht haben sollten.

Der Angeklagte Max Eule, der jetzt 19 Jahre alt ist, wurde vor drei Jahren in Fürsorgeerziehung überwiesen, zunächst in der Anstalt Nichtenberg untergebracht und später an die Anstalt Klein-Kammin weitergegeben. Von hier entfloß er, weil — so gab er vor Gericht an — er nach Hause wollte, nachdem sein Vater auf einem Bau einen Unfall erlitten hatte. Den Anstaltsleiter um Urlaub zu bitten, hatte er von vornherein für aussichtslos gehalten. Noch unterwegs wurde er wieder ergriffen, und nach seiner Wiedereinlieferung in Klein-Kammin gab es dann die üblichen Diebe. 28 Diebe habe er damals gekriegt, klagte er vor Gericht, aber der Vorsitzende belehrte ihn: „Das schadet auch nichts, das haben wir auch gekriegt, daraus sind die besten Jungen geworden.“ Ein zweiter Fluchtversuch glückte, und Eule kam nach Berlin, doch wohnte er nicht bei seinen Eltern. Er besuchte sie zuweilen, ließ auch von der Mutter seine Wäsche waschen und gab von seinem erarbeiteten Lohn ab. Die Anklage behauptet, daß die Eltern ihm Vorschuß geleistet hätten, um ihn der Fürsorgeerziehung zu entziehen. Die Polizei wurde auf ihn aufmerksam gemacht durch einen Fuhrherrn Bree, der aus Anlaß eines vorgelommenen Diebstahls auch Max Eule als verdächtig bezeichnete und als dessen Aufenthaltsort die Wohnung der Eltern angab. Der Kriminalschuttmann Linke und der ihn begleitende Schuttmann Mah gingen mit Bree nach der Eule'schen Wohnung in Hause Schulstraße 34, die Max Eule in Abwesenheit der Eltern betreten hatte. Max versteckte sich im Bett des Vaters, wurde aber von Linke, der durch das Fenster der im Erdgeschob gelegenen Wohnung einstieg, aufgedeckt und sprang nun auf den Tisch, um vom Ofen einen geladenen Revolver herunterzuholen, den er früher einmal gefunden hatte. „Ich wollte nicht nach der Anstalt zurück“, erklärte er dem Gericht. „Neben wollte ich meinem Leben ein Ende machen.“ Linke habe ihn dann vom Tisch heruntergerissen und ihm den Revolver entwenden wollen, dabei sei ein Schuß losgegangen und einen zweiten habe Eule selber gegen sich abgefeuert, worauf er bewußtlos geworden sei. Eine Absicht den Schuttmann zu erschützen, habe ihm völlig ferngelegen. Nachdem sein dazukommender Vater ihn durch Darreichung von Wasser ins Bewußtsein zurückgerufen habe, sei ihm in der Verwirrung, die unter den herbeieilenden Hausbewohnern entstand, die Flucht gelungen. Die Anklägerin Rudolf Eule und Adeler, denen die Anklage zur Last legte, Max dem Schuttmann entrisse zu haben, bestritten das.

In der Vernehmungsaufnahme befandete Kriminalschuttmann Linke, Max Eule habe auf den Tisch springend gerufen: „Mutter, mit meinem Leben ist es zu Ende!“ Den vom Ofen geholten Revolver habe Eule, während Linke ihm die Hand umklammerte, fortgeworfen und mit der Wundung nach oben gedreht. „Er drehte ihn“, fügte Zeuge hinzu, „immer nach seiner rechten Schulter, wo mein Kopf war.“ Vorsitzender: „Neben Ihrem Kopf war doch auch sein Kopf.“ Zeuge: „Ich nehme aber an, daß er mich treffen wollte.“ Vorsitzender: „Warum denn?“ Zeuge: „Weil das jetzt so Mode ist.“ Der Zeuge schien sagen zu wollen, daß es jetzt „Mode“ geworden sei, auf Schuttmann zu schießen. In dem Augen mit Eule habe Linke ihm die Hand zur Seite gedrückt, dabei ging dann ein Schuß los, und nun spürte Linke an der Hand einen sengenden Schmerz wie von heißem Pulver. Das war die Verletzung“, die dem Max Eule die Anklage wegen vorsätzlicher Körperverletzung eingebracht hatte. Der zweite Schuß ging los und piff an Linke's Kopf vorbei, befandete Zeuge, durch den Vater begünstigt worden, der den Jungen von dem zu Hilfe eilenden Schuttmann Mah losgemacht habe. Schuttmann Mah bestätigte das und besaßte in derselben Weise auch Adeler. Mah hatte, auf dem Hofe Wache haltend, den ersten Schuß gehört und „sodort seinen Revolver fertig gemacht, um durch das Fenster hinauszuschießen.“ Er unterließ das auch auf einen Zuruf Linke's, der selber getroffen zu werden fürchtete. Auf Antrag des Verteidigers waren einige Hausbewohner geladen worden; sie hatten nichts von der behaupteten Befangenenbefreiung bemerkt. Gegen Max Eule machte die Anklage geltend, daß er einige Tage nach jener Schießsüßere seinen Freund Arthur Kaufmann gesagt habe, er habe erst den Schuttmann und dann sich selber erschützen wollen. Kaufmann erklärte vor Gericht, das habe Eule wohl nur aus Spaß gesagt.

Auch der Staatsanwalt hielt das für glaubhaft und beantragte, Max Eule von diesem Punkt der Anklage freizusprechen. Dagegen sei er wegen Widerstandes mit 10 Tagen Gefängnis zu bestrafen. Zu bestrafen seien auch der Vater Rudolf Eule und Adeler wegen Befangenenbefreiung mit je 6 Wochen Gefängnis, sowie Rudolf Eule und seine Frau wegen Vergehens gegen das Fürsorgeerziehungsgesetz mit je 30 Mark Geldstrafe. Als Verteidiger für Max Eule und dessen Eltern führte Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld aus, daß bei Max Eule von einem Angriff auf Linke keine Rede sein könne, aber auch kein Widerstand vorliege. Nicht Widerstand zu leisten, sondern seinem Leben ein Ende zu machen, habe er beabsichtigt. Man müsse sich die Situation vergegenwärtigen, in der Max sich befand, als man ihn festnahm und in die Anstalt zurückbringen wollte. Auch die behauptete Befangenenbefreiung erzeuge bei Berücksichtigung der Situation in anderem Lichte. Der herbeieilende Vater habe annehmen müssen, daß der Schuttmann seinen Sohn erschossen hatte. Daß damals das allgemein angenommen wurde, sei die Wirkung des Jagowischen Schießverlasses. Milde zu beurteilen sei auch das Vorgehen gegen das Fürsorgeerziehungsgesetz. Sätten die Eltern ihren Sohn von sich gewiesen, so wäre er gewiß auch nicht in die Fürsorgeerziehung zurückgebracht, sondern nur tiefer gesunken.

Das Urteil lautete gegen Max Eule auf Freisprechung von der Anklage der Körperverletzung. Wegen des Widerstandes wurde er zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Er sei sich bewußt gewesen, daß er, indem er sich losreißen wollte, sich einem Beamten widersetze, wenn auch nur zu dem Zweck, sich das Leben zu nehmen. Wegen Vergehens gegen das Fürsorgeerziehungsgesetz werden die Eltern zu je 6 Mark Geldstrafe verurteilt, wobei als mildernd anerkannt wurde, daß die Eltern ihren Sohn nicht auf die Straßen weisen konnten. Die Befangenenbefreiung muß von Adeler mit 5 Tagen Gefängnis gestraft werden, von Eule mit nur 3 Tagen Gefängnis, wobei mildernd berücksichtigt ist, daß es sich um seinen Sohn handelte.

Dem Angeklagten Max Eule kündigte der Vorsitzende an, daß Zurückführung in die Fürsorgeerziehung erfolgen müsse. Max Eule erklärte: „In die Anstalt gehe ich nicht zurück!“

Mißglückte Aktion der Gelben.

Im Mai d. J. war bei der Firma Heinz Lehmann u. Comp. Streik. Der frühere Gewerkschaftssekretär der Gelben, Stein, liesserte die Arbeitwilligen. Stein will bei einer solchen Gelegenheit an den Behörden der Streikposten bemerkt haben, daß diese auf ihn aufmerksam machten und, da sie sich scheinbar dorthin begaben, wo er mit den Arbeitwilligen sich aufhielt, sich in seiner freien Bewegung beeinträchtigt gefühlt haben. In diesem Verhalten fand das Schöffengericht zu Panow einen körperlichen Zwang im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung und verurteilte zwei angelegte Streikposten, den Schlosser Goldmann und den Maler Neumann, zu je 3 Tagen Gefängnis. Körperlicher Zwang erfordere nicht, daß tatsächlich auf den Körper des Betroffenen eingewirkt werde, es genüge vielmehr jede Beeinträchtigung eines anderen in seiner freien körperlichen Bewegung. Ueber die gegen das Urteil eingelegte Berufung fand am Montag Termin vor der Strafkammer statt. Stein vermochte nichts weiter zu befehlen, als daß er angenommen habe, die Streikenden würden ihn in den Weg treten. Er habe deshalb an die Polizei telephoniert und als er aus der Telefonzelle hervortrat, die Angeklagten gesehen. Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Heinemann, legte die Unrichtigkeit des schöffengerichtlichen Urteils in tatsächlicher und rechtlicher Beziehung dar. Die Strafkammer hob das Urteil des Schöffengerichts auf und sprach beide Angeklagte frei.

Verfammlungen.

Die Sektion der Faber des Bauarbeiterverbandes hielt am Sonntag in Dreiecks großem Saale eine Mitgliederversammlung ab. Im Anschluß an die Verlesung des Protokolls der vorigen Versammlung verlor der Vorsitzende Reumann eine Notiz aus dem Zentralblatt für das Deutsche Bauergewerbe vom 22. September, in der behauptet wird, in einer Versammlung der Faber sei festgestellt worden, daß man bei der Durchführung der Bewegung zur Erhöhung des Abschlagslohnes von 8 M. auf 9 M. auf große Schwierigkeiten gestoßen sei und daß die Bewegung als nicht gelungen bezeichnet worden wäre. Auf Grund dieser Behauptung werden die Arbeitgeber dann aufgefordert, die Forderung auf 9 M. Abschlagslohn unbedingt zurückzuziehen. Reumann erklärte zu dieser Notiz, daß in der erwähnten Versammlung die Bewegung zur Erhöhung des Abschlagslohnes keineswegs als verfehlt bezeichnet worden ist. — Sodann hielt der Zweigvereinsvorsitzende Otto Haule einen Vortrag, der vor allem zu weiterer Festigung des Organisationsgedankens diente und lebhaften Beifall fand. Der Redner erwähnte dabei ebenfalls die Auslassungen des „Zentralblattes“ und bemerkte dazu, daß das Ziel der Bewegung wohl erreicht sei, daß man dies allerdings aber nicht von der Nebenabsicht, die Akkordpreise zu erhöhen, sagen könne. Es müsse eben Aufgabe der Faber sein, nun auch diesem Gedanken immer mehr Geltung zu verschaffen. — Sodann beschäftigte sich die Versammlung mit der Tarifvorlage, die bei der Uebernahme von Bauarbeit als Leitfaden für die abzufällenden Akkordverträge dienen soll. Die Vorlage war bereits in den Besitzern zur Beratung gestellt worden, wobei jedoch zum Teil verschiedene Verbesserungen und Ergänzungen verlangt wurden. Diefelbe Auffassung trat nun auch in der Versammlung hervor, und man beschloß nach reger Diskussion, die Vorlage nochmals an die Kommission zurückzuberufen. — Zum Schluß machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß die Faber nun, da sie in erhöhtem Maße den Unbillen der Witterung ausgesetzt sind, um so mehr darauf bedacht sein müssen, daß die Bauarbeiten ihnen auch den nötigen Schutz bieten.

Die papierne flut.

Die Zahl der Zeitungen der Welt ist natürlich nur schätzungsweise zu berechnen. Nach einer in der Zeitschrift „Energie Francaise“ veröffentlichten Zusammenstellung erschienen im Jahre 1908 auf dem ganzen Erdballe 75 000 Zeitungen und Zeitschriften. Davon entfielen auf Europa und 20 000, auf Asien 3000, auf Afrika 500, auf Australien ebensoviel und 51 000 auf Amerika, davon 12 500 auf die Vereinigten Staaten. Genauere Angaben liegen für eine Anzahl europäischer Länder vor. Dem Handwörterbuch für Staatswissenschaften zufolge hat Deutschland gegenwärtig 3929 Zeitungen, Frankreich 1350, Italien 2007, Spanien 310. In Oesterreich-Ungarn gab es 1905 etwa 610 Zeitungen in deutscher und mehrere Hundert in ungarischer und böhmischer Sprache. Von den deutschen Zeitungen erscheint der größte Teil, nämlich 2306 in Preußen, 488 in Bayern, 254 in Sachsen, 183 in Württemberg, 149 in den Thüringischen Staaten, 109 in Waden, 115 in Hessen, der Rest in den übrigen Bundesstaaten. Interessant ist es, die Parteizugehörigkeit der Zeitungen kennen zu lernen. Von den im Jahre 1910 erschienenen 3929 deutschen Zeitungen bezeichneten sich 1949 als parteilos; 710 waren Amtsblätter und sonstige Regierungsblätter, 492 ultramontan, 388 freisinnig, 378 allgemein national, 303 konservativ, 193 national-liberal, 100 sozialdemokratisch und 17 Blätter der Polen, Dänen und Welfen.

Ein Schülerduell mit tödlichem Ausgang. Um Differenzen aus einer Tanzstundenliebe zum Austrag zu bringen, fand in der Nacht zum Dienstag zwischen zwei Gymnasten des Rudolstädter Gymnasiums ein Pistolenduell statt. Der sechzehnjährige Obersekundaner Hans Dietrich v. Reker wurde dabei von seinem Gegner, dem achtzehnjährigen Unterprimaner Diegen erschossen. Diegen brachte sich darauf selbst zwei Schüsse bei, von denen einer die Lunge durchbohrte. Er liegt in hoffnungslosem Zustande in der Rudolstädter Landesheil- und Pflegeanstalt darnieder.

Es ist das besonders sein ausgeprägtes Ehrgefühl der Erstklassigen, das den jungen Mann zum Mörder werden ließ. Wenn den Kindern der Verstorbenen von Jugend auf gepredigt wird, daß sie im Gegensatz zum Proletariat besondere Ehrbegriffe haben, sind solche Schülertragödien unausbleiblich. Verantwortlich dafür sind die Kreise, die die Duellgesetzerei nicht nur dulden, sondern als geradezu heldenhaft preisen.

Unerwarteter Erfolg.

Nach berühmten Mustern erließ dieser Tage ein Pfarrer Wittig aus Demmin in Pommern in der „Germania“ in poetischer Form einen Aufruf um Gaben zum Bau einer katholischen Kirche. Den bettelnden Pfarrer erkreuzte ein Leser des Blattes durch folgende Gabe:

Ich habe Dein Gedicht gelesen  
Und bin entzückt von ihm gewesen;  
Fürwahr, ich kann's Dir nicht verhehlen,  
Es tat die Wirkung nicht verfehlen.  
Gern lag' auch ich auf Deinen Teller  
Rein Scherlein, wär's ein einziger Heller.  
Doch ach, ich bin ein armer Mann,  
Der leider Dir nichts geben kann,  
Der selbst nur hat sein länglich Brot,  
Den brädi die Lebensmittelnot.  
Und weil ich leider nicht kann flecken,  
Kimm drum alsego mein Versprechen:  
Ich will als guter frommer Christ,  
Soweit's in meinen Kräften ist,  
— Die weil's gehört zu meinen Pflichten —  
Die Grobvertreuer helfen richten.  
Am Wahltag geh's um Kopf und Krone,  
Dann will auch ich ohn' Jaudern — Jagen  
In Reich' und Glied im Kampfe stehn:  
Die Zentrumsbrot muß untergehn!  
So, lieber Herr, dies Lobnis ist  
Rein' Gab'.

Ein frommer armer Christ.

Hoffentlich denken mehr fromme Christen ebenso und geben dem Zentrum am Wahltag die Luittung für seinen Volksverrat.

Ein folgenschwerer Hauseinsturz.

Ein furchtbares Baumglück hat sich am Dienstagmorgen am Rokozypalaz in Budapest zugetragen. Aus bisher nicht bekannter Ursache stürzte dort das Stiegenhaus eines Reuhauses zusammen, während die auf dem Bau beschäftigten Arbeiter in voller Tätigkeit waren. Unter den Trümmern des Hauses wurden 30 Arbeiter begraben. Zur Rettung der Verunglückten ist eine Kompanie Pioniere herangezogen worden. Bis abends 8 Uhr sind zwei Tote und 13 Schwerverletzte geborgen worden.

Meine Notizen.

Eine ganze Familie vergiftet. In der vergangenen Nacht wurden in Effen der Tapetenhändler Wördehoff, seine Frau und drei Kinder durch Gas vergiftet tot aufgefunden; zwei andere Kinder waren nur betäubt. Anscheinend liegt Mord und Selbstmord vor.

Dem Leben wiedergegeben. In der Wohnung eines Schlossers auf der Jechnerstraße in Breslau brach Dienstagvormittag Feuer aus, das durch die mit Streichhölzern spielenden Kinder des Schlossers, die allein in der Wohnung zurückgelassen waren, hervorgerufen wurde. Die herbeigerufene Feuerwehr machte alle drei Kinder, die im Alter von 4 Monaten und 2 und 3 Jahren standen, erstickt vor. Durch Anwendung des Sauerstoffapparates gelang es, alle drei Kinder nach 30 Minuten ins Leben zurückzurufen.

Wieder ein Fall von Margarinerkrankung. Nach Mitteilung der „Wälgischen Post“ sind die Ehefrau des Schreiners Geiny und dessen Schwiegermutter in Ruhbach nach dem Genusse von Margarine schwer erkrankt. Trotz sofortiger Hilfe sind beide Frauen gestorben. Die Margarine wurde vom Bezirksarzt sofort beschlagnahmt.

Unwetter in Frankreich. Wie aus Südfrankreich gemeldet wird, ist die Gegend von Carcassonne von einem Cyclon mit heftigen Wolkenbrüchen heimgesucht worden. Eine Eisenbahnbrücke auf der Strecke Carcassonne-Toulouse ist zerstört, so daß der Verkehr unterbrochen ist.

### Zwei preußische Kulturbilder aus Nordschleswig.

#### 2. Die Ausweisung eines Krüppels.

Die Ausweisung des Arbeiters Jensen in Lendemarck, Kreis Tondern, hat bereits in kurzen Notizen die große deutsche Presse beschäftigt. Der ganze Fall ist aber politisch so sinnlos und menschlich von einer so nackten Brutalität, daß er es verdient, in seinem aufsehenerregenden Zusammenhang dargestellt zu werden. Er verdient es einmal, weil hier die hatatistische Verwaltung einen armen Arbeiter, der in seinem Beruf zum Krüppel geworden ist, ohne auch nur den Schatten eines politischen Grundes vollends ruinieren will, dann aber auch, weil er ein sehr trauriges, zugleich aber auch sehr bezeichnendes Licht auf die hatatistische Praxis wirft, die das Ansehen des deutschen Namens in der ganzen Welt dauernd mißhandelt.

Um die persönliche Folgeschwere des Falls zu ermessen, muß daran erinnert werden, daß nach dem alten Gesetz eine Unfallrente im Auslande nicht mehr bezogen werden konnte; der Ruhnießer der Rente mußte sich in diesem Fall mit einer einmaligen Abfindung zufriedengeben, die den dreifachen Betrag der Rente ausmachte. Nach dem neuen Reichsversicherungs-Gesetz kann die Rente auch im Auslande bezogen werden, wenn man zwangsweise das Ausland verlassen muß. Der Krüppel Jensen nun bezieht eine Rente von 400 M., die einen unentbehrlichen Bestandteil seiner Existenz bildet. Wenn es den hatatistischen Behörden also gelänge, Jensen aus dem Lande zu jagen, bevor das neue Gesetz in Kraft tritt, hätten sie sich einmal den Lorbeer einer neuen Ausweisung um die ehernen Stirn geföhnt, und zum andern hätten sie einen dänischen Krüppel ruiniert, was selbstverständlich immer eine gottgefällige Sache ist.

In dem durchaus richtigen Empfinden, daß dieser Tatbestand das Licht der deutschen Deszotlichkeit zu scheuen hat, haben nun die amtlich inspirierten hatatistischen Korrespondenten eine „authentische Darstellung“ in die Welt gesetzt, die selbst für die rühmlichst bekannten Verhältnisse ihrer Wahrheitsliebe eine ungewöhnliche Leistung ist. Es sollen „armenrechtliche Bedenken“ sein, die zur Ausweisung Jensens geführt haben und die als Zeigenblatt die hatatistische Blöße decken sollen. Was von diesen „Bedenken“ zu halten ist, geht schon aus der einfachen Tatsache hervor, daß Jensen in Dänemark heimataberechtigt ist, so daß er also im gegebenen Fall der dänischen Gemeinde zur Last fallen würde. Es ist aber überhaupt nicht wahr, daß armenrechtliche Bedenken vorliegen, vielmehr sind diese Bedenken ein Märchen, das die Hatatisten erfunden haben, um eine ihrer anstößigen Handlungen kleidbar zu machen. Wenn wir das in einer kurzen Darlegung durch unanfechtbare deutsche Zeugen beweisen, beweisen wir zugleich, wie die junkerliche Verwaltung in Nordschleswig nicht nur die Gefühle der Dänen, sondern zugleich auch die Gefühle der nordschleswigschen Deutschen in rücksichtsloser Weise mit Füßen tritt. Da wir immer behauptet haben, daß die Junker in Nordschleswig nicht nur die Dänen, sondern auch und sogar vor allem die Deutschen unterjochen, läuft uns der Beweisfall Jensen gerade zur rechten Zeit über den Weg. — Gegen den dänischen Krüppel, der in diesem Fall ausgewiesen werden soll, sollen also „armenrechtliche Bedenken“ vorliegen. Der Gemeindevorsteher von Lendemarck aber (der Gemeindevorsteher seines Wohnortes also) bescheinigt ihm in einem öffentlichen schriftlichen Zeugnis mit Namensunterschrift, daß er seine Gemeindeabgaben immer pünktlich bezahlt habe, und der Gemeindevorsteher von Lendemarck ist ein deutscher Nordschleswiger. Er bescheinigt ihm weiter, daß es mit seiner kleinen Landstelle gut vorwärts gehe, daß er zwei Pferde, vier Kühe, vierzehn Schweine besitze und daß er sein Haus baulich habe verbessern können. Ueberdies bescheinigt ihm der deutsche Geistliche des Kirchspiels, daß er ein besonders fleißiger und tüchtiger Arbeiter sei, daß er die

kleine Landstelle, die er übernommen habe, als er Krüppel geworden sei, vorwärts gebracht habe und daß er bis jetzt jeden habe befriedigen können, obwohl er bei der Uebernahme zunächst völlig arbeitsunfähig gewesen sei. Die beiden deutschen Männer, die hier, in treuer heimatlischer Tradition für einen dänischen Krüppel eintreten, befinden sich in amtlicher Stellung; sie wissen, daß sie ihre Person der hatatistischen Sache preisgeben; sie sind also nach allen Regeln der publizistischen Kritik nicht nur tapfere Männer, sondern zugleich auch klassische Wahrheitszeugen. Und damit dürfen wir die erlogenen „armenrechtlichen Bedenken“ wohl auf sich beruhen lassen.

Hat sich nun aber Jensen politisch etwas zuschulden kommen lassen, sei es auch nur im Sinne der nordschleswigschen Hatatisten? War er am Ende so schrecklich frivol, in eine dänische Versammlung zu humpeln oder auf einer dänischen Hochzeit ein dänisches Lied zu singen? Hat der Unglücksmanne vielleicht gar einmal geäußert, daß die Verwaltung der Hatatisten auch nicht gerade eine Offenbarung des heiligen Geistes sei? Hören wir, was seine deutschen Arbeitgeber ihm, wiederum öffentlich und mit Namensunterschrift, bezeugen! Der frühere Gemeindevorsteher Jes Martensen in Lantrop, Kreis Apenrade, und der frühere Hofbesitzer Th. Petersen, ebenda selbst, bescheinigen ihm, daß er immer fleißig gewesen sei, daß er niemals Politik getrieben habe, daß er vielmehr immer mit Ehrerbietung von Deutschland gesprochen und es niemals mit den Dänen gehalten habe. Woher hat der Mann dann aber seine kleine Landstelle? Liegt die Vermutung nicht nahe, daß die rucklosen Dänen sie ihm geschenkt haben, um den preussischen Staat durch eine anständige Handlung zu reizen? Ach nein, ach nein, ach nein! Deutsche Bauern, denen das Unglück des reblichen Mannes zu Herzen ging, haben ihm die Landstelle verschafft! Und so kann ein Krüppel den deutschen Gemeindevorsteher, den deutschen Pastor, die deutschen Arbeitgeber, die deutschen Bauern auf seiner Seite haben und kann doch ausgewiesen werden, wenn es einem Amtsvorsteher so beliebt. Wenn das aber der Fall ist, werden dann die Deutschen von dem hatatistischen Regiment nicht genau so gut mißhandelt wie die Dänen?

Wir fragen.

Und ist die Berliner Regierung, die schon aus Gründen der auswärtigen Politik diese scholle Ausweisung unmöglich billigen kann, wirklich so machtlos, daß sie nicht einmal einen untergeordneten Amtsvorsteher an die Kandare zu nehmen vermag, wenn die junkerliche Politik hinter ihm steht?

Wir fragen.

### Soziales.

#### Wie Ortskrankenkassen-Schwindelgeschichten verbreitet werden.

Am 22. Mai fand im Wahlkreis Frankenthal-Dürkheim bekanntlich eine Erziehung zum bayerischen Landtag statt, bei welcher Gelegenheit das Zentrum für den liberalen Kandidaten eintrat und ihm zu dem knappen Sieg verhalf. Diese Erscheinung war im besonderen Maße in Frankenthal zu beobachten, wo das Zentrum bis auf den letzten Mann für den Liberalen stimmte. In der Nr. 126 der Zentralzeitung „Der Rheinpfälzer“ waren in einem Artikel, der sich mit der Wahl befaßte, verschiedene Punkte angeführt, welche die Zentrumswähler veranlaßten, für den Liberalen zu stimmen. Da erzählt die stannende Mitwelt folgende Schauer-mär, welche u. a. in dem Artikel enthalten ist:

„Auch in anderer Hinsicht klagen die christlich organisierten Arbeiter über die sozialdemokratische Vorherrschaft in Frankenthal, zum Beispiel der Frankenthaler Ortskrankenkasse. Donnerstag vor der Wahl hat in Frankenthal eine Versammlung der christlich organisierten Arbeiter stattgefunden zur Aussprache über die Reichsversicherungsordnung. Eine ganze Reihe von Arbeitern gaben von ihrer Erbitterung darüber Ausdruck, in welcher schändlichen Art und Weise sie als Mitglieder der Ortskrankenkasse von sozialdemokratischen Krankenkassenkontrolloren sind behandelt worden.“

Diese Artikel gingen durch verschiedene Blätter. So war er auch in der „Augsburger Postzeitung“ abgedruckt. Jeder, der die Verhältnisse einigermaßen kennt, wußte, daß der Inhalt der

zitierten Stelle von A bis B eslogen ist. Um aber den Herren Gelegenheiten zu geben, den Wahrheitsbeweis zu erbringen, strengten die Kontrolloren der Ortskrankenkasse, Vogtländer und Groß, Beleidigungsklage gegen den Redakteur des „Rheinpfälzer“ und der „Augsburger Postzeitung“ an.

Am Sonnabend fand die Verhandlung vor dem Schöffengericht Frankenthal statt. Diese war sehr interessant. Gleich nach Aufbruch der Sache erklärte der Vertreter der Angeklagten, daß der Wahrheitsbeweis nicht zu erbringen sei. Er wisse aus eigener Erfahrung und habe auch von christlichen Arbeitern gehört, daß von Parteilichkeit der Kontrolloren keine Rede sein könne. Es liege hier ein Irrtum vor. Auch der Angeklagte, Redakteur des „Rheinpfälzer“, Bergmann, welcher persönlich anwesend war, sprach sich in diesem Sinne aus. Er sei getäuscht worden und nehme die Beleidigung zurück. Die Kläger beharren jedoch auf Beweisaufnahme, weil nicht nur ihre Berufsklasse, sondern auch ihre Vorleser angegriffen sei. Gerade im Zentrum herrsche eine systematische Hege gegen die Ortskrankenkassen.

Der als Zeuge vernommene Vorsitzende der Ortskrankenkasse, Rechtsanwalt Dr. Mayer, führte aus, daß in einer Krankenkasse eine strenge Kontrolle notwendig und vom Vorstände angeordnet sei. Daß sich diese aber nicht nur gegen „Christliche“ richte, zeige die Beschwerden über die strenge Kontrolle der Mitglieder, die meistens den freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei angehören. Nach des Zeugen fester Ueberzeugung wird unparteilich verfahren. Im gleichen Sinne äußerte sich das Vorstandsmitglied Küstermeister Wilmann, ein Angehöriger des Zentrums. Zeuge Peter Lüdge, Vorsitzender des christlichen Gewerkschaftsvereins, gibt Auskunft über die in dem angeführten Artikel besprochene Versammlung. Arbeitersekretär Gable in Ludwigshafen referierte über die Reichsversicherungsordnung und in der Diskussion wurden die „bestehenden Nistände“ besprochen. Zwei Teilnehmer, Dörz und Schottenhammer, berichteten über Schikanen bei der Kontrolle, während er — Zeuge — Schikanen von einer Krankenkassenkontrolloren besprach, welche ihm widerfahren seien. Daß die Ortskrankenkassenkontrolloren parteilich sind, kann Zeuge nicht sagen, im Gegenteil, an einem Beispiel führt er an, daß diese höchst unparteilich ihres Amtes walteten und sich die Unzufriedenheit der eigenen Leute zugaben. Er hat nie etwas von einer parteilichen Amtsausübung gehört bis auf die Äußerungen in der Versammlung.

Interessant ist, wie so ein Artikel zustande kommt. Er stammt von dem Arbeitersekretär Gable. Der hat etwas gehört von Ortskrankenkassenterrorismus, und flugs wird der verwendet als Verteidigung für die Schwindelmappe. Hätte man den sauberen Herren nicht auf die Finger geklopft, dann wäre die Geschichte noch etliche Male hergelozen worden und auf einmal wäre es wahr gewesen.

Die Kläger waren mit dem Ergebnis der Beweisaufnahme zufrieden und stimmten dem Vergleich zu. Die Angeklagten nehmen die Beleidigung mit Bedauern zurück und tragen sämtliche Kosten. Der Vergleich wird publiziert in dem „Rheinpfälzer“, in der „Waldschlösschen Post“, in der „Frankenthaler Zeitung“ und in der „Augsburger Postzeitung“.

### Jugendbewegung.

#### Eine Haupt- und Staatsaktion gegen die Effener Arbeiterjugend

t wurde am Montag vor dem Schöffengericht Essen zum Austrag gebracht. Der Polizeipräsident dajelbst hatte gegen fünf Parteigenossen und zwei Jugendliche Strafanktrag gestellt wegen Beleidigung von Polizeibeamten und Uebertretung des Reichsvereinsgesetzes. In einer Jugendversammlung, in der über das Thema: „Jugend-schau und Jugendtrug“ gesprochen werden sollte, erschienen zwei Polizeibeamte, die trotz Ausweisung im Lokal blieben. Einer von ihnen, ein Kriminalkommissar, erklärte, daß er nicht als Beauftragter der Polizeibehörde, sondern nur „zur Information“ erschienen sei. Nichtsdestoweniger ging der Herr später in der Versammlung zur Aufnahme der Personalien Anwesender über, wodurch die Jugendlichen in heftige Erregung versetzt wurden; einer von ihnen ließ sich hinreißen, den Mann Spigel zu nennen. Diese verhältnismäßig harmlose Sache wurde zu einer Mollenanklage aufgebaut, Haus-suchungen wurden mehrfach gehalten, sogar der Verantwortliche der „Arbeiterzeitung“, Genosse Reumann, wurde angeklagt, weil er in einer Notiz zum Besuch der Versammlung aufgeföhrt hatte! Das Ergebnis war recht mager. Ein Genosse erhielt 60 M. wegen der erwähnten „Beleidigung“. Zwei Angeklagte sollen 30 M. bleiben wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes, da das Thema als politisches angesehen wurde, einer 15 M. ebenfalls wegen Beleidigung, ein Jugendlicher erhielt einen Verweis und zwei wurden freigesprochen. Vorher schon hatte man die Anklage gegen mehrere Genossen, die gar nicht in der Versammlung anwesend waren, fallen lassen.

# Großer Joppen-Verkauf

Extra billige Angebote von ca. 8000 Winter-Joppen

**Pelz-Joppen**  
in vielen Fell-Arten, gute kräftige Bezüge ..... von **15 M.** an

**Loden-Pelerinen**  
für Herren und Damen, „imprägnierte“ Loden .... von **7 50 M.** an

**Loden-Pelerinen**  
für Knaben und Mädchen, „imprägnierte“ Loden .... von **4 50 M.** an

- Serie I Winter-Joppen** grau oder grünlicher Loden, durchweg warm gefüttert. .... **7 50 M.**
- Serie II Winter-Joppen** Schwerer Loden in vielen Farben, extra gutes warmes Futter ..... **10 M.**
- Serie III Winter-Joppen** Spezial-Loden-Marke grau, braun, grün, durchweg warmes Futter ..... **12 M.**
- Serie IV Winter-Joppen** kräftiger Kern-Loden, grau und grün, unverwüstlich, mit warmem Futter ..... **15 M.**
- Serie V Winter-Joppen** Loden, Marke: „Kern und Kraft“, extra schwer, in vielen Farben, mit warmem Futter ..... **18 M.**

## Knaben-Loden-Joppen

- Serie VI** Grau oder grünliche Loden, durchweg warm gefüttert, für d. Alter von 3-8 Jahr, durchweg **3 50 M.**
- Serie VII** kräftiger Loden in vielen Farben, durchweg warm gefüttert, für das Alter von 9-15 Jahren **4 50 M.**



# BaerSohn

Kleider-Werke, Deutschlands größte Fabrik dieser Art  
Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11  
Große Frankfurter Straße 30 □ Schöneberg, Hauptstraße 10





Möbelhandlungen
W. Bachmann, Charl., Neuhagen 15.
Bethke, Georg, Muskauerstr. 44.
Bixd., Elbest. 53, Kais.-Friedr.-St. 44.

H. Gebert, Birkenstr. 44.
Harnack, Gröbenstr. 27.
Hopp, Jul., Turmstr. 44.
Janitzkow, F., Möbelfabrik.

Milch Schmidt
Rixdorf, Hermannstr. 95-96.
Molkerei Nord-West, Rixdorf, Bergstr. 1.

E. Kron, Köpenickerstr. 55a, I.
Schmidt, Fennstr. 3.
Putz- u. Modewaren
Rixdorf, Bergstr. 1.

Schwesener, Turmstr. 48.
Alb. Seeger, W., Lortzingstr. 6.
Sommer, Wilh., N. Schönl.-Allee 8.

W. Stendel, Swinemünderstr. 98.
Max Storch, Elbingstr. 100.
M. Tomedina Nchl., Rosenstr. 14.

Groß, „Zur Sonne“, P. Freudenberg.
Martia, Bruno, Ri. Hermannspl. 3.
Ignatz Sello, Brunnenstr. 16.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (unlässlich fettgedruckte Worte).

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Hermannplatz 5 Pfandloshaus.
Maffenerlauf wegen Platzmangel!
Reisen und Möbel! Bestmöglich!
Reisen und Möbel! Bestmöglich!

Monatsanlege und Binterpaletts von 5 Mark sowie Holen von 1,50, Gebrochene von 12,00,
Krad von 2,50, sowie für forpulten Figuren.

Möbel-Fabrik, Georg Lemmigkeit,
Dramenstraße 172/173.
Der gediegene Möbel billig kaufen will,
soll nicht verärgern, mein großes Lager

Musikinstrumente.
Hängel, gebraucht, vorzüglich erhalten,
allererster Fabrikat, billig abzugeben.

Unterricht.
Unterricht in der englischen Sprache.
Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zelle.

Verschiedenes.
Lewandowsky-Sänger, Dönhofsstr. 105.
Kunsthanderei von Frau Rotodsky.

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Rebenberndt für jedermann.
Dietrich, Wilmstr. 38.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

In Groß-Lichterfelde-Steglich hat das Lokal „Orkenwäldchen“ den Besizer gewechselt. Der jetzige Inhaber, Herr Martin, stellt uns sein Lokal zu den üblichen Bedingungen zur Verfügung.

Friedrichshagen. Morgen Donnerstag, den 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, beginnt im „Lindengarten“, Friedrichstr. 74, der Vortragskursus des Genossen Fritz L a r n o w über: „Die sozialdemokratischen Forderungen an den Gegenwartsstaat“.

Biesdorf. Heute abend 8 1/2 Uhr: Jahlabend bei Gustav Berlin, Margahner Str. 24. Die Bezirksleitung.

Niedersie, Bezirk Stralau. Am Sonntag, den 22. Oktober, nachmittags 2 Uhr, findet auf dem Bogtisch Grundstück am Bahnhof eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel statt.

Wilhelmshagen-Nieder-Schönhausen-West. Die Teilnehmer an der heute stattfindenden Verdringung der Genossen sind im Lokal „Zur Mühle“, Abmarsch von dort Punkt 8 1/2 Uhr.

Spandau. Heute Mittwoch, den 18. Oktober, abends 7 Uhr, von allen Bezirken eine wichtige Flugblattverteilung zu den Stadtverordnetenwahlen.

Für den Wahlkreis Ruppiner-Tempelhof findet am Mittwoch, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Bernide, Adersstr. 123, eine öffentliche politische Versammlung statt.

Berliner Nachrichten.

Die Auffließung Treptows

befähigt zurzeit die Behörden der Stadt Berlin und der Gemeinde Treptow. Berlin hat bekanntlich in Treptow großen Grundbesitz. Nach dem Scheitern der Eingemeinderungsverhandlungen ist der Gemeinde Treptow von einigen Stellen im Berliner Magistrat zugesichert worden, das in Treptow gelegene Gelände der Stadt Berlin der Bebauung zu erschließen.

Die Versammlung ersucht den Magistrat, in einer gemischten Deputation mit ihr über Mittel und Wege zu beraten, den städtischen Grundbesitz der Bebauung zu erschließen, ohne daß der Stadtgemeinde der Wertzuwachs entgeht.

Der Ausschuss für Groß-Berlin, den die Vereinigung Berliner Architekten zur Mithilfe an der städtebaulichen Gestaltung Groß-Berlins geschaffen hat, setzte in seiner letzten Sitzung Unterabteilung ein, die die verschiedenen Fragen der rationalen und verkehrstechnischen Anlage von Straßen und Plätzen eingehend vorbereiten sollen.

Die Berliner Feuerwehr auf der Automobil-Ausstellung.

Auf der zurzeit in den Ausstellungshallen am Zoologischen Garten stattfindenden Internationalen Automobil-Ausstellung ist auch die Berliner Feuerwehr vertreten. Der Stand liegt auf der linken Seite neben dem Popium. Hier sieht der Besucher die Modelle eines kompletten Berliner Feuerwehrzuges, bestehend aus Gaspumpen, Leucht-, Leiter- und Dampfpumpe.

Steuerwesen und Gemeinden.

Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung hat folgenden Antrag gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Den Magistrat zu ersuchen, bei der Regierung und den gesetzgebenden Körperschaften vorstellig zu werden, das Kommunalabgabengesetz dahin abzuändern, daß den Gemeinden gestattet wird:

- 1. die Einkommen bis 1800 M. steuerfrei zu lassen;
2. progressive Zuschläge zur staatlichen Einkommensteuer für Einkommen von 8000 M. an;
3. progressive Zuschläge zur staatlichen Ergänzungssteuer für Vermögen von 20 000 M. an zu erheben.

Vom Geldacksvorrecht bei den Kommunalwahlen.

Für die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung Berlins, die im November stattfinden, war im Juli die Wählerliste aufgestellt worden. Der Magistrat teilt jetzt den Stadtverordneten in einer die Zusammenlegung der Wahlverhältnisse betreffenden Vorlage die Zahlen der Wähler mit, die bei der Listenaufstellung und der danach vorgenommenen Abteilungsabgrenzung sich für die drei Wählerklassen ergeben haben.

Die Liste für 1911 enthält nach der vom Magistrat gemachten Zusammenstellung, in der die auf ihren Einspruch nachträglich aufgenommenen Wähler noch nicht mitgezählt sind, überhaupt 887 468 Kommunalwähler. Gegenüber dem Jahre 1910, wo 890 819 Wähler in der Liste standen, ist eine Vermehrung um reichlich 7000 eingetreten.

So ungleich ist im Laufe der Jahre die Größe der Wählerklassen geworden, gleich geblieben ist aber für alle drei Klassen ihr Anteil an der Gesamtzahl der Stadtverordnetenmandate. Nach der Städteordnung hat jede der drei Wählerklassen ein Drittel der Stadtverordneten zu wählen, das sind in Berlin bei überhaupt 144 Stadtverordneten 48 für jede Wählerklasse.

Die Ungleichheit der Wahlbezirke, die lange genug dem in den kleinen Bezirken der Innenstadt sich haltenden Kommunalstreik ein weiteres Stützmittel gewesen war, ist durch die auf Drängen der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion zustande gekommene Neueinteilung sehr gemildert worden.

21. Bezirk, 7035 im 14. Bezirk, 8470 im 15. Bezirk, 7252 im 16. Bezirk, 6504 im 23. Bezirk, 7181 im 24. Bezirk, 8992 im 25. Bezirk, 7712 im 28. Bezirk, 7893 im 35. Bezirk, 6725 im 42. Bezirk, 8034 im 46. Bezirk.

Die Wählerzahl schwankt bei diesen 16 Bezirken der dritten Abteilung zwischen 6504 und 8992. Für die zweite und die erste Abteilung ist die Neueinteilung noch nicht zustande gekommen, darum schwankt die Wählerzahl in den Bezirken der zweiten Abteilung noch zwischen 5889 und 708, in den Bezirken der ersten Abteilung zwischen 110 und 16.

Was sagt zu solchen Blüten des Dreiklassensystems unseres Kommunalwahlrechts der Berliner Freisinn? Er läßt schmunzeln sich das Selbstacksvorrecht gefallen, weil die schmähliche Entrechtung des wertvollen Volkes die Grundlage und Stütze aller Macht des Kommunalliberalismus ist.

Zu dem Drama in Grünheide, wo, wie berichtet, die Witwe Hinke ihr Kind durch Leuchtgas vergiftete und sich selbst das Leben nehmen wollte, erfahren wir, daß nun auch Frau D. den Wirkungen der giftigen Gase erlegen ist.

Ein kostspieliges Abenteuer erlebte ein älterer Provinzler, der in der Trunkenheit einer Barmaid, der 20 Jahre alten Frieda Schmidt aus der Kurfürstenstraße, in die Hände fiel.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag 3 1/2 Uhr in dem Reinickendorfer Hammerwerke Puffel u. Co., Holländerstr. 111. Genannte Firma hatte eine neue Presse zur Anfertigung größerer Schmiedearbeiten errichten lassen.

Von einem Ringbahnzuge überfahren und schwer verletzt wurde in der verflochtenen Nacht der in der Kirchstraße 5 wohnhafte Arbeiter Albert Schulz. Er hatte, um sich den Nachhauseweg abzukürzen, versucht, den Bahnhöfen in der Nähe der Station Groh-Orbisstraße zu überqueren.

Selbstmord eines Bierzechnjährigen. Der kaum der Schule entwachsene Sohn Paul des Bäckers Weher aus der Ropenhagener Straße 26 hat sich in der elterlichen Wohnung mit seinem Halsstich an einem Fensterriegel erhängt.

Verfordern ist Montagabend ein unbekannter, etwa 60jähriger Mann, der allem Anschein nach dem Arbeiterstande angehört. Wegen 8 Uhr fand auf dem Winterfeldtplatz in Schönberg der dort postierte Säugmann auf einer Bank einen Mann liegend, der bewusstlos war und nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab.

Berliner Geldschranksneider stalteten in der letzten Nacht der Dampfwalderei von Lausnitz in der Greifswalder Str. 201 einen unvollkommenen Versuch ab, bei dem ihnen erhebliche Beute in die Hände fiel. Die Verbrecher drangen mittels Nachschlüssels vom Hofe aus in die Kontorräume ein und machten sich sofort an die Sprengung des Geldschranks, den sie nach angestrengter Arbeit mit den modernsten Werkzeugen erbrachen.

Wer ist der Getrunke? Zu dem Selbstmord an der Nonhoffbrücke, über den wir dieser Tage berichtet, teilt das Volkstribunal mit, daß es sich um einen etwa 25-30 Jahre alten Mann handelt. Die Leiche ist noch nicht gelandet.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin und Umgegend. In der am Sonntag stattgefundenen Ausschüttung wurden zunächst die Vereine „Harmonie“, „Hohenhühnenhausen“ und „Sangeslust“ Petershagen aufgenommen. Sodann gab der zweite Kassierer den Bericht vom Sängerkreis. Im Anschluß hieran wurden dem Arbeiter-Sommerkriegsbund 150 M. und dem Arbeiter-Schwimmerbund 75 M. für ihre aufopfernde Tätigkeit beim Sängerkreis bewilligt.

Einen Goethe-Beethoven-Abend veranstaltet die Ortsgruppe Berlin des Deutschen Arbeiter-Abstinenzbundes am Sonntag, den 22. d. Mts., abends 8 Uhr, in den Orpheus-Besitzungen, Brückenstr. 2.

Mitwirkende sind: Frau Gina-Goch-Leby (Gesang), Frau Flora Joutard (Klavier), Frau Elsa Kühn (Rezitationen), Herr Louis van Saar (Violine), Herr Max Köhne (Violoncello), Genosse Simon Kagenstein (Vortrag) und Herr Kapellmeister Eduard Leby. Nach Beendigung des Programms: Gesellschaftliches Beisammensein und Tanz. — Zum Ausklang gelangen vier alkoholfreie Getränke. — Eintrittskarten a 30 Pf. sind zu haben bei G. Geisler, Auglerstr. 41, Dähnisch, Choriner Str. 78, Hof part., G. Esser, Kirzdorf, Pfälzerstraße 17, Hof III. und in der Geschäftsstelle Engelauer 19.

Die Dachstuhlbrände in Groß-Berlin wollen kein Ende nehmen. Gestern früh um 5 Uhr stand der Dachstuhl des Hauses Kachener Straße 42 in Wilmersdorf, nahe der Ringbahn, in großer Ausdehnung in Flammen. Diese hatten, als sie von Hausbewohnern bemerkt wurden, schon reiche Nahrung gefunden, so daß die Wilmersdorfer Feuerwehr gleich mit vier Schlauchleitungen von Dampfspritzen vorgehen mußte. Ueber die schon verqualmten Aufgänge und über eine mechanische Leiter wurde der Angriff wirksam durchgeführt. Nach einstündiger energischer Wassergabe war die Nacht des Feuers gebrochen. Langsam gingen die Flammen zurück. Der Dachstuhl des Hauses ist zu einem großen Teil eingestürzt. Der Schaden ist recht erheblich, denn auch ein Teil der oberen Etagen ist durch Wasser etwas geschädigt. Die Entsehung konnte wegen der Ausdehnung des Brandes nicht mehr festgehalten werden. Die Aufräumungsarbeiten nahmen längere Zeit in Anspruch.

## Vorort-Nachrichten.

### Wilmersdorf-Galensee.

Eine Stimmenausschaltung mit Hindernissen. Nach der Anschauung verschiedener Stadtverordneter von staatsbehaltender Gesinnung hat Wilmersdorf seine „individuelle Färbung“ und braucht sich in den Groß-Berliner Rahmen nicht einzufügen. Welche Fortschritte diese Individualisierung gemacht hat, zeigte ein Vorgang, der sich am Tage der Stadtverordnetenwahl in der vorigen Woche im Wahllokal am Kaiserplatz 14 abspielte.

Nachdem abends um halb zehn Uhr der Rest der Wähler seine Stimmen abgegeben hatte, glaubte der Leiter der Wahlhandlung alle im Lokal anwesenden Personen mit Ausnahme der Mitglieder des Wahlvorstandes zum Verlassen des Lokales auffordern zu müssen. Gegen diese Handlung protestierten sofort einige unserer Parteigenossen, die nach üblichem Brauche tagsüber an einem Seitentische die abgegebenen Stimmen kontrolliert hatten. Sie behaupteten dem Wahlvorsteher, daß die Öffentlichkeit der Wahlhandlung ganz besonders für die Stimmenausschaltung gelte und ihm kein Recht zustehe, diese Öffentlichkeit einzuschränken. Als unsere Parteigenossen weiter nach dem Wahlvorsteher um Verlesung der gesetzlichen Bestimmungen erzuichten, die sein Verhalten rechtfertigen könnten, mußte der Herr selber zugeben, daß die Wahlvorschriften hierüber nichts enthielten.

Ein anderes Mitglied des Wahlvorstandes, Sellmer mit Namen und Hausbesitzer seines Reiches, hielt es nunmehr dennoch für angebracht, ziemlich scharf dreimal hintereinander unsere Parteigenossen zum Verlassen des Lokales aufzufordern. Natürlich kamen die drei Vertreter unserer Partei dieser Aufforderung um so weniger nach, als sie Herrn Sellmer erstens keinerlei Beruf für solche Handlung zubilligen und überdies auch Wähler aus dem bürgerlichen Lager zugegen waren. Als Herr Sellmer davon in Kenntnis gesetzt worden war, daß man seine Urteile, auch von seiner Aufforderung Notiz zu nehmen, entsetzte er sich mit den Worten: „Das werde ich Ihnen zeigen!“

Kaum hatte inzwischen die Auszählung der Stimmen begonnen, als Herr Sellmer in Begleitung eines Schutzmannes zurückkehrte. Der Polizeibeamte hatte natürlich keinen Anlaß, dem Verlangen des Herrn Sellmer nachdruck zu geben; wohl aber glaubte jetzt der Wahlvorsteher unsere Parteigenossen gleichfalls dreimal zum Verlassen des Lokales auffordern zu müssen. War nun auch für diese Aufforderung keine gesetzliche Unterlage gegeben, so erklärten sich dennoch unsere Genossen unter der Bedingung zum Verlassen des Lokales bereit, daß der Wahlvorstand ihnen gegen die Aufforderung gerichteten Protest zu Protokoll nehme. Das wollte aber wiederum der Wahlvorsteher nicht, und so blieben denn unsere Parteigenossen, wo sie waren. Nachdem nun Herr Sellmer mit dem Polizeibeamten davongegangen war und auch einige Mitglieder des Wahlvorstandes zugegeben hatten, daß frühere Wahlhandlungen sich bis zum Schluß in der Öffentlichkeit abspielten, konnte das Auszählen der Stimmen von neuem beginnen. Aber die Hoffnung, daß nun endlich in Ruhe das Wahlergebnis festgestellt werden könnte, wurde abermals zerschanden, als unter Führung des Stadtverordneten Fischer eine Anzahl bürgerlicher Wähler ins Lokal kamen und die Entsehung der Sozialdemokraten verlangten. Es schien fast, als ob eine Kauferei ins Werk gesetzt werden sollte. Unsere Parteigenossen überlegten sich die Sache. Hatten sie auch keinerlei Grund, das Wahllokal zu verlassen, so nahmen sie doch Rücksicht auf den unausgesprochenen Wunsch der Parteigenossen, die Wahlhandlung in der Öffentlichkeit abspielen zu lassen. Welche Beurteilung das Auftreten der bürgerlichen Herren in der Öffentlichkeit fand, braucht hier nicht weiter geschildert zu werden.

**Rixdorf.** Ueber den Selbstmord einer Bierzechnjährigen wird folgendes mitgeteilt: Ein aufsehender Vorkauf spielte sich gestern an der Treptower Brücke ab: Ein junges Mädchen, das sich dort kurze Zeit in großer Aufregung aufgehalten hatte, sprang plötzlich in den Rixdorfer Schiffahrtskanal, um sich das Leben zu nehmen. Zwei Zimmerleute, die das sahen, sprangen dem Mädchen sofort mit dem Rettungsring nach und holten es aus dem Wasser heraus. Die Lebensmüde kam bald wieder zum Bewußtsein, und wurde jetzt festgesetzt als die 14 Jahre alte Anna Schulz aus der Treptower Straße.

Ein Abbruchungslad ereignet sich gestern nachmittag auf dem Grumbüchd Berliner Str. 83. Hier brach ein Holzschuppen zusammen und ritz zwei Arbeiter, den 32 Jahre alten Georg Wobig aus der Plettenstr. 44 und den 46 Jahre alten Richard Oberthür aus der Fontanestr. 26 mit in die Tiefe. Beide wurden so schwer verletzt, daß sie noch der Unfallstation in der Steinmehrfstraße gebracht werden mußten. Oberthür, der sich eine schwere Brustquetschung zugezogen hatte, wurde von dort dem Krankenhaus angeführt. Wobig, der mit Gantabürstungen dahingekommen war, konnte nach Hause entlassen werden. Wen die Schuld trifft, steht noch nicht fest. Die Polizei hat die Fortsetzung der Arbeiten einstweilen unterjagt.

**Wittenberg.** Teuerung und neue Steuern lautete das Thema, über das in einer in Wudow im Lokal von Klein tagenden öffentlichen Versammlung Genosse Wuschki referierte. Die Versammlung folgte mit regem Interesse den treffenden Darlegungen des Redners und schloß ihm am Schluß seines Vortrages lebhaften Beifall. Hierauf gelangte einstimmig die allgemeine Protestresolution gegen die Teuerung zur Annahme.

**Weißensee.** Mit der bestehenden Teuerung wird sich die nächste Gemeindevorstellung in der kommenden Woche beschäftigen. Die sozialdemokratische Fraktion hat u. a. beantragt, außer den Teuerungszulagen an die Arbeiter und Beamten noch den Ankauf und Vertrieb von Kartoffeln, Hülsenfrüchten, Seefischen und Kohlen von Gemeinde wegen vorzunehmen. Auch die neue bürgerliche Fraktion will Anträge stellen, die noch nicht bekannt sind. Die Teuerung wirkt besonders stark auch auf die von der Gemeinde betriebene Volksspeiseanstalt, jedoch soll in der Preisliste die der guten Verrichtung des Essens keine Aenderung eintreten, da die Gemeinde den Betrag, der Unterbilanz übernehmen wird, so daß eine Preissteigerung zu erwarten ist. Die Volksspeiseanstalt befindet sich in der Köbenstraße und ist täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage von 12 bis 14 Uhr geöffnet. Die Preise für eine gute Portion Suppe, Fleisch mit Gemüse oder Kartoffeln beträgt 30 Pf.

für Fleisch mit Gemüse und Kartoffeln 20 Pf., für Gemüse mit Kartoffeln 15 Pf., für Suppe oder Mehlspeise 10 Pf., für Kalao, Kaffee oder Kalkhale 5 Pf. Das Essen kann auch mit eigenem Geschirr abgeholt werden. Die Volksspeiseanstalt steht unter ständiger Kontrolle des Wohlfahrtsamtes. Auch sind getrennte Speiseräume für Männer und Frauen eingerichtet. In der Nähe der Speiseanstalt befinden sich eine Anzahl Hofrillen, so daß den dort beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen Gelegenheit gegeben ist, ein billiges und gut hergerichtete Mittagessen zu erhalten.

### Zehlendorf (Wannseebahn).

Die am Sonntag hier im Lokale von P. Sätwara stattgefundene öffentliche Versammlung hörte ein Referat des Genossen Max Barth über die Teuerung, Regierung und das Volk. Leider war die Versammlung nicht so gut besucht, wie es erwünscht gewesen wäre. Der Referent geisterte in scharfen Worten das Verhalten der Regierung und der herrschenden Parteien, welche talentlos der standalösen Volkshungerung zusieht. Die verlesene Resolution wurde einstimmig angenommen. In den Wahlverein wurden vier neue Mitglieder aufgenommen.

### Zossen.

Als einen großen Erfolg der fortschrittlichen Volkspartei bucht der Herausgeber und Redakteur des „Zosener Stadt- und Landboten“, Herr Otte, seinen Leiern die Versammlung, in welcher sich der Kandidat der Liberalen, Herr Prof. Dr. Spiegel-Charlottenburg, den Zosener Wählern vorstellte. Abgegeben davon, daß der Herausgeber des „Landboten“ die Sozialdemokratie in einer völlig fremden Art darzustellen sucht, behauptet er auch, daß der sozialdemokratische Redner von Prof. Dr. Spiegel in bestimmter Art abgeführt worden sei. Herr Otte wird nicht glauben wollen, daß seine Behauptungen von Besuchern der Versammlung ernst genommen werden, er kann mit seiner völlig unzutreffenden Darstellung doch nur den Zweck verfolgen, unter seinen politisch indifferenten Lesern Profektoren für den fortschrittlichen Kandidaten zu werben. Aber auch damit wird er wenig Glück haben. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft wird ihr Teil dazu beitragen, daß die ihr bisher noch fernstehenden Schichten der werktätigen Bevölkerung von der sozialistischen Idee erfüllt werden.

### Wahlisdorf an der Ostbahn.

Aus der Organisation. Die Vierteljahrsversammlung des Wahlvereins nahm nach dem Bericht der Bezirksleitung über die Tätigkeit im verfloffenen Quartal die Rewahl derselben vor. Mit den Beschlüssen des Parteitages erklärten sich die Versammelten, nachdem die Genossin Buch Bericht hierüber erstattet hatte, einverstanden. Hierauf wurde auf den Arbeitergesangverein sowie auf den Arbeiterturnverein aufmerksam gemacht und Sanges- und Turnfreunde ersucht, sich den betreffenden Vereinen anzuschließen. Am ersten Weihnachtstage soll eine Feste veranstaltet werden. Sodann verwies der Vorsitzende auf die hiesige Volkshochschule, die im Schulhaus untergebracht und Dienstags und Freitags von 6 1/2—8 1/2 Uhr abends geöffnet ist. Es werden Vorkurse für 10 Pf. verabschiedet, welche zur Entsehung von sechs Wählern berechtigen. Auch sei der Lesesaal im Schulhaus abends von 7—9 Uhr und Sonntags vormittags von 11—1 Uhr geöffnet. Desgleichen empfahl der Vorsitzende, von der Wahlvereinsbibliothek regen Gebrauch zu machen.

### Wotawes.

Den Bau eines Feierabendhauses plant der Oberverein. Als Bauplatz ist das etwa 985 Quadratmeter große Hinterland des früheren Jordanischen Hauses in der Lindenstraße 52 in Aussicht genommen. Ob dieses Projekt zur Verwirklichung kommen wird, bleibt jedoch abzuwarten, da auch die Gemeinde an dem Erwerb des Grundstückes, das später zur besseren Ausnutzung des Rathausgrundstückes geradezu unentbehrlich wäre, ein erhebliches Interesse hat. Erwähnt mag hierbei werden, daß beide Jordanischen Häuser einschließlich Stempelkasten usw. dem Oberverein rund 108 500 M. gekostet haben.

### Wotsdam.

Gelehrig hatte seit dem Jahre 1901 die Potsdamer Tischlerinnung gehandelt, indem sie zur Gesellenprüfung die dem Prüfungsausschuss angehörenden Gesellen nicht mit hinzuzug, wie dies der § 131a Absatz 2 der Gewerbeordnung und das Innungsstatut vorschreibt. 1901 hatten nämlich die Gesellen einen Prüfling wegen mangelnder Kenntnisse abgewiesen und das war den Meistern über die Hutschnur gegangen. Seit dieser Zeit prüften sie unter sich und es ist ja bekannt, daß eine Straße der anderen kein Auge aussticht. Im vorigen Jahre kam nun wieder etwas Leben unter die Gesellen und sie beanspruchten ihre alten Rechte. Weil die Innung nicht freiwillig wollte, wandten sie sich beschwerdeführend an den Magistrat als Aufsichtsbehörde. Dieser wies die Innung an, den Gesellenauschuss seine ihm zustehenden Funktionen ausführen zu lassen. Als dann im April dieses Jahres die Gesellenprüfungen herankamen, mußten es die Gesellen erleben, daß sie wieder nicht hinzugezogen wurden. Abermals wandten sie sich beschwerdeführend an den Magistrat und dieser erwiderte, daß er die Innung angewiesen habe, in Zukunft den Gesellenauschuss zu den ihm zustehenden Funktionen hinzuzuziehen. Am 13. September erhielt nun der Gesellenauschuss Mitteilung, daß er zur Prüfung hinzugezogen werden sollte. Doch, wie das Geschick es nun einmal will, die Prüfungen hatten bereits am 12. September, also einen Tag vorher, stattgefunden! Wegen dieses hoffentlich nicht absichtlichen Irrtums erhielt dann am 30. September der Vorsitzende des Gesellenauschusses folgenden Brief:

„Nach längeren Verhandlungen mit dem Magistrat haben wir uns bereit erklärt, bis zur Erledigung unserer Beschwerde durch den Herrn Minister die Gesellenprüfungen zu den Lehrlingsprüfungen heranzuziehen und wir haben den Prüfungsausschuss am 13. September hiervon Mitteilung gemacht. Wir erfahren jedoch, daß die Prüfung schon früher, am 12. September stattgefunden hat, ohne Mitwirkung der Gesellenprüfungen. Es liegt uns vollkommen fern, die Gesellenprüfung bei der Mitwirkung der Prüfung auszuscheiden, nur durch ein Mißverständnis ist diesmal die Einladung unterblieben. Am jedoch den Besitzern Gelegenheit zu geben, sich von der ordnungsmäßigen Prüfung zu überzeugen, stellen wir anheim, bei dem Ausfertigen der Lehrlinge am 4. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Lokale von Donath zugegen zu sein. Nach den Entscheidungen der Aufsichtsbehörde ist sonst bei dem Ein- und Ausfertigen der Lehrlinge die Anwesenheit der Besitzern nicht erforderlich. Der Vorstand der Tischlerinnung zu Potsdam. Ed. Schulz, Obermeister.“

Der Eingang des Schreibens spricht von einer Beschwerde an den Minister. Worin diese Beschwerde besteht, ist vorläufig unbekannt, doch soll sie darin gipfeln, daß in Potsdam nur sechs Tischlergesellen die Befähigung haben, die Gesellenprüfung vorzunehmen. Als ob diese Anzahl nicht groß genug wäre. Geradezu humoristisch klingt es, wenn der Obermeister der Innung nicht gewußt haben will, daß die Prüfung der Gesellen schon am Tage vorher stattgefunden hat, als man dem Prüfungsausschuss Mitteilung machte. Die Gesellen werden sich dies Verhalten der Innung selbstverständlich nicht gefallen lassen.

## Gerichts-Zeitung.

### Autorschmerzen.

Eine ungewöhnliche Anklage wegen Beleidigung des Geheimen Medizinalrats Professor Dr. Bier führte gestern den praktischen Arzt Dr. Anton Henggebach zu Rezensfeld, Amtsgerichtsbezirk Jork, und den Buchdruckereibesitzer Amandus Nöhsman zu Hinkenwerder bei Hamburg vor die 10. Strafkammer des Landgerichts I. — Der Universitätsprofessor Geh. Rat Bier ist Verfasser des Werkes „Hyperämie als Heilmittel“. Der Angeklagte Dr. Henggebach verteidigt seit längerer Zeit die Ansicht, daß das Bierische Werk ein bewußtes Plagiat einer Abhandlung sei, die er unter dem Titel „Ueber Heilung der Infektionskrankheiten“ im Jahre 1894 in der „Kerzlichen Rundschau“ veröffentlicht hat. Er hatte im Oktober 1908

Strafantrag gegen Prof. Dr. Bier gestellt, ist aber abgewiesen worden mit der Begründung, daß der Strafantrag verspätet sei und der Verdacht des Nachdrucks nicht vorliege. Im Ansehung des Jahres 1908 ließ Dr. Henggebach in seinem Selbstverlage eine Broschüre „Vademecum für Professor Dr. Bier als Plagiat“ erscheinen. Darin wird in längeren Ausführungen und unter heftigen Angriffen gegen Prof. Dr. Bier der Vorwurf des Plagiats erhoben und zu begründen versucht. Prof. Dr. Bier stellte Strafantrag wegen der Schrift, wurde aber von der Staatsanwaltschaft Leipzig, an welche die Anzeige zuständige Staatsanwaltschaft abgegeben worden war, auf den Weg der Privatklage verwiesen. Professor Dr. Bier sah von einer Privatklage ab, stellte aber bei dem Ehrengericht der Herzogin von Hannover, welcher der Angeklagte Dr. H. unterstellt, Antrag auf Einleitung eines ehrengerichtlichen Verfahrens gegen Dr. H. Diesem Antrage wurde stattgegeben. Dr. H. wurde wegen Verletzung der Standesehre zu 500 M. Geldstrafe, Entziehung des aktiven und passiven Wahlrechts zur Herzogin für die nächsten zwei Wahlperioden und in die Kosten des Verfahrens verurteilt. Das Urteil nahm als erwiesen an, daß der Vorwurf des Plagiats gegen Prof. Dr. Bier völlig unbegründet sei. Auf die Berufung des Dr. H. hat der Herzogliche Ehrengerichtshof in Berlin das erste Urteil aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung an die Kammer zur Zurückverweisung. In dem Urteil ist ausgeführt, daß Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Dr. H. entstanden seien. Der ärztliche Ehrengerichtshof in Hannover erklärte sich für befangen, da Dr. H. auch gegen dessen Mitglieder Angriffe gerichtet hatte. Die Sache wurde nunmehr dem ärztlichen Ehrengericht für die Provinz Schleswig-Holstein übertragen. Dort ist das Verfahren noch nicht anhängig. Zwischen Dr. Henggebach gegen Prof. Dr. Bier Privatklage, die durch Beschluß vom 15. Mai 1909 zurückgewiesen wurde, weil Prof. Dr. Bier in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Ferner richtete Dr. H. an Prof. Dr. Bier in den Jahren 1908 und 1909 noch eine Reihe beleidigender Schriftstücke, wegen deren Prof. Dr. Bier gleichfalls Bestrafung beim Ehrengericht beantragte. In den letzten Monaten des Jahres 1910 erhielt Prof. Dr. Orth von dem Dr. H. ein Zeitungsgeld mit einem Artikel „Trauerfeier für Ernst von Lehden“ zugeführt. Darin war es anwesend aus der Professor Dr. Bier ausgeführt. Dieser Name war unterstrichen und am Rande stand mit Rotstift geschrieben: „Er geht vielleicht mit frechem Schritte jetzt eben durch der Gelehrten Mitte.“ Ferner erhielt Prof. Dr. Orth Druckzettel, überschrieben: „Der Dieb auf dem Lehrstuhl“, in welchen Dr. Henggebach den Vorwurf des Plagiats gegen Prof. Bier wiederholt und schwere Angriffe gegen diesen erhebt. Ferner ging dem Prof. Dr. Bier am 2. Februar d. J. ein Extrablatt der „Anteilischen Zeitung“ zu mit einem Artikel: „Der Spießbube beim Kaiser Wilhelm II.“ In diesem Artikel, der auch von Dr. H. zugeführt worden war, wurde an die Tatsache angeknüpft, daß Professor Dr. Bier einmal zur Behandlung des Kaisers zugezogen war und Prof. Dr. Bier dann mit beleidigenden Bezeichnungen, wie „Ruch im Eifen“ usw. belegt. Dieses Extrablatt hat Dr. Henggebach verfaßt. Der Angeklagte Nöhsman hat es gedruckt. Professor Bier hat rechtzeitig den Strafantrag gegen beide Angeklagte gestellt, er ist als Nebenkläger zugelassen worden.

Als Sachverständiger war der Prof. Dr. Schlange aus Hannover geladen, der im Ehrengerichtsverfahren in eingehendem Gutachten zu dem Schluß gekommen war, daß jeder Vorwurf des Nachdrucks gegen Prof. Dr. Bier jeden Sachverhalt einer Verurteilung entbehre. — Nach Verlesung der in Frage kommenden Schriftstücke erklärt Staatsanwalt Bagel: Nach dem Inhalt dieser Schriftstücke und der ganzen Verteidigungsweise des Angeklagten habe er doch Zweifel, ob man es mit einem geistig normalen Menschen zu tun habe. Er stelle deshalb den Antrag, den Angeklagten durch einen Psychiater auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Der Angeklagte Dr. H. erklärte hierzu: Die Sache erscheine ihm zu absurd, als daß er sich darauf irgendwie äußern wolle. Der Staatsanwalt habe keinerlei Gründe, sondern nur Redensarten vorgebracht. In der schriftlichen Anklage sei im Gegenteil besonders hervorgehoben, daß an der Zurechnungsfähigkeit kein Zweifel bestehe. — Prof. Dr. Schlange: Er könne nur sagen: er habe persönlich Zweifel an der geistigen Gesundheit, im übrigen aber würde es sich doch empfehlen, einen Psychiater hinzuzuziehen. — Das Gericht unter Vorbehalt des Landgerichts hat das Gutachten des Sachverständigen abgelesen.

## Aus der Frauenbewegung.

### Eine von den Alten.

In Breslau ist am Sonnabendnachmittag Genossin Ida Kaiser im 64. Lebensjahre nach nur kurzer Krankheit an Herzschlage verstorben. Ida Kaiser gehörte mit zu den ältesten Parteigenossinnen, die am Parteilieben den lebhaftesten Anteil nahmen. Schon in ihrer frühesten Jugend stellte sie sich, da sie Armut und Entbehrung aus eigener Anschauung kennen lernte, in den Dienst der Partei. Selbst unter dem Ausnahmefall war sie an der Seite ihres Mannes bei jeder wichtigen Parteiarbeit zu finden. Und als dann endlich das Schicksal zu Ende war, widmete sie sich mit Eifer der Frauenorganisation. Wiederholt bekleidete sie, als noch das preussische Vereinsrecht den Frauen den Anschluß an die sozialdemokratischen Vereine verbot, das Amt der Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Breslaus. Bei keiner Versammlung oder Flugblattverbreitung fehlte „Mittels Kaiser“, überall ging sie den Jüngeren mit gutem Beispiel voran. In den Zeiten, wo die Mittel der Partei noch spärlicher waren als heute, da war es wiederum Mittels Kaiser, die durch unermüdete Tätigkeit Groschen um Groschen für die Partei der Unterdrückten und Ausgebeuteten sammelte. Und als das neue Reichsvereinsgesetz endlich den Frauen die politische Gleichberechtigung brachte, da ging Ida Kaiser von Haus zu Haus, treppauf treppab, um neue Kämpferinnen aus dem weiblichen Proletariat zu werben. Aber auch sonst war die Verstorbene immer da an erster Stelle zu finden, wo es galt, Menschenrechte zu fordern und zu vertreten. Ehre ihrem Andenken!

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für den Reichstagswahlkreis Pommern-Schwedisch-Pommern (Sommerfeld, Ostpreußen Berlin) Mittwoch, 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Geiner, Koppenhagen 47.

Leser- und Diskussionsabend: Paul Singer. Heute Mittwoch im Lokale von Karl Beck, Samariterstr. 17: Sitzung. Tagesordnung: 1. Der Parteitag zu Jena. 2. Diskussion. Gäste willkommen.

Leser- und Diskussionsabend: Sid. Ch. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Reibhardt, Galtzer Straße 58: Vortrag. Gäste willkommen.

### Wahlkreise-Nachrichten

der Landeswahl für Reichstagswahlkreise, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wahlkreis	am 16. 10.	am 17. 10.	Wahlkreis	am 16. 10.	am 17. 10.
Remel, Jüterbog	74 3/4	— 2	Saale, Wittenberg	26	— 13
Regel, Jüterbog	— 53	— 6	Dabel, Spandau	13	— 1
Reichel, Jüterbog	8	— 4	Kathowen	— 2	— 2
Oder, Rathenow	92	— 4	Spre, Spremberg	88	0
Kroffen	31	— 2	Veelau	84	— 1
Jennfurt	47	— 1	Weser, Prenzlau	70	— 9
Wartde, Schramm	— 32	— 4	Rindow	144	— 3
Kandberg	— 57	— 1	Rein, Ragnitz	392	— 5
Rege, Borsdorf	— 35	— 2	Kand	174	— 2
Sibe, Veltmeritz	— 69	— 5	Rin	141	— 7
Dresden	— 194	— 3	Redar, Heideberg	29	— 4
Barbo	19	— 3	Rain, Werben	—	—
Bagdeburg	80	— 2	Rol, Tietz	—	—

1) + bedeutet Wahl, — Zahl. — 2) Unterbeleg. 3) Wasserstand 15. nicht 113, sondern 76 cm.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumen 69, vorn über Treppen - Fahrstuhl - , wochentags von 11/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 11/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Nachdruck und eine Zahl als Vermerk beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erwidert. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen werden in der Sprechstunde vor.

**H. S. Berlin N. und W. S. 100.** Die Lohnbeschlagnahme ist zulässig, soweit die Lohnforderung 125 M. monatlich oder 28,50 M. wöchentlich übersteigt. - **G. S. 22.** Sehen Sie eine Frist zur lösgemäßen Verrückung nach erfolgtem Ablauf der Frist können Sie die Verrückung auf Kosten der Schuldnerin vornehmen lassen. - **W. S. 58.** 1. Das kann als rückförender Vorschuss angesehen und Sie können 2. wegen Schadenerfolg in Anspruch genommen werden. - **R. S. 56.** 1. Ja 2. Sie nicht, wohl aber die Unterliegenden. - **V. S. 100.** 1. und 3. Ja. 2. Runderhalb Jahresfrist, von der Ausübung getrennt. 4. Nein. - **G. S. 7.** Nein. Namens Ihres Mannes kann aber Antrag auf Invalidentrente gestellt werden. - **S. S. 25.** Unter Vorbehalt auf Zahlung des Restes können Sie den Betrag annehmen. Ein Klage erscheint durchführbar. - **W. S. 100.** 1. Ja. 2. Ausgeschlossen. 3. Gehren zu Kosten der Nachlassmasse. - **H. S. 50.** Um Vorkauf auf dem Grundstück ist nicht zu erwarten. Der Mann könnte aber später, wenn er Kenntnis erhält, die Ehe

anfechten. - **R. S. 100.** Nein. - **W. S. 28.** Ja, sofern Aufnahme mit Zustimmung der Kaffe erfolgt. - **V. S. 101.** Nein. - **S. S. 65.** 1. Das hängt vom Erntestoff des Gerichts ab. 2. Auf Verlangen nach der Konfession müssen Sie Mitteilung von dem Austritt machen. Eine besondere Formel für die aus der Landeskirche Ausgetretenen besteht nicht. 3. und 4. Ja. 5. Nein. - **H. S. 26.** 1. Amtsgericht. 2. Taufschein. 3. Nein. 4. 3,60 M. - **H. S. Straßberger Str. 41.** Wenn Sie eine Vorladung nicht erhalten, so meiden Sie sich jedenfalls nach Ablauf von vier, spätestens innerhalb sechs Wochen, vom Tage des Eingangs der Anmeldung bei dem Amtsgericht gerichtlich. - **G. S. 1000.** Wählt sich nur an Hand des Wahlzettels beantwortet. - **C. S. 1.** Keine bestimmte Anzahl vorgeschrieben. 2. An den Magistratskommissionär für Immobilienversicherung, Am Rönninger Platz 8, unter entsprechender Begründung. 3. Nur, wenn im Statut vorgesehen und wenn der Kassensatz berechnet. - **V. S. 100.** Der Mann ist klageberechtigt nach § 195 des Reichsjustizgesetzbuchs. - **S. S. 2.** Die Kündigung ist unwirksam.

**Marktpreise von Berlin am 16. Oktober 1911, nach Ermittlung des Königlich-Preussischen Statthalteramts.** Markthallenpreise. (Neuhandelt). 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 35,00-50,00. Speisebohnen weiße, 35,00-50,00. Wicken 40,00-50,00. Kartoffeln 7,00-14,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60-2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30 bis 1,70. Schweinefleisch 1,30-1,80. Kalbfleisch 1,40-2,40. Hammelfleisch 1,30-2,00. Butter 2,40-3,40. 60 Stück Eier 3,50-6,40. 1 Kilogramm

Witterungsüberblick vom 17. Oktober 1911.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C
Swinemünde	778,0			2 heiter	1	Lupatanda	764,0			2 wolkenl.	5
Damburg	775,0			4 wolkenl.	2	Petersburg	767,0			2 bedeckt	4
Perleberg	776,0			3 wolkenl.	0	Selk	761,0			4 bedeckt	13
Frankfurt	769,0			3 heiter	4	Berlin	772,0			3 bedeckt	11
Brandenburg	769,0			4 bedeckt	4	Wien	763,0			2 wolkenl.	9
Wien	774,0			1 bedeckt	5						

Wetterprognose für Mittwoch, den 18. Oktober 1911.  
Trocken und vorwiegend heiter, nachts leichter Frost, auch am Tage kühl bei frühen östlichen Winden.  
Berliner Wetterbureau.

**Todes-Anzeigen**

Nach kurzem schweren Leiden verschied am Sonntag, den 16. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, mein innigstgeliebter Mann, Vater, Großvater, Bruder und Schwager, der Tischler 11356

**Gustav Schäfer.**  
Die Beerdigung findet Donnerstags, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Friedhofes der Freireligiösen Gemeinde aus statt.

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**

**Todes-Anzeige.**  
Am 16. Oktober verstarb unser Genosse, der Tischler

**Gustav Schäfer**  
Friedenberger Straße 13.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. Oktober, nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Friedhofes der Freireligiösen Gemeinde, Pappelallee, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein Kreis Nieder-Barnim**

**Bezirk Reinickendorf-Ost.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schuhmacher

**Albert Kuske**  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in der Humboldtstraße aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Bezirksleitung d. Wahlvereins.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**

**Verwaltungsstelle Berlin.**  
**Todes-Anzeigen.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Hochleger

**Karl Gregor**  
am 15. d. Mts. an Magenleiden gestorben ist. 124/13  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Aufstellungs-Richthofes in Weihensee aus statt.  
Ferner starb unser Mitglied, der Mechaniker

**Heinrich Hindemith**  
am 14. d. Mts. durch Unfall.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Apostel-Friedhofes, Müllerstraße 44/45, aus statt.  
Ehre ihrem Andenken!  
Rege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter.**

**Filiale Groß-Berlin.**  
Durch den Tod ist uns unser Mitkämpfer, der Kollege

**Wilhelm Werner**  
Sektion VII (Schlachthof) entfallen worden.  
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Arbeiter-Gemeinde in Weihensee, Mühlentorstraße 110, aus statt. 31/11  
Die Ortsverwaltung.

**Verband der Lithographen, Steindruckerei u. verw. Berufe.**

**(Deutscher Senefelder-Verband.)**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Lithograph

**Fritz Kolbe**  
am 15. Oktober im Alter von 23 Jahren an Herzschlag gestorben ist. 297/9  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 18. Oktober, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Rummelsburg, Böhlichstraße 23, aus statt.  
Die Verwaltung der Filiale III.

**Deutscher Buchbinder-Verband.**

**Zahlstelle Berlin.**  
Am Sonntag, den 15. Oktober, verstarb unser Kollege, der Präger

**Oskar Lemke**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. Oktober, nachmittags 3 Uhr, auf dem Bartholomäus-Richthof, Weidensee, Hallenbergerstraße 10, aus statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
25/17 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.**

Am Sonntag, den 15. Oktober, ist unser Mitglied

**Georg Klettke**  
verstorben.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Weihensee Gemeinde-Friedhofes, Kollstraße, aus statt. 64/7  
Die Ortsverwaltung.

**Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 12. d. Mts. der Platten-setzer-Arbeiter, Kollege

**Julius Bohne**  
(Schlagbräuerer Schönberg) nach schwerem Leiden verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. d. Mts. nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Schöneberger Gemeinde-Friedhofes, Plante Höhe, aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
44/15 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.**

Am Sonntag, den 14. Oktober, starb nach kurzem Krankenlager unser Kollege

**Richard Urban**  
im Alter von 50 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 18. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Zimmerei-Friedhof in Weihensee, Hallenberger Straße, aus statt. 25/7  
Die Ortsverwaltung.

**Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.**

Am Sonntag, den 14. Oktober, starb nach kurzem Krankenlager unser Kollege

**Richard Urban**  
im Alter von 50 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 18. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Zimmerei-Friedhof in Weihensee, Hallenberger Straße, aus statt. 25/7  
Die Ortsverwaltung.

**Dankfagung.**

Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unjeres Vaters sagen wir hiermit allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank.

**Wwe. Marie Siering**  
nebst Kindern.

**Dankfagung.**

Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unjeres Vaters sagen wir hiermit allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank.

**Wwe. Marie Siering**  
nebst Kindern.

**Dankfagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Männergesangsverein Niddori, dem Wohlfahrtsverein Niddori, den Kollegen der Firmen Ludwig Köhne und Dreyse, unseren innigsten Dank.

**Witwe Martha Graul**  
nebst Kindern.

**Westmanns Trüdermagazin**

**Extra-Abteilung**  
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemer Straße).  
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andrastraße).

Sehr gr. Ausw. fort. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre. Außerdem niedrigere Preise.  
Sonder-Abteilung: **Maßanfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

**WESTMANN**  
Mohrenstraße 37a (nahe Jerusalemer Straße), Große Frankfurter Straße 115 (nahe Andrastraße)  
für 15.-, 22.-, 30.-, 45.-, 60.- M.  
**die elegantesten Fausch-Mäntel**  
für 35.-, 52.-, 78.-, 100.-, 125.-, 150.- M.  
**die apartesten Plüsch-Mäntel**  
für 22.-, 30.-, 36.-, 50.-, 80.- M.  
**die feinsten Kostüme**

Zurückgesetzte Ulster M. 10.-, sonst bis M. 50.-  
Zurückgesetzte Plüschmäntel M. 20.-, sonst bis M. 105.-  
Zurückgesetzte Kostüme M. 12.-, sonst bis M. 60.-  
Zurückgesetzte Röcke M. 8.-, sonst bis M. 40.-

Besuchen Sie mich bitte vormittags:  
Nachmittags statt der Andrastr. I  
Ein Posten Pelz-Konfektion nur echte Felle  
88 Prozent unter Originalwert!



Unserem Genossen  
**Hans Graßmann**  
nebst Braut  
d. herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.  
Die Genossen u. Genossinnen des 338. Bezirks, 4. Kreis.

Blumen- und Kranzbinderi  
von Robert Meyer,  
an der Mariannen-Straße 2.

**Die Kaufman Möbel**  
ganze Wohnungs-Einrichtungen  
bunte Küchen  
auf  
**Teilzahlung**  
zu billigsten Preisen  
im Möbelhaus  
**Carl Barthel**  
Inh.: Joachim Hochmuth.  
Amt 7 O. 34, Zorndorfer Str. 54 Amt 7  
7589 Riesen-Lager in separaten Räumen von  
Uhren, Goldwaren, Sprechmaschinen.



**Dr. Thompson's Seifenpulver**  
(Marke Schwan)  
Billig im Preis. Vorzüglich in Qualität.  
Unschädlich im Gebrauch.  
Reinigt Wäsche, Geschirr und Haus.

**Der Verkauf der zurückgelieferten Monatsgarderobe**  
des größten Abonnementshauses  
für feine Herrenbekleidung J. STOCK & Co. befindet sich von jetzt ab nur Friedrichstraße, Ecke Johannisstr., Eingang Johannisstr. Anzüge und Paletots v. 10 M. an.

**Ohne jede Anzahlung**  
**Pianos**  
erstklassiges Fabrikat (5mal prämiert Staatsmedaille) in allen Holz- und Stilarten von wunderbarer Tonfülle.  
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisaufschlag. 139/10  
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.  
Berlin, Ansbacher Str. 1  
Conrad Krause Nachf., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.  
Auch Sonntags geöffnet.

**Für Hausfrauen!**  
Achtung! Großer Teuerungszuschuß! Achtung!  
**„Ideal-Brot“**  
garantiert reines, verfeinertes Roggenbrot, vorzüglich im Geschmack und leicht verdaulich, kostet von heute ab nur 45 Pf. das übliche große Brot.  
Zu haben in Delikatess-, Kolonialwaren- und Milchgeschäften, wo nicht, wende man sich direkt an die Ideal-Brot-Fabrik in Pankow, Mühlenstr. 17 oder Binzstr. 8. Fernsprecher: Pankow 132.

**Ohne Anzahlung**  
Möbel auf Kredit  
bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und bequemer Abzahlung  
**komplette Wohnungs-Einrichtungen**  
sowie einzelne Möbelstücke, Polsterwaren, farbige Kissen, Portieren, Lein- u. Bettwäsche, Teppiche, Gardinen, Betten, Kronen, Kinderwagen etc.  
in modernster Ausführung. Ferner  
**Garderobe für Herren, Damen u. Kinder**  
sowie Pelzgarnituren, Stolas, Muffen, neueste Passons,  
**Wochenrate von 1 M. an** größte Auswahl

**S. DORN** Weinmeisterstr. 9  
Ecke Alte Schönhauser Straße

**Persil**  
Tadellos gewaschen  
ist jedes Stück, frisch und duftig wie auf dem Rasen gebleicht, wenn Sie für Ihre Wäsche nur Persil gebrauchen, ohne Zusatz von Seife und Waschlauge. Kein Reiben und Bürsten, daher keine Zerstörung des Gewebes! Versuchen Sie es!  
Erhältlich nur in Original-Paketen.  
HENKEL & Co., DÜSSELDORF.  
Alleinige Fabrikanten auch der weltberühmten  
**Henkel's Bleich-Soda**  
Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte:  
Johann Schmalor, Berlin N. 4, Tietzstraße 11.



# Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Reichsstr. 25, part. Filiale Berlin. Fernsprecher Amt IV Nr. 4787.

Donnerstag, den 19. Oktober 1911, abends 8 1/2 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

im „Gewerkschaftshaus“, Engelsfer 15.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen W. Heine über: „Die Wünsche der Arbeitgeber auf Verstärkung des Koalitionsrechtes“. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom zweiten und dritten Quartal 1911. 4. Verbandsangelegenheiten. 190/97  
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten wir vollständiges Erscheinen der Kollegen. Mitgliedsbuch legitimiert!

## Deutscher Kürschner-Verband.

Filiale Berlin.

Bureau und Arbeitsnachweis: NO. 43, Weinstr. 8. — Fernsprecher Amt VII, Nr. 6789.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die heutige

## General-Versammlung

in den Prachtssälen Alt-Berlin, Blumenstr. 10, abds. 8 Uhr, und nicht in den Musikersälen stattfindet.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom III. Quartal 1911. 2. „Die kulturgeschichtliche und die gegenwärtige Rolle des Freimaurertums“. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. 102/18  
Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

## Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

Filiale Berlin III, Neue Königstr. 6.

Am Donnerstag, den 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Schulz, Königgraben:

## Öffentliche Versammlung

aller in der Krawattenbranche beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter, ganz besonders Heimarbeiterinnen.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag: „Der wirtschaftliche Kampf. Wie verbessern wir unsere Lage?“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Es ist notwendig, daß ein jeder, der Interesse an unserer jetzigen Leistung hat, auch in dieser Versammlung erscheint.  
Die Verbandsleitung des Krawatten-Sektors.

## Öffentliche Versammlung

am Freitag, den 20. Oktober 1911, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 5:

1. Vortrag: Dr. med. Edwin Bab:

## Heilkunde und Alkohol.

2. Diskussion.  
Kein Kuchengang. — Eintritt 10 Pf. 123/15  
Der Einberufer: H. Boldt, Rigbold, Steinmetzstr. 76.

## Vortragszyklus.

Deutscher Bund für Mutterschutz, Ortsgruppe Berlin „Sexualprobleme unserer Zeit“.

Referent: Dr. med. Magnus Hirschfeld.

Fünf Vorträge am 25. Oktober, I., 8., 15., 22., 29. November, abends 8 Uhr, in der Aula der S. Realschule, Egelhofer Str. 5a.

Themen:

Zweck und Bedeutung des Liebeslebens. — Die Gefahr der Auslebung. — Die Lehre der Verdrängung und Sublimierung des Geschlechtstriebes. — Die Frage der sexuellen Abhängigkeit. — Die sexuelle Auslese und die Eugenik. — Wen und wann soll man heiraten? — Fortpflanzung, Zeugung, Elternzeugung. — Fruchtbarkeit und Unfruchtbarkeit (Malkullanismus). — Die wichtigsten sexuellen Krankheiten. Die wichtigsten körperlichen Sexualleiden (ihre Ursachen und Folgen, Weisen, Verhütung und Bekämpfung).  
Öffentlichkeits- u. B. W. für den ganzen Inhalt für die Mitglieder der freien Gewerkschaften bei Herrn Paul Horsch, Engelsfer 15. 297/10

## Bruno-Glühkörper

haben unbegrenzte Lebensdauer, weil sie nach dem Abbläuen stoß- und schlagfest sind. — Im Gebrauch das billigste Fabrikat.

Bruno-Glühkörper-Aktiengesellschaft  
Berlin N. 65, Liebenwalder Straße 10.

Man verlange im eigensten Interesse die bewährten Bruno-Glühkörper, in allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mittwoch, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

## Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Branchen und Bezirke

in den „Konkordia-Festsälen“, Andreestraße Nr. 64.

Tages-Ordnung:

1. Die neuen Bestimmungen in der Arbeitsvermittlung. 80/12  
2. Verbandsangelegenheiten.  
Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.

## Verband der Schneider und Schneiderinnen.

Telephon: Amt IV 9737.

Zebastianstr. 37/38.

Der Vortrag am Donnerstag, den 19. Oktober, im Gewerkschaftshaus findet infolge Erkrankung des Genossen Vorchardt nicht statt.

Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Die am Konsumbau in Lichtenberg arbeitenden Maurer, Hilfsarbeiter, Einschaler u. Zementierer werden hierdurch zu einer

Besprechung

heute am Mittwoch, den 18. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr,

nach dem Saal 1 des Gewerkschaftshaus, Engelsfer 15, eingeladen. — Da es sich um eine sehr wichtige Angelegenheit handelt, eruchen wir die Kollegen, pünktlich zu erscheinen.  
Die Zweigvereinsleitung.

Ganz Berlin putzt die Stiefel mit Servus  
Denn es macht Vergnügen, keinen Verdruß



Überall zu haben in Dosen a 10 und 20 Pf.  
Fabrik: Subsignöhl & Co., Berlin-Lichtenberg.



**Kufeké**  
-Kinder-nahrung  
-Kranken-kost.  
Hervorragend bewährte Nahrung. Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei u. leiden nicht an Verdauungsstörung.

## Orts-Krankenkasse Weisensee.

Bekanntmachung.

Am 1. Oktober cr. ist die Wahlzeit sämtlicher Vertreter abgelaufen und sind daher Neuwahlen erforderlich.

Es sind zu wählen:  
194 Arbeitnehmersvertreter  
65 Ortsmänner (Arbeitsnehmer)  
87 Arbeitgebervertreter  
29 Ortsmänner (Arbeitgeber)

Die Wahlen finden am Donnerstag, den 26. Oktober cr., von 5 bis 10 Uhr abends, im Restaurant „Prälata“, hier, Kehlerstraße 122

statt und zwar wählen die Arbeitnehmer von 5 bis 8 Uhr abends,

die Arbeitgeber von 8 bis 10 Uhr abends.

Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassenzustandige und Arbeitgeber, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.  
Die Arbeitnehmer haben das Mitgliedsbuch bei der Wahl vorzulegen. Die Arbeitgeber wollen sich mit einem Ausweis versehen.

Wellensee, den 16. Oktober 1911.

Der Vorstand der Orts-Krankenkasse für den Gemeindebezirk Weisensee.  
Fuhrmann, Vorsitzender.

## Orts-Krankenkasse Hohenschönhausen.

Infolge eingeleiteter Protestes der Arbeitgeber: Herren A. Schulz, G. Bensch und Fr. Leichte, sind die am 31. Oktober 1910 seitens der Arbeitgeber vollzogenen Delegiertenwahlen durch die Aufsichtsbekörde für ungültig erklärt worden.  
Zur anderweiten Wahl von 40 Delegierten ist Termin auf

Montag, den 30. Oktober 1911, nachm. von 6-7 Uhr,

anberaumt worden, zu welchem die Herren Arbeitgeber hiermit ergebenst eingeladen werden.

Die Wahl findet im Jahnischen Restaurant, Oranienstraße 1, hierseits statt.

Bezüglich der Wahl selbst verweisen wir auf die §§ 51 und 51a und des 4. Nachtrages unserer Kassensatzung.

Legitimation ist erforderlich. Hohenschönhausen, 16. Oktober 1911.

Der Vorstand.  
Arthur Schäfer, Vorsitzender.  
Mag. Quast, Schriftführer.

Zwecks Vorderechnung bestm. Aufstellung von Kandidaten findet am

Montag, den 23. Oktober 1911, abends 7 1/2 Uhr, eine

Versammlung im Jahnischen Restaurant, Oranienstraße 1, statt.

Die Herren Arbeitgeber werden um vollständiges Erscheinen dringend gebeten.

Stred. Witte.

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden

Prinzenstr. 41, Moritzplatz.

10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

## Flausch-

Stoffs, angenehmen Aussehens, f. Herren- und Damen-Kleider, Nr. 4, 50, 5, 50 M.

Tuchlager Koch & Seeland, G.m.b.H., Gertraudenstr. 20-21, Berlin.

## Beinleiden.

Dr. med. Fackelmanns Spezialinstitut

Zimmerstr. 78, 9-12, 3-6.

Mittwochs u. Sonntags 9-12.

## Charlottenstr. 7

Schultheiß, Inhaber

empfiehlt Vereinszimmer bis 120 Personen und 2 Kegelbahnen.

Haben Sie nicht?

ich fertige davon Anzüge od. Paletots nach Maß, schnell, durch. Entsch. nach 25 Mark an. Moritz-Laden, Neue Promenade 8, II. (Städt. Bldg.)

## Verleihhaus

feiner Herren-Moden

Leipziger Str. 59 am Spittelmarkt.

Wir verleihen hochelegante, schicke Herren-Garderoben

zu soliden Preisen und kulanten Bedingungen auf Tage, Wochen und Monate.

Wir verkaufen verlienen gewesene, gut erhaltene Herren-Garderoben,

nachdem dieselben wieder tadello in Stand gesetzt worden sind.

## Anzüge und Paletots

für 10.-, 14.-, 18.-, 22.- Mark.

Wir verkaufen Monats- u. Abonnements-Garderoben,

die von feinsten Herrschaften nur wenig getragen wurden und gereinigt worden sind.

Anzüge u. Paletots für 6.-, 9.-, 12.-, 14.- M.

# Joseffi

# JUNO

Beste 2 Pfg.-Cigarette